

Sondernummer:

graswurzel revolution



**SOZIALE
VERTEIDIGUNG**

Aus dem Inhalt:

- * Anarchisten: die ersten Theoretiker
- * Bedeutung in der gewaltlosen Revolution
- * Kontroversen und Entwicklung der Konzeption
- * Soziale Verteidigung der 'Freien Republik Wendland'

BESTELLUNG:

Vertrieb "graswurzelrevolution", c/o Willi Derenbach, Postfach 100 216, 59 Siegen 1, 0271/63 546

Einzelheft: DM 3,- + 50 Pf Porto, in Briefmarken,
- ab 10 Exemplaren 30% Rabatt -

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 98

9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

November 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

ARGENTINIEN: Viola's Nachfolge — **BRASILien:** Besetzungen — **KOLUMBIEN:** Nationaler Massenstreik — **BELIZE:** von der Kolonie zur Neokolonie — **ECUADOR:** Vom Ölboom in die Krise — **KUBA:** Einige Mythen

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4
— BRD: Wer zuviel fragt ist verdächtig	4
— BRASILIEN: Drohende Ausweisung französischer Priester	6
— ARGENTINIEN: Streit um Violas Nachfolge	7
— PERU: Die Militarisierung der Demokratie	10
— CHILE: Göttinger Exilchilene verhaftet	13
Ein Würfelspiel aus Chile	14
— KOLUMBIEN: Der zweite nationale Massenstreik	15
— GUATEMALA: Anschläge am »Tag der Revolution«	21
Wahlen ante portas	23
Alfabetisierung á la Guatemala	28
II HINTERGRUND	30
— BELIZE: Von der Kolonie zur Neokolonie	30
Widerstand der Creoles, der Schwarzen Mehrheit	35
— ANTIGUA UND BARBUDA: Reagan's Stützpunkt in der Karibik	39
— ECUADOR: Vom Ölboom in die Krise	40
— BRASILIEN: Die Besetzung von Sao Paulo	45
Zu den Hintergründen der Wohnmisere	48
— KUBA: Einige Mythen über Kuba	53
III. SOLIDARITÄT	58
— Madrider Solidaritätskonferenz	58
IV. ZEITSCHRIFTENSCHAU	62

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der

CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12.11.1981

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-
theken und Institutionen im Bundesge-
biet über:
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

Am Anfang des Heftes wird ein weiterer Aspekt (nach Hausbesetzungen und Friedensbewegung) der bundesrepublikanischen Realität vorgestellt:

Recherchen einer in der Solidaritätsbewegung für Brasilien arbeitenden Person bei der Gewürzfirma Fuchs zu ihren Geschäftspraktiken in Brasilien werden mit polizeilicher Überprüfung, Nachfragen und der Anlage eines Dossiers beantwortet. "Wer zuviel fragt, ist verdächtig..."

"Wer fragt, wird schuldig," heißt es dagegen schon in den meisten Ländern Lateinamerikas. So in Argentinien.

Trotz einer finsternen Bilanz der argentinischen Regierung der letzten 140 Tage in der sich die wirtschaftliche Situation der breiten Bevölkerung ständig verschlechterte, zanken sich die Verantwortlichen für diese Misere schon jetzt um die Nachfolge Violas 1984. Mit oder ohne "freie Wahlen" - es wird gepokert.

In Peru ist der Wahlpoker schon lange vergessen. Der Weg zur "Demokratie" á la Belaúnde wird durch das Auswechseln eines eher liberalen, zivilen Innenministers durch einen Militär des rechten Flügels beschränkt. Einmal mehr eine Militärdemokratie in Peru.

Auch in Guatemala wird von Wahlen gesprochen. Jedoch ist die Angst zu verschwinden bei den Parteikandidaten so groß, daß nur die rechten Parteien ihre Kandidaten aufstellen.

Auch in Kolumbien und Ecuador ist es zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Situation gekommen: Kolumbien, abhängig vom Drogengeschäft, Ecuador vom abflauenden Erdölboom. Folgen sind der Anstieg der Lebenshaltungskosten, Verfall des Reallohns, Verschärfung der Armut. In Kolumbien gipfelte dies am 21. Oktober 1981 in einem breit unterstützten nationalen Streik, in dessen Verlauf bei bürgerkriegsähnlichen Unruhen mindestens 20 Personen allein in Bogotá starben.

Eine besondere Rolle in der Beurteilung der politischen Lage Lateinamerikas spielt weiterhin Mittelamerika: diesmal drucken wir einen ausführlichen Hintergrundbericht zu Belize ab.

Michael Manley, Ex-Premier von Jamaica ist der Autor eines interessanten Beitrags zur Einschätzung der Rolle Kubas aus der Sicht der Länder der Dritten Welt. Manley versucht, Kuba in seiner Rolle als "Brandstifter" in Lateinamerika und Afrika zu entmythologisieren - nur die US-Propaganda stilisiert Kuba zum Konflikträger.

Der Artikel über Brasilien führt uns an ein Thema, über das auch in der Bundesrepublik viel geschrieben wird: Besetzungen. Hier handelt es sich aber um ein Phänomen mit langjähriger Tradition; seit Jahrzehnten werden in den Städten Brasiliens Grundstücke besetzt, um sich einen Wohnraum zu schaffen. Und dies betrifft in Brasilien einen weitaus größeren Teil der Bevölkerung: Allein in Sao Paulo leben 1,2 Mio. Einwohner unter extrem schlechten Bedingungen.

BRD

Wer zuviel fragt, ist verdächtig

Wenn sich ein junger Katholik für brasilianische Kleinbauern engagiert, die von ihrem Land im São-Francisco-Tal vertrieben wurden, um Großprojekte für das multinationale Agrobusiness anzulegen, und er sich in diesem Zusammenhang bei der Gewürzfirma FUCHS in Dissen nach deren Geschäftspraktiken in diesem Gebiet erkundigt, so gibt das der bundesdeutschen Polizei bereits Anlaß zu Verdächtigungen und ausgiebigen Verhören; und dies wird auch noch von der Landesregierung unterstützt. Man fragt sich mal wieder, warum nicht Verstöße gegen die Menschenrechte, Überausbeutung von Arbeitskraft und andere neo-imperialistische Praktiken deutscher Multis die Sorge unserer Politiker sind, sondern die Tatsache, daß man solche Machenschaften aufdecken könnte, was nach Meinung des niedersächsischen Landtags Anlaß zu so verheerenden Straftaten bieten könnte, wie "Schmierereien und Sachbeschädigungen."

Wer sich nur hierüber Sorgen macht, argumentiert logisch, wenn er es für die Pflicht einer "gut ausgebildeten, modernen Polizei" hält, Leute zu verdächtigen, die es wagen, ander Seriosität deutscher Firmen in Brasilien zu zweifeln. Nur, diese Logik kriminalisiert jede Solidaritätsarbeit und kritischen Journalismus über die sogenannte Dritte Welt! Wenn sich diese Form polizeilicher Abschreckungsmaßnahmen, - anders kann man das Vorgehen kaum verstehen -, weiter durchsetzt, kann bald gegen eine Zeitschrift wie die unsre vorgegangen werden, bzw. Recherchen unterbunden, da sie ja Motive für oben erwähnte Straftaten veröffentlichen könnte.

Den Gipfel von Zynismus findet man dann bei dem ermittelnden Beamten, der, ganz dem Bild eines "gut ausgebildeten, modernen Beamten" entsprechend, nicht einmal über das Mindestmaß an Information über den Gegenstand seiner Untersuchung verfügt und die schon vielfach von verschiedensten Seiten aus dokumentierten Landvertreibungen im São Francisco-Tal bestreitet. Es mag nicht die eigentliche Aufgabe eines Polizisten sein, nachzuprüfen, ob und inwieweit die Firma FUCHS GEWÜRZE GmbH und CoKG wissentlich an Vertreibungen beteiligt ist. Genauso wenig ist es aber seine Aufgabe, die Glaubwürdigkeit der brasilianischen Kirche und armen Bevölkerung auf derart zynische Weise in Frage zu stellen.

Eins zu erfahren wäre jedenfalls noch interessant: Warum reagiert die Firma FUCHS bzw. die Handelskammer auf eine solche offene schriftliche Anfrage eigentlich mit einem Hilfesuch bei der Polizei?

Wegen Frage nach Firmenaktivitäten in Brasilien kam Polizei

Niedersachsens Innenministerium rechtfertigt Vorgehen / „Politisch motivierte Straftaten rechtzeitig abwehren“

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 25. Oktober. Die Polizei muß nach Auffassung des niedersächsischen Innenministeriums politische Bewegungen beobachten und bewerten, um rechtzeitig über die Motive von Straftaten informiert zu sein, zu denen es im Gefolge solcher Gruppierungen kommen könnte. Mit dieser Begründung rechtfertigte das Ministerium jetzt das Vorgehen der Kriminalpolizei in Osnabrück gegen einen jungen Mann, der sich brieflich an den Chef einer Gewürzfabrik im Nachbarort Dissen mit der Frage gewandt hatte, ob kritische Berichte über Aktivitäten der Firma in Brasilien zuträfen. Wie die FR berichtete, hatte der Firmenchef statt den Brief zu beantworten, die Industrie- und Handelskammer informiert, die ihrerseits die Polizei verständigte. Ein Beamter suchte den jungen Mann, der sich privat für Hilfsprojekte des Franziskanerordens in Brasilien engagiert, an seinem Arbeitsplatz auf und unterzog ihn einer intensiven Befragung. Als der Betroffene auf spätere Anfragen nach den Rechtsgrundlagen des polizeilichen Handelns keine Antwort erhielt, die ihn zufriedenstellte, wandte er sich an örtliche Politiker. Der SPD-Abgeordnete Hans Kaiser richtete im Niedersächsischen Landtag eine Anfrage an die Landesregierung. In der nun vorliegenden Antwort stellte sich das Ministerium hinter die Osnabrücker Polizei, die in diesem Fall klären müsse, in welchem Zusammenhang die Behauptungen über die Dissener Firma diskutiert und verbreitet worden seien und „ob infolgedessen mit Protestaktionen und gegebenenfalls mit Straftaten zu rechnen“ gewesen sei.

„Politische Bewegungen ziehen in vielen Fällen politisch motivierte Straftaten nach sich, die durch Täter begangen werden, welche die Grenzen einer rechtmäßigen Betätigung nicht erkennen oder auch bewußt überschreiten. Hauptsächlich Ermittlungsansatz für den Kriminalisten ist bei Bekanntwer-

den solcher Straftaten das Motiv. Die Polizei beobachtet und bewertet daher solche Vorgänge rechtzeitig“, erklärte Staatssekretär Bernhard Baier in seiner Antwort an den Abgeordneten. In diesem Sinne habe die Polizei im vorliegenden Fall feststellen müssen, „ob und durch wen Straftaten zu erwarten sind, damit rechtzeitig Maßnahmen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung eingeleitet werden könnten“. Die niedersächsische Landesregierung halte das Vorgehen der Polizei in Osnabrück für rechtmäßig und angemessen. Der Polizei würden sonst „heftige Vorwürfe gemacht, wenn sie solche Hinweise unbeachtet läßt und Maßnahmen erst ergreift, wenn zum Beispiel Schmierereien, Sachbeschädigungen, Bedrohungen pp. festgestellt werden, um dann mit ihren Erhebungen gewissermaßen ‚bei Null‘ anzufangen. Ein solches Vorgehen entspräche auch nicht dem Standard einer gut ausgebildeten modernen Polizei“, meinte der Staatssekretär.

Der ermittelnde Beamte hatte bei der Kontaktaufnahme mit dem jungen Mann erklärt, es gebe politische Wirtsköpfe, wie der Mordanschlag auf dem Münchener Oktoberfest gezeigt habe. Der Beamte riet dem jungen Mann, Berichten über Vertreibungen und Folterungen in Brasilien nicht zu glauben, auch wenn sie aus kirchlichen Quellen stammten. In den brasilianischen Slums ließen sich Leute finden, die für wenig Geld vor der Kamera über Vertreibungen und Folterungen klagten. Der Polizist verabschiedete sich mit der freundlichen Bemerkung, nach seinem Eindruck brauche man von dem jungen Mann wegen dessen starker religiöser Ausrichtung Schlimmes nicht zu befürchten.

Mit Hilfe seines Anwaltes hat der junge Mann inzwischen versucht, Einblick in die Akten zu nehmen, die bei der Kripo über den Vorgang angelegt wurden. Die Einsichtnahme blieb dem Anwalt jedoch ebenso wie seinem Mandanten verwehrt.

BRASILILIEN

Drohende Ausweisung französischer Priester

Richtigstellung

In unserer letzten Nummer (S.24) berichteten wir, daß die beiden der Subversion beschuldigten Priester Aristides Camio und Francois Gouriou ausgewiesen seien. Wir verließen uns dabei auf eine Meldung der brasilianischen Tageszeitung "O ESTADO DO SAO PAULO" vom 10. Oktober mit der Überschrift "Französische Priester im Bundesdistrikt (Brasilia, die LN), die Ausweisung beginnt". In diesem Artikel, der uns zwei Tage vor Redaktionsschluß der LN 97 erreichte, wie auch in anderen Zeitungen wurde die Ausweisung als beschlossene Sache dargestellt; der ESTADO berichtete, daß innerhalb von zwei Wochen der Vorgang dem Präsidenten vorliegen werde, mit dessen Unterschrift das Schicksal der beiden dann auch von höchster Stelle abgesegnet sei. Etwas voreilig übernahmen wir dann diese Version - am Tage, an dem die LN 97 in die Hände der Leser gelangte, wären die beiden Priester zurück in Frankreich gewesen.

Figueiredo-Vertreter Aureliano Chaves hatte aber im Ausweisungsverfahren gegen die beiden Missionare beschlossen, daß die Entscheidung über eine Ausweisung erst mit der rechtskräftigen Verurteilung getroffen werden könnte.

Die beiden sollten am 6.11. sogar freigelassen werden, befinden sich aber nun auf Grund eines Antrags auf weitere Untersuchungshaft der Militärjustiz Pará noch im Gefängnis.

Im Gebiet von Conceição do Araguaia, wo die beiden Priester am 31. August wegen angeblicher Anstiftung zu Gewaltanwendung und "subversiver Aktionen" verhaftet wurden, schwelten die Schwierigkeiten um Landbesitz weiter. Allein von Mitte Oktober bis Anfang November wurden dabei vier Menschen getötet und 10 weitere verletzt, als Wachen einer Großfarm gegen Kleinsidler vorgingen;

Am Sonntag, den 8. November 1981 veröffentlichte der Estado do São Paulo einen Bericht, der den brasilianischen Sicherheitsdiensten zugeschrieben wird, von ihnen aber weder bestätigt noch dementiert wurde.

Den beiden Missionaren wird vorgeworfen, daß sie mit Paulo von Tenelles zusammengearbeitet hätten, "Ex-Terrorist der Alianza Libertadora Nacional (ALN), der 1972 verurteilt wurde und heute Anwalt des 'Pastoralaussschusses der Erde' in der subversiven Aktion im Gebiet von Araguaia, Bundesstaat Pará" ist. Araguaia war zwischen 1970 und 74 Zentrum des PCdöB gewesen. Nach ihrer Zerschlagung habe der "progressive Klerus die marxistischen Ideen weiter verbreitet und zum Klassenkampf angestiftet". Trotzdem hätten z.T. bewaffnete Zwischenfälle zwischen landbesetzenden Campesinos und Großgrundbesitzern zugenommen, und die beiden Priester hätten zum bewaffneten Kampf um den Landbesitz in der Region angestiftet.

ARGENTINIEN

Streit um Violas Nachfolge

Am 19. August hielt Wirtschaftsminister Sigaut im argentinischen Fernsehen eine lange Rede, in der er eine Bilanz der ersten 140 Tage seiner Amtszeit zog, die verblüffenderweise sehr positiv ausfiel. Aber die neuesten Wirtschaftsentwicklungen sprechen eine andere Sprache: die Wirtschaftskrise geht weiter. Währenddessen streiten sich die Generäle bereits über die Art, wie 1984 der Nachfolger Violas bestimmt werden soll. Die politischen Parteien, die in der Multipartidaria zusammengeschlossen sind, fordern, daß er durch freie Wahlen bestimmt werden soll.

Die Fahrzeugindustrie - einer der wichtigsten Industriezweige Argentiniens, bekommt immer stärker die sinkenden Realeinkommen zu spüren: im September lagen insgesamt 60 000 Fahrzeuge unverkäuflich auf Halde. In diesem Monat wurden nur 7 500 Autos verkauft, das sind 68% weniger als im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Automobilunternehmer führen den Verkaufsrückgang auf die gesunkene Kaufkraft der Mittelschichten einerseits und auf die horrend hohen Kreditzinsen, die Ratenkäufe fast unmöglich machen, andererseits zurück. Um dennoch die produzierten Autos loszuwerden, beschlossen Autokonzerne und Regierung, die Preise um 14 bis 24% zu senken. Die Mindereinnahmen werden zur Hälfte von der Regierung aus dem Steuersäckel ersetzt.

Mercedes-Argentinien

Zwangsurlaub

BUENOS AIRES (ips). - Die Krise der europäischen Autobauer-Fillialen in Lateinamerika geht weiter. Die argentinische Mercedes-Benz-Niederlassung schickte jetzt ihre 2 700 Arbeiter bei halbiertem Lohn bis Ende des Monats in Zwangsurlaub. Auch für den November wurden schon elf Zwangsurlaubstage angekündigt.

Nach Mitteilung der Firma erlebt die ganze Autoindustrie derzeit ein konjunkturelles Tief. Bei Mercedes selbst fiel die Jahresproduktion im Vergleich zum Vorjahr schon auf ein Drittel.

Die Neue, 20.10.81

Um die Halde unverkäuflicher Fahrzeuge nicht noch weiter anwachsen zu lassen, griffen die Konzerne zu Aussperrungen, von denen im September 24 827 Arbeiter und Angestellte betroffen waren, die bei halbem Lohn unfreiwillig in Urlaub geschickt wurden. Die meisten Ausgesperrten gehörten zu den vier größten Fahrzeugherstellern in Argentinien: FORD, RENAULT, VOLKSWAGEN und SEVEL (eine Gemeinschaftsgründung von Peugeot und Fiat, die unterdessen nur noch Fiat gehört). Auch MERCEDES BENZ sperrte zeitweise aus.

Insgesamt sank im ersten Halbjahr 1981 das argentinische Bruttosozialprodukt um 1,6%. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftssektoren ist allerdings sehr unterschiedlich.

Der einzig florierende Sektor der Wirtschaft sind Landwirtschaft und Viehzucht, die einen Zuwachs von 7,1% zu verzeichnen hatten.

Dagegen sank die Industrieproduktion um 9,7%.

Auch die Inflation, die im vergangenen Jahr unter 100% gedrückt worden war, hat sich wider beschleunigt. Der Preisanstieg in den ersten 8 Monaten dieses Jahres lag bereits bei 74,9% (1980 im gleichen Zeitraum: 53,5%).

Die gesetzlichen monatlichen Lohnerhöhungen und die durch Arbeitskämpfe erzwungenen Lohnerhöhungen können diese Inflation von monatlich bis zu 10% nicht ausgleichen. Argentinischen Schätzungen zufolge hat sich deshalb der Reallohn im ersten Halbjahr 1981 um 20% verringert. Welche Auswirkungen diese Verarmung hat, zeigt folgendes Interview mit einem Jugendrichter in Buenos Aires (aus CLARIN, 12. - 18. Okt. 1981):

"Frage: Stimmt es, daß manchmal Eltern zu den Vormundschaftsrichtern kommen und sie bitten, ihr Kind in ein Erziehungsheim einzuweisen, weil sie es nicht mehr ernähren können?

Antwort: Ja, das gibt es. Leider steigt derzeit die Zahl der Familien, deren Väter arbeitslos sind. Und es gibt Familienväter, die ausgesperrt sind. Manche von ihnen haben sieben oder acht Kinder. Sie kommen zum Vormundschaftsrichter und bitten um die Internierung ihrer Kinder in Erziehungsheimen. Hierher sind 10 Familien gekommen, d.h. es sind mehr als 60 Kinder betroffen. Es gibt viele solche Familien.

Frage: Kinder von Arbeitern?

Antwort: Viele, ja. Von Textil- und Metallarbeitern." (In diesen beiden Branchen wurden in den letzten Jahren besonders viele Arbeiter entlassen.)

Waffenschmiede für Diktaturen

Das Regime ist weiterhin davon überzeugt, daß nur mit Hilfe des privaten - und dabei vor allem ausländischen - Kapitals Abhilfe zu schaffen sei. Auf einem von BUSINESS INTERNATIONAL veranstalteten Unternehmerseminar in Buenos Aires sprach Präsident General Viola über die Vorzüge, die Argentinien ausländischen Investoren zu bieten hat. Seine konkreten Vorstellungen sollten nicht veröffentlicht werden, aber der Text seiner Rede wurde der englischen Zeitschrift LATIN AMERICA zugespielt, die folgende Informationen veröffentlichte:

- Den ausländischen Konzernen soll ab 1983 der Zugang zur Erforschung und Ausbeutung neuer Ölvorkommen in Argentinien erleichtert werden. Viola erklärte, man werde wahrscheinlich das Gesetz aufheben, das bisher den Export von in Argentinien gefördertem Öl verbietet.
- Weitere Staatsunternehmen sollen reprivatisiert und an ausländische Konzerne verkauft werden. Dazu gehört auch der große Telekommunikationskonzern ENTEL, der u.a. das argentinische Telefonnetz betreibt.
- Der dritte Vorschlag des Generals wendet sich direkt an die internationalen Rüstungskonzerne. Argentinien besitzt eine eigene beachtliche Rüstungsproduktion, die FABRICACIONES MILITARES, die dem argentinischen Militär gehört. Jetzt bietet das Regime den ausländischen Waffenschmieden die Möglichkeit zu joint ventures, d.h. Gemeinschaftsunternehmen, mit Fabricaciones Militares an. Dadurch soll die argentinische Waffenproduktion erheblich differenziert und auch quantitativ ausgeweitet werden. Argentinien hofft damit zu einem wichtigen Waffenexporteur zu werden. Und die Generale wissen auch schon, wer sich für solche Waffen interessieren würde: lateinamerikanische und andere Diktaturen, die befürchten, bei einer Änderung der US-amerikanischen Außenpolitik wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen nicht mehr ausreichend mit Waffen versorgt zu werden. Argentinien wird sicher kein Waffenembargo gegen ein Land verhängen, das beim Kampf gegen Befreiungsbewegungen die Menschenrechte verletzt. Dieses Angebot dürfte auch die bundesdeutschen Rüstungsfirmen interessieren. Denn die Waffen, die in Argentinien produziert würden, fallen nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz, das dem Waffenexport - noch - gewisse Grenzen setzt.

1984: Nachfolger für Viola gesucht

Zwischen den Militärs ist ein Streit darüber ausgebrochen, wie 1984 der Nachfolger Violas im Präsidentenamt bestimmt werden soll. Anlaß war die unvorsichtige Behauptung des früheren Innenministers unter Präsident General Videla, Harguindeguy, der Nachfolger Violas werde ausschließlich von der Junta der Oberkommandierenden der Streitkräfte bestimmt werden. Damit trat er allen Spekulationen über eine mögliche politische "Öffnung" des Regimes entgegen. Diese "Öffnung" hätte den Spekulationen zufolge so aussehen können, daß die Parteien an der Auswahl des Kandidaten beteiligt würden, bzw. daß der zukünftige Präsident ein Zivilist sein würde.

Die oppositionellen politischen Parteien kritisierten diese Äußerung Harguindeguy's sofort in heftiger Form, aber der General erhielt daraufhin gleich Rückendeckung von seinen beiden Kollegen General Galtieri und dem derzeitigen Innenminister Liendo. Auch Viola sprach sich gegen ein "überstürztes Vorgehen", d.h. gegen eine zügige politische "Öffnung" aus.

Da sich seit der Gründung der "Multipartidaria" (vgl. LN 96) die politischen Parteien immer unverblümt zu den nationalen Fragen äußern und immer direkter eine Beteiligung am politischen Prozeß fordern, sah sich Innenminister Liendo gezwungen darauf hinzuweisen, daß das Dekret, das die politische Betätigung der Parteien verbietet und unter Strafe stellt, immer noch in Kraft ist. Dementsprechend wurden auch die von den verschiedenen peronistischen Organisationen geplanten Feiern zum 17. Oktober verboten. Am 17. Oktober 1983 hatte die Bevölkerung von Buenos Aires in einer riesigen Demonstration die Freilassung des inhaftierten Oberst Juan D. Perón erzwungen und damit die Ära der peronistischen Herrschaft eingeläutet.

Das Bündnis der fünf oppositionellen Parteien, die MULTIPARTIDARIA, ist dabei, sich organisatorisch zu konsolidieren und Bündnispartner zu gewinnen. Die Koalition hat sich ein gemeinsames politisches Führungsgremium gewählt, das paritätisch mit je drei Vertretern der Mitgliedsparteien besetzt ist. Verschiedene, ebenfalls paritätisch besetzte Kommissionen sollen die programmatischen Grundsatzaussagen der Multipartidaria zu folgenden Themen ausarbeiten: Politik und Institutionen, Wirtschaft und Soziales, Erziehung und Kultur, Internationale Angelegenheiten.

In diesen Kommissionen sollen auch Vertreter relevanter gesellschaftlicher Gruppen zu Rate gezogen werden. Mit dieser Konstruktion umschiffte die Multipartidaria die Klippe der zerstrittenen Gewerkschaftsverbände, die nicht zulassen wollten, daß auch die jeweils rivalisierenden Verbände der Multipartidaria angehören können.

Die argentinische Bischofskonferenz, die Gewerkschaftsverbände und der peronistisch orientierte Unternehmerverband CONAE haben der Multipartidaria ihre Zustimmung zu den inhaltlichen Forderungen der Koalition ausgesprochen. Die grundlegenden Ziele der Multipartidaria sind:

- 1) Rückkehr zum Rechtsstaat durch volle Geltung der Nationalen Verfassung. Abschaffung aller Beschränkungen, die die Menschenrechte und die verfassungsmäßigen Garantien betreffen.
- 2) Sofortige Normalisierung der politischen, gewerkschaftlichen, unternehmerischen, studentischen und kulturellen Aktivitäten.
- 3) Formulierung eines politischen Plans, der genaue und definitive Angaben über die Institutionalisierung des Landes und Wahlen enthält.
- 4) Erarbeitung eines Dringlichkeitsprogramms zur Überwindung der Wirtschaftskrise, das nicht länger Spekulation und Importe gegenüber der nationalen Produktion bevorzugt.
- 5) Erhöhung des Reallohns durch die freie Aushandlung von Tarifverträgen.
- 6) Verbesserung der Erziehung auf allen Ebenen
- 7) Freier Zugang zu den Massenmedien, die sich in Staatsbesitz befinden, für alle repräsentativen Gruppen und Meinungsströmungen

PERU

Die Militarisierung der Demokratie

Der letzte Liberale verläßt die sinkende Demokratie

In Peru wird immer deutlicher, daß die rücksichtslose Durchsetzung einer neo-liberalistischen Wirtschaftspolitik zugunsten der großen multinationalen Konzerne mit dem Konzept einer liberalen parlamentarischen Demokratie nicht vereinbar ist. Die Regierung hat die augenblickliche Schwäche der Linken nach dem fehlgeschlagenen Generalstreik vom 22. September dazu genutzt, eine seit Ende der Militärdiktatur beispiellose Offensive gegen die wirtschaftlichen und politischen Rechte des Volkes zu beginnen. Die bisherigen Höhepunkte sind die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Provinz Ayacucho und, zusammen mit dem Rücktritt des liberalen Innenministers de la Jara, der Eintritt von General Cisneros Vizquerra, als Innenminister der Regierung von Morales Bermudez (!) für die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Repression nach dem Generalstreik von 1977 verantwortlich, als Kriegsminister für die jetzige Regierung.

Am 23. Oktober wurde in Cuzco der junge Student Marco Antonio Ayerbe während einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen von der Guardia Civil getötet. Vier Tage später trat in Lima der Innenminister De la Jara zurück. Seinen Rücktritt begründete der Minister, der bis dahin stets für die Einhaltung der Menschenrechte eingetreten war, aber in Sachen Repression in der Regierung nur die Rolle eines Bremsers spielen konnte, damit, daß der gewaltsame Tod des jungen Studenten "mein demokratisches Gewissen zutiefst anekelt". De la Jara war dem 'harten Kern' der Regierungspartei Acción Popular (AP) wegen seiner angeblich zu weichen Haltung gegenüber dem 'Terrorismus' schon lange ein Dorn im Auge. So wurde in Teilen der eigenen Partei und von der rechten Presse schon seit Monaten sein Rücktritt gefordert; ein Ziel, was jetzt endlich erreicht wurde. In Wirklichkeit mußte de la Jara aber gehen, weil zunehmend deutlich wurde, daß die Einhaltung der demokratischen Ideale, denen er sich verpflichtet fühlte, mit der Verhärtung der Regierungspolitik nicht mehr vereinbar waren. Dies hat sich in der Kabinettsumbildung, die seinem Rücktritt folgte, aufs Vollste bestätigt.

Neu besetzt wurden vier Ministerien, allesamt mit Generalen. Besondere Besorgnis erregt dabei die Tatsache, daß es sich bei drei davon um Protagonisten der "2. Phase", der Diktatur des Generals Morales Bermudez handelt. Vor allem der neue Kriegsminister Luis Cisneros Vizquerra, wegen seiner engen Beziehungen zu Argentinien 'El Gaucho' genannt, ist vielen Peruanern noch in lebhafter Erinnerung. Im Januar 1976 wurde er von Morales Bermudez zur Bekämpfung des wachsenden Protestes der Bevölkerung gegen die unpopuläre Wirtschaftspolitik mit dem Innenministerium betraut. Unter dem Motto: "Mit dieser Zügellosigkeit muß aufgehört werden" machte er sich daran, Ordnung zu schaffen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes, die die Marksteine der Repression werden weiter gesetzt. Ob sie größer oder kleiner sind, bedeutender oder unbedeutender, hängt von der jeweiligen Lage des Betrachters ab. Drei linke Parlamentarier sollen aus dem Kongress entfernt werden, die Milchpreise sind sprunghaft angehoben worden, das Antistreikgesetz (vgl. LN 97) ist inzwischen verabschiedet worden und in der Provinz Ayacucho ist der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Die Maßnahme, die für Millionen von peruanischen Frauen und Kindern am unmittelbarsten spürbar ist, ist die Anhebung der Milchpreise um fast 30%. Sinnigerweise hat sich die Regierung Ulloa, immer bemüht, ihre Preiserhöhungen dem Volk auch verständlich zu machen, dazu die 'Woche des Kindes' ausgerufen.

(Die letzten amtlich verordneten Preissteigerungen fanden am 'Tag der Familie' statt.) Damit hat sich der Preis der Milch seit Dezember 1980 verdreifacht! Als der Gesundheitsminister von Reportern nach den möglichen gesundheitsschädigenden Auswirkungen dieser antipopulären Maßnahme gefragt wurde, meinte er nur lakonisch, man müsse eben jetzt das Stillen noch mehr fördern. Auch ein Ausweg aus der Krise, besonders für Schulkinder...

Belagerungszustand in Ayacucho

Am 11. Oktober wurde der Posten der Guardia Civil in der kleinen Ortschaft Tambo im Departamento Ayacucho von etwa 30 bewaffneten Personen überfallen. Dabei kamen ein Guardia Civil, ein Zivilist und dessen kleiner Sohn ums Leben, ein weiterer Guardia wurde schwer verwundet. Damit war ein Vorwand geliefert, auf den der harte Flügel der Regierung schon lange gewartet hatte. Umgehend wurde der Ausnahmezustand in Ayacucho ausgerufen, für die Zeit von vorerst 60 Tagen herrscht Ausgangssperre mit Schießbefehl. Über 800 'Sinchis', die berüchtigte Antiterrorereinheit der peruanischen Polizei, wurden nach Ayacucho geschickt und begannen, das Departamento systematisch Haus für Haus auf der Suche nach der 'Subversion' zu durchkämmen. Obwohl Tambo als strategisch wichtiger Umschlagplatz für Drogenhändler bekannt ist, und es wichtige Hinweise gibt, daß auch die Guardia Civil an diesem Geschäft ihren Anteil hat und der Überfall vermutlich eher diesem Täterkreis als der ultra-linken Splittergruppe 'Sendero Luminoso' zuzuordnen ist, wird der Ausnahmezustand dazu benutzt, einen bleibenden Schlag gegen die gesamte Linke zu führen. Dazu wird von führenden Regierungsvertretern immer wieder betont, daß das, was heute in Ayacucho geschieht, ohne weiteres jederzeit auch in anderen Teilen des Landes durchgeführt werden kann. Hunderte von Studenten, linken Volksvertretern, Gewerkschaftern und Bauernführern sind verhaftet. Die Universität von Huamanga wurde militärisch besetzt. Der Besitz von Büchern von Marx, Lenin oder Mariátegui, ja sogar das Auffinden von Zeitungen und Zeitschriften wie 'El Diario' oder 'Marka' sind Aulab, hinter Gitter gesteckt zu werden. Die ersten öffentlichen Bücherverbrennungen haben stattgefunden und viele Leute haben inzwischen aus Angst ihre gesamte Hausbibliothek lieber selber verbrannt.

Die Rückkehr der Generale

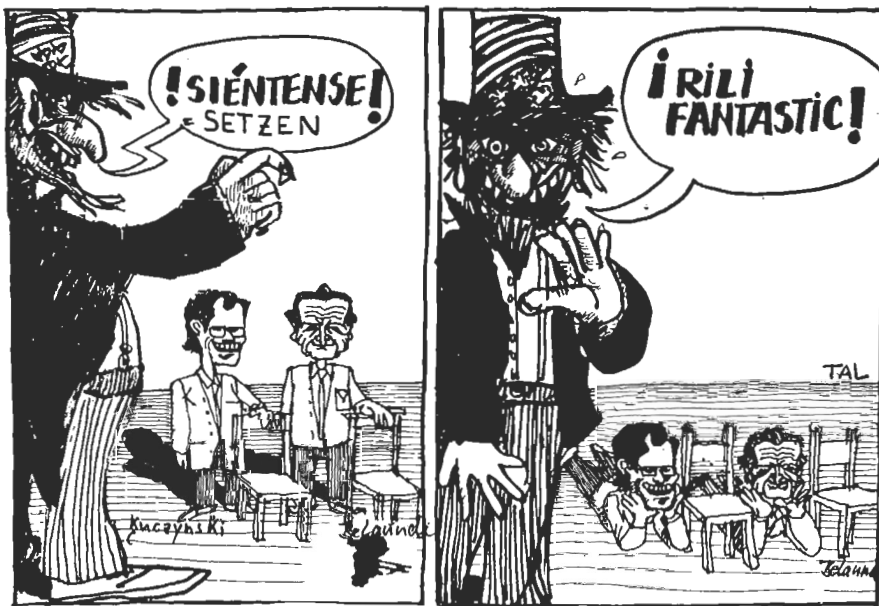
Mit dem Ausnahmezustand von Ayacucho und dem Rücktritt von Innenminister De la Jara hat ein spürbarer, irreversibler Rechtsruck in der Regierung stattgefunden. Peru ist einen Schritt weiter gegangen auf dem Weg von der zivilen zur militärischen Diktatur.

Aufhebung der demokratischen Freiheiten, Verhängung der nächtlichen Ausgangssperre waren seine ersten Maßnahmen, um der wachsenden Organisierung der Bevölkerung zu begegnen. Als diese nicht zum Erfolg führten, wurden sie durch die Schließung oppositioneller Presseorgane sowie die Deportation von Politikern und Gewerkschaftsführern ergänzt. Die Rückkehr der Generale der 2. Stunde in Regierungsamt und -würden ist ein deutliches Eingeständnis der Schwäche der jetzigen Regierung. Der Ruf der Rechten nach einem harten Durchgreifen gegen den Terrorismus - und damit meinen sie gegen die gesamte Linke - und nach der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung wird damit Folge geleistet. Belaúnde bedient sich nach Art des Zauberlehrlings solange der Militärs als Ordnungsgaranten, bis sie nicht mehr zu kontrollieren sein werden. Der Kommentar eines peruanischen Politikers: "Dann soll er sich wenigstens hinterher nicht wieder über den Militärputsch beschweren!"

Die Rückkehr des CIA

Es soll wieder wie früher werden in Peru. Nicht nur die Generale kehren in die politische Verantwortung zurück, auch noch anderes

Getier aus noch grauerer Vorzeit wird wieder in die alte Heimat eingeführt: es handelt sich um den neuen - und dabei den Peruanern doch schon vertrauten - US-Botschafter Frank Ortiz. Ortiz war schon einmal Diplomat gewesen in Peru. Während der ersten Regierung Belaúnde hatte er, als leitender Angestellter der US-Botschaft, mit anderen Kollegen zusammen ein Tarnunternehmen des US-Geheimdienstes CIA aufgebaut, mit dessen Hilfe Dossiers über die politischen Aktivitäten und das Privatleben von 50 000 peruanischen Politikern und Gewerkschaftsführern angelegt wurden. Die Unterlagen wurden den Konzernleitungen vor allem der großen US-Konzerne zur Verfügung gestellt, um sie in ihrem Kampf gegen die ruchlose Ausbeutung durch die maßlosen Gewerkschaften zu unterstützen. Nach dem Militärputsch von Velasco Alvarado flog das Unternehmen auf, und Ortiz wurde wegen seiner Verbindungen zu Spionage-Aktivitäten des Landes verwiesen. Die Schattenfirma der 'Company', die den sinnvollen Namen 'Plant Protection' (Betriebsschutz) führte, wurde enteignet. Nachdem Ortiz die Gelegenheit nutzte, seinen Ruf in Uruguay, Argentinien und zuletzt in Guatemala zu festigen, kehrte er jetzt unter dem Beifall des Präsidenten nach Peru zurück. Gleichzeitig wurde der Betrieb 'Plant Protection' seinen ehemaligen Eigentümern zurücküberreignet! Belaúnde würdigte den einst Verjagten, der zuletzt in Guatemala wegen seiner allzugroßen Nähe zu Diktator Lucas Garcia und seiner menschenrechtsfeindlichen Politik von Jimmi Carter abgesetzt wurde, als 'persönlichen Freund und Diplomat mit einer unbefleckten Karriere'. Ortiz revanchierte sich artig dafür, indem er Belaúnde bescheinigte, einer der 'größten Führer der freien Welt' zu sein. Ja, so sind die Umgangsformen in diplomatischen Kreisen...



Onkel sam befiehlt - die Regierung Belaúndes gehorcht

CHILE

Göttinger Exilchilene verhaftet

Am 17.7.1981 wurde Rolando Cartagena vom CNI in Limache/Chile verhaftet. Er wurde geschlagen, mit Stromstößen, Aufhängen und Schlafentzug gefoltert und man liess ihn hungern. Seine rechte Hand ist seitdem gelähmt. Man beschuldigt ihn der Mitgliedschaft im MIR, Verstoßes gegen das Waffenkontrollgesetz, der Teilnahme an Attentaten und einem Banküberfall. Er befindet sich jetzt in Santiago de Chile und soll einem Militärgericht überstellt werden.

Rolando war bereits einmal verhaftet worden: am 11. September 1973, dem Tag des Putsches gegen Allende. Nach 3 Jahren Gefängnis konnte er mit Hilfe von Amnesty International ausreisen, fand Asyl in der BRD und lebte in Göttingen. 1979 verließ er die BRD um später illegal nach Chile zurückzukehren.

Seine Freunde in Göttingen starteten eine Kampagne für seine Freilassung. Weitere Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten: Chile-Patenschaftsgruppe c/o Iris Castro

Kreuzberggring 12

3400 Göttingen

Tel. 58437

Spendenkonto: 18000661

Städt. Sparkasse Göttingen

BLZ 26050001

Kennwort Rolando



Razzia



Aus: "Que hacemos?" (Was können wir tun?) Nr. 2; eine kleine Zeitschrift aus Santiago de Chile die sich mit den Problemen der Elendsviertelbewohner auseinandersetzt.

KOLUMBIEN

Der zweite nationale Massenstreik

Gescheitert — oder neue Qualität im Bündnis der Linken

Am 21. Oktober fand der zweite nationale zivile Streik ("paro cívico") in Kolumbien statt. Er stand in der Tradition des "Paro Cívico" vom September 1977. Damals wie heute richtete sich der Protest gegen den Verfall des Reallohns und den Anstieg der Lebenshaltungskosten. Gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften und der Elendsviertelbewohner legten am 14. und 15. September '77 den Verkehr und damit das Leben in den großen Städten und in weiten Teilen des Landes lahm. In den Armenvierteln kam es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen bei denen allein in Bogotá mehr als 20 Personen getötet wurden. Wie der 2. nationale Streik verlief, welche politischen Kräfte ihn trugen und wodurch er sich von dem Streik im Jahre 1977 unterschied, versucht dieser Bericht darzustellen.

Kolumbien — das ist Ausnahmezustand und Elend für die Massen

Formal gesehen ist Kolumbien eine Demokratie. Die Wirklichkeit des Landes ist jedoch — wie in allen Ländern Lateinamerikas — durch extreme soziale Gegensätze gekennzeichnet. Die jetzige Regierung des liberalen (d.h. Angehöriger der Liberalen Partei) Präsidenten Turbay Ayala kann sich bei einer Wahlbeteiligung von weniger als 30% von weniger als 18% der Wahlberechtigten gewählt wohl kaum als von der großen Mehrheit der Kolumbianer legitimiert sehen. Regiert wird denn auch — und das seit 1958 fast ununterbrochen — mit Hilfe des Ausnahmezustandes. Im September 1978 wurde das sogenannte Sicherheitsstatut erlassen. Mit ihm sind praktisch alle rechtsstaatlichen Prinzipien wie Presse- und Meinungsfreiheit, Demonstrations- und Streikrecht beschränkt oder außer Kraft gesetzt, auch ohne daß der Ausnahmezustand verhängt werden muß. (Vgl. ausführlich zum Sicherheitsstatut LN 65 und 66) Politische Delikte sind nun der Militärgerichtsbarkeit unterstellt. Übergriffe der staatlichen Sicherheitsorgane gegen Gruppen der Linken und Bauernorganisationen häuften sich in der Folge. Im April 1980 bestätigte amnesty international offiziell, daß in kolumbianischen Gefängnissen gefoltert wird. (Vgl. LN 82)

Kolumbiens wichtigste Exportprodukte sind Kaffee, Kokain und Marihuana. Die Devisen aus dem illegalen Drogenhandel (fast die Hälfte der Gesamtexporteinnahmen) heizten in den letzten Jahren die Inflation in nicht gekanntem Ausmaß an. In diesem Jahr wird mit über 30% ein neuer Rekord erreicht. Lebensmittel, die den größten Teil des Warenkorbs der armen Familien ausmachen, zeigten den stärksten Preisanstieg. Die Kosten für den privat organisierten öffentlichen Nahverkehr erhöhten sich in den letzten drei Jahren um 100%, da seit 1976 trotz ehemals reicher Erdölvorkommen ein Teil dieses Rohstoffs importiert werden muß. Die staatlichen Subventionen von Benzin und Lebensmitteln wurden im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierungen Lopez Michelsen und Turbay Ayala so weit wie möglich eingeschränkt, womit die Lebenshaltungskosten weiter stiegen. Die Angleichung der Löhne an die Inflationsrate gelang den Arbeitern in den meisten Branchen nicht. Verfall des Reallohns — Verarmung — sind die unmittelbare Folge.

Von vielen Einzelstreiks zum nationalen zivilen Streik

In Kolumbien bringen die ungeraden Jahre noch dazu weiteren Zündstoff. Die meist auf zwei Jahre ausgehandelten Arbeitsverträge laufen aus, was eine Serie von Konflikten zwischen Unternehmern, Regierung und Gewerkschaften auslöst. In diesem Jahr streikten die Eternit-Arbeiter gleich zweimal, 10 500 Arbeiter der Eisenbahn, die Seeleute der größten kolumbianischen Reederei, 10 000 Bankangestellte, die Ärzte in 50 Krankenhäusern und 5 000 Zementarbeiter - um nur die wichtigsten zu nennen - traten im Lauf des Jahres in den Ausstand.

Es gibt in Kolumbien keine Einheitsgewerkschaft. Stattdessen existieren vier Verbände von Richtigsgewerkschaften: UTC (konservativ, 37,8% der organisierten Arbeiter und Angestellten), CTC (liberal, 36,9%), die CSTC (kommunistisch, 9,1%) und die CGT (christdemokratisch, 1,8%); daneben gibt es noch die linken Unabhängigen Gewerkschaften (da schwanken die Angaben zwischen 14% und der, daß sie die zweitgrößte Gruppe von Gewerkschaften seien). Insgesamt liegt der Organisationsgrad der Arbeiter und Angestellten in Kolumbien bei etwa 30%.

Die zahlreichen Arbeitskämpfe in diesem Jahr haben Obereinkünfte von Gewerkschaften verschiedener politischer Richtungen zustande kommen lassen, um so die bisher fehlenden Mechanismen zur gewerkschaftlichen Koordination und Solidarität zu schaffen. Dies waren die Vorläufer des NATIONALEN GEWERKSCHAFTSFORUMS, das von der liberalen CTC, der kommunistischen CSTC und von den Unabhängigen Gewerkschaften gegründet wurde. Am 30. August 1981 wurde dort der zweite Nationale Zivile Streik beschlossen. Er war als gemeinsamer Protest der 9% Arbeitslosen, der unterbeschäftigten Verkäufer, der Schuhputzer usw., der Elendsviertelbewohner und eben der organisierten Arbeiter gedacht.

Die Hauptforderungen des Zivilen Streiks waren vorwiegend politischer Natur. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes, des Sicherheitsstatuts, die Forderung einer Generalamnestie für politische Gefangene, die Respektierung der Menschenrechte sind Voraussetzungen zur Organisation von Widerstand in Elendsvierteln und auch für die politische Arbeit der Gewerkschaften. Es folgen Forderungen nach:

1. Unbeschränktes Recht gewerkschaftlicher Organisation, Verhandlungsfähigkeit bei Tarifverhandlungen und Streikrecht;
2. Generelle Lohnerhöhung um 50%, Einfrieren der Preise für Lebensmittel, Mieten und Transport;
3. Einrichtung einer Sozial- und Krankenversicherung für die Mehrheit der Bevölkerung (z.Zt. sind nur 10% versichert);
4. Wiedereröffnung der von den Militärs geschlossenen Universitäten und Gymnasien;
5. Annullierung des Vertrags von Cerrejón, der die Ausbeutung der reichsten Kohlemine der Welt (El Cerrejón) dem internationalen Konzern EXXON zu "optimalen" Bedingungen überläßt; Nationalisierung der Ölförderung, Verarbeitung und Vermarktung und aller übrigen Rohstoffe des Landes;
6. Agrarreform, billige Kredite, technische Hilfe und Schutz des Landes von Kleinbauern und Indianern.

Ein Streik der radikalen Gewerkschaften

1977 war das den Streik unterstützende Gewerkschaftsbündnis breiter gewesen. Die großen politischen Parteien - Konservative und Liberale - waren in sich gespalten. Die damalige Regierung Lopez Michelsen war unpopulär und abgewirtschaftet. So riefen auch die traditionell regierungstreuen Gewerkschaften UTC, CTC und CGT zum Nationalen Streik auf. Diese Gruppen rechneten nicht mit den spontanen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, zu denen es am 14. und 15. September 1977 kam, und waren sehr erschreckt darüber.

1981 nahmen dann die UTC und die CGT von Anfang an nicht am Gewerkschaftsforum teil - offiziell mit der Begründung, daß sie die politischen Forderungen nicht unterstützen wollten. Fünf der UTC angeschlossene Gewerkschaften und einige Organisationen der CGT beugten sich nicht dem Machtwort ihrer Zentralen und wa-

ren im Koordinationskomitee des Streiks vertreten.

Die CTC regte den Streik zwar mit an, das Exekutivkomitee dieser Gewerkschaft war jedoch gespalten. Anfangs unterstützte die Mehrheitsfraktion den Streikbeschuß, und nur eine Minderheit drängte auf Verhandlungen mit der Regierung. Am 15. Oktober, nach dem Gipfeltreffen zur Lösung nationaler Probleme zwischen Regierungs-, Gewerkschafts-, Kirchen-, Militär- und Unternehmervertretern, gab die dann doch regierungstreue CTC ihren Austritt aus dem Koordinationskomitee des Streiks bekannt. Sie schlug den unterstützenden Gewerkschaften ultimatim vor, den Streik auf den 25. November zu verschieben, um nach vagen Zusagen nach Änderung des Arbeitsrechts das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung abzuwarten. Dies kann nur als geschicktes taktisches Hinhaltenmanöver der regierenden Liberalen verstanden werden, da die CTC selbst den 21. als Streikbeginn mitbeschlossen hatte und auf Verhandlungen über alle - auch die politischen - Forderungen mit der Regierung bestanden hatte. Einzelgewerkschaften der CTC opponierten gegen den Beschluß der Zentrale und riefen weiter zum Streik auf.

Am Tag nach dem Bekanntwerden des Rückziehers der CTC wurde der Streik für illegal erklärt. Mit dem Argument, nur noch subversive Elemente würden den Streik unterstützen, wurde dann eine große Verhaftungswelle in Gang gesetzt.

Am Wochenende vor dem Streik werden mehr als 200 Gewerkschafter, Lehrer, Professoren, Journalisten usw. festgenommen, zahlreiche Fabriken und Büros von Gewerkschaften und Parteien der Linken werden durchsucht.

Am 16. Oktober kündigt Innenminister Eastman an, daß alle Personen, die in irgendeiner Form den Streik unterstützen oder nur zur Teilnahme aufrufen, ausschließlich mit Gefängnis zwischen 30 und 180 Tagen bestraft werden. Wer am 21. Oktober nicht zur Arbeit erscheine, werde fristlos gekündigt. Am 15. Oktober legalisiert der Ministerrat unter Anwendung des Artikels 28 der kolumbianischen Verfassung die zehntägige Vorbeugehaft, wenn es die öffentliche Ordnung erfordert.

Bogotá und viele andere Städte des Landes werden schon Tage vor dem Streik militärisiert, Panzer und Militärfahrzeuge patrouillieren die Straßen. Die Mitglieder des Koordinationskomitees und andere Gewerkschafter halten sich versteckt.

Ein »ruhiger und normaler Mittwoch«

Ein "ruhiger und normaler Mittwoch", wie ihn ein Regierungssprecher den Kolumbianern am Montag vor dem Nationalen Streik versprach, ist der 21. Oktober nicht. Drei Tote, schwere Straßenschlachten in Barranquilla und Medellín und mehrere



Auch ein Polizeiwagen ist der "Operation tachuelos" zum Opfer gefallen

in Brand gesteckte Busse zeigen, daß von "absolutem Frieden" (Innenminister Eastman am 21.10.) nicht gesprochen werden kann. Die Aktion "tachuela" (Streuen von umgebogenen Nägeln), Steinewerfen auf streikbrechende Fahrzeuge und der partielle Ausstand der Busfahrer - sei es aus Angst vor Beschädigung der Fahrzeuge oder aus Solidarität mit dem Streik - reduziert den Verkehr in den Armenvierteln um ca. 90%, in den reicheren Vierteln auf die Hälfte. Die meisten Schulen des Landes bleiben geschlossen. Ein großer Teil der Angestellten und Arbeiter erscheint aber trotz der schlechten Transportmöglichkeiten und wenn auch verspätet am Arbeitsplatz. Die Drohung, entlassen zu werden, schüchtert viele ein. Den Posten zu verlieren bedeutet bei der hohen Arbeitslosigkeit in Kolumbien oft Hunger und Not für die ganze Familie. Gearbeitet wird jedoch wenig. Viele Busfahrer sind zwar mit ihren Fahrzeugen unterwegs, fahren aber leer an den wartenden Menschen am Straßenrand vorbei. Die Beteiligung am zivilen Streik 1981, die Mobilisierung in den Stadtvierteln und im Produktionsbereich (das bestätigt jeder, der 1977 dabei war) ist wesentlich geringer als beim ersten zivilen Streik. Spontane Aufstände gibt es nur in Barranquilla und Medellín. Am darauffolgenden Tag ist der Streik beendet. Der Verkehr und das Arbeitsleben funktionieren wieder normal. Es kommt nicht wie '77 zu tagelangen Unruhen mit zahlreichen Toten. Die Repression, das massenhafte Aufgebot von Militär erreichen so zum Teil ihr Ziel, einen großen Teil der Kolumbianer von einer aktiven Teilnahme am Streik abzuhalten.

Zweifelhaft bleibt allerdings, ob die UTC und die CGT nach der Radikalisierung des Streiks 1977 diesmal einen Streik selbst mit weniger radikalen Forderungen unterstützt hätten, zumal die traditionellen politischen Parteien, an die die beiden Gewerkschaftszentralen gebunden sind, ihre Konflikte diesmal nicht (aufgrund der Erfahrungen im Streik von 1977) im Aktionsbündnis mit Gruppen der Linken austrugen.

Auch bleibt weiterhin als Eindruck, daß die verschärfte Repression die möglichen positiven Auswirkungen einer besseren Organisation des Streiks zunichte gemacht hat. Es wurde deutlich, daß das schmale Bündnis, das den Streik trug, keine angemessenen Formen entwickeln konnte, um der Repression mit geeigneten Aktionsformen zu begegnen.

Der Streik machte auch die Nicht-Existenz einer politisch bewußten, radikalen Massenbewegung deutlich. Gleichzeitig wurde klar, daß das Regime bereit ist, selbst in einer Situation der relativen Stärke und in einem keineswegs revolutionären Moment zum vollen Einsatz der Repressionskräfte überzugehen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß das Regime in Kolumbien die Situation in Mittelamerika als Bedrohung empfindet. Sowohl die scharfe Reaktion auf die französische und mexikanische Anerkennung der FMLN in El Salvador als auch die Äußerung von Innenminister Eastman machen dies deutlich, der kurz vor dem Beginn des Zivilen Streiks seinen Befürchtungen so Ausdruck gab: "Wir sind nicht zu einer Neu-auflage Mittelamerikas bereit."

Dies muß auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß es in Kolumbien auch nach 1970 - als einzigem Land in Lateinamerika - noch relativ starke Guerrillagruppen gibt, die einige Departements des Landes zu großen Teilen (z.B. das Urwaldgebiet Caqueta) kontrollieren, und - obwohl sie z.Zt. die Regierung nicht ernsthaft gefährden - von ihr als mögliche zukünftige Bedrohung angesehen werden.

Der Nationale Zivile Streik dieses Jahres war nicht zuletzt wichtig als eine Erfahrung der Organisationen in den Elendsvierteln und der Gewerkschaften. Gerade in solchen Auseinandersetzungen mit dem Staat können sich politisches Bewußtsein und Organisationen an der Basis entwickeln.

Daß der Streik nicht wie befürchtet mit einem Blutbad endete und die "bestraften" linken Gewerkschaften eine relativ starke Position behielten, läßt hoffen, daß die politische Bewegung nicht wie nach der verschärfte Repression zwischen 1977 und 1979 abnimmt. Eventuell trägt der Nationale Streik wirklich zur Vereinheitlichung der radikalen Gewerkschaften (d.h. der CSTC und der Unabhängigen Gewerkschaften) und der zersplitterten Linken bei. Im Koordinationskomitee des Streiks von '77

sperrte sich die kommunistische CSTC noch gegen eine Teilnahme der als politische Konkurrenz empfundenen Unabhängigen Gewerkschaften. Jetzt bietet die CSTC ihnen Verhandlungen an, um gemeinsame Schritte gegen die Illegalisierung zu planen. Die Sanktionen der Regierung könnten so die kolumbianische Linke stärken und damit vielleicht die negativen Folgen - Erschwerung der Gewerkschaftsarbeit - aufwiegen. In der Vergangenheit war die CSTC 10 Jahre lang verboten, der FECODE wurde dreimal die juristische Person aberkannt. Trotzdem mußten sie aufgrund ihrer Stärke immer als Verhandlungspartner akzeptiert werden. Oder wie es ein Sprecher der FECODE ausdrückte: "Es ist nicht das Wichtigste, im Erziehungsbereich eine Gewerkschaft mit juristischer Person zu haben, sondern eine, die unsere Forderungen durchsetzt." Ob das Bündnis zwischen diesen ideologisch so unterschiedlichen Gruppen auch in Zukunft hält, werden die nächsten Monate zeigen. Die Notwendigkeit auch andere, nicht schon in der Linken organisierte gesellschaftliche Gruppen in Protestaktionen miteinzubeziehen, bleibt als wichtige Aufgabe bestehen.

Schon am Freitag nach dem Streik wurden die ersten Arbeiter und Angestellten in Bogotá entlassen, die am 21. nicht zur Arbeit erschienen waren. In Antioquia kündigte man 300 Lehrern für ein Jahr, 800 Arbeiter wurden in Barrancabermeja entlassen. Zahlreiche weitere Firmen kündigten an, Personal zu entlassen. In Bogotá entzog man 334 Busfahrern ihre Lizenz und verhängte Geldstrafen. Am 23.10. erkannte die Arbeitsministerin für ein halbes Jahr der kommunistischen CSTC, der Lehrgewerkschaft FECODE und der Gewerkschaft der Staatsbediensteten für ein halbes Jahr ihre juristische Person ab. Die gleiche Maßnahme wurde für 11 weitere Gewerkschaften angekündigt. Rechtliche Grundlage für diesen Schritt bietet das im Ausnahmezustand erlassene Dekret 2932, in dem es heißt, daß "die juristische Person den Gewerkschaftsorganisationen für ein Jahr aberkannt werden kann, die Streiks ... vorbereiten, stimulieren oder fördern." Dies ist jedoch eine unzureichende rechtliche Begründung; da nach Artikel 4 des Gesetzes 26 aus dem Jahr 1976 die Organisationen der Arbeiter und Angestellten nicht auf administrativem Weg verboten werden können. Selbst die regierungstreuen Gewerkschaftszentralen UTC und CTC kritisieren diesen Schritt.

Die Aberkennung der juristischen Person hat zur Folge, daß die Konten der Gewerkschaften gesperrt und die Gelder eingefroren werden. Die damit praktisch illegalen Gewerkschaften werden in Arbeitskonflikten nicht mehr als Verhandlungspart-



Militär "sichert" den öffentlichen Nahverkehr

ner anerkannt. Die Gründung "gelber" - staatstreuer - verhandlungsfähiger Ersatzgewerkschaften ist so eher möglich.

Die sanktionierten Gewerkschaften kündigten einmal Einspruch auf rechtmäßigem Weg gegen ihr Verbot an, zum anderen planten sie gemeinsame Protestaktionen am 25.11. Diesen Tag hatte die liberale CTC als nationalen Streiktag vorgeschlagen und die radikalen Gewerkschaften rechnen so mit der Unterstützung dieser Zentrale, sowie der UTC und der CTC. Am 25. November sollen Demonstrationen und Versammlungen stattfinden. Es soll aber kein neuer Ziviler Streik sein.

Resumée

Als entscheidende Unterschiede zwischen den beiden Nationalen Zivilen Streiks von 1977 und 1981 lassen sich folgende Punkte zusammenfassen:

1. Der Streik 1981 war verhältnismäßig schwach mit geringer Mobilisierung der Massen. Bis auf Ausnahmen kam es nicht zu ähnlich heftigen Auseinandersetzungen wie 1977. Die präventiven Sicherheitsmaßnahmen des Staates waren stärker.
2. Die traditionell regierungstreuen Gewerkschaftszentralen UTC, CTC und CGT riefen 1981 nicht mit zum Streik auf.
3. Erstmals organisierten die linken Unabhängigen Gewerkschaften den Streik mit und waren im Organisationskomitee vertreten. Bis auf die maoistische MOIR unterstützte die gesamte kolumbianische Linke den Streik.
4. Die wichtigsten Forderungen des diesjährigen Streiks waren politisch: Aufhebung des Ausnahmezustands, des Sicherheitsstatuts und nach einer Generalamnestie für politische Gefangene.
5. Nach Auskunft des Koordinationskomitees wurde der Zivile Streik in diesem Jahr wesentlich langfristiger geplant und besser vorbereitet als 1977.

Selbst wenn man die bessere Organisation des Streiks, die Zielrichtung der Forderungen und die gemeinsame Aktion eines Bündnisses der Linken ganz unterschiedlicher ideologischer Richtung als positiv bewertet, bleibt als Problem die Frage bestehen, ob im Hinblick auf das Entstehen einer revolutionären Massenbewegung nicht die Unterstützung eines politisch möglichst breiten Spektrums, d.h. auch der Gewerkschaften UTC, CTC und CGT, wichtiger als die Radikalität der Forderungen und die Erweiterung des Bündnisses nach links gewesen wäre. Wie 1977 wäre eine Radikalisierung während des Streiks selbst - auch von Gruppen, die nicht in der Linken organisiert sind - denkbar gewesen.

GUATEMALA

Anschlag am »Tag der Revolution«

Am Vorabend des 20. 10. 1981 gab es in der Hauptstadt Guatemalas verschiedene Anschläge der Guerrilla. Am 20. 10. 1944 war der Diktator Ubico gestürzt und eine demokratische Herrschaft eingeleitet worden.

HOCHHAUSER DES FINANZZENTRUMS DURCH BOMBE VERWÖSTET: Um 21 Uhr 40 explodierte im Parkkeller der Industriebank eine starke Bombe, die Schäden von noch unbekanntem Ausmaß anrichtete. Das Finanzzentrum besteht aus drei Hochhäusern, in denen die Industriebank, die Handelskammer, IBM u.ä. untergebracht sind. Der Hauptschaden entstand im Nordhaus, das all seine schönen Spiegelfenster bis in den 15. Stock hinauf verlor und in dessen Innern Marmorverkleidungen, Lampen, Mobiliar usw. zu Bruch gingen. Es wurden 15 Menschen leicht verletzt, vor allem Wächter, Angestellte von IBM und Fußgänger. Sieben Häuser der Umgebung wurden beschädigt, bei vielen gingen die Fensterscheiben kaputt.

ANGRIFF AUF DAS DETEKTIV-KORPS (Das Detektiv-Korps ist ein Geheimtrupp der Nationalpolizei. Geheimpolizisten dieser Einheit werden meist als die Ausführenden der politischen Verhaftungen in und um Guatemala-Stadt identifiziert.)

Eine Gruppe der Guerrilla lieferte sich zuerst ein etwa zehnminütiges Gefecht mit Wachposten an der Ecke einer Sackgasse, in der das Gebäude des Korps liegt. Um 21 Uhr 50 stieß eine zweite Gruppe Guerrillas hinzu und ließ einen kleinen Lastwagen ohne Fahrer in die Sackgasse rollen. Die Beamten des Detektiv-Korps schossen diesem LKW die Reifen kaputt, wodurch dieser wohl etwas zu früh zum Stehen kam, als die Bombe in seinem Innern explodierte. Sie zerstörten ein Haus total, das Gebäude des Detektiv-Korps wurde schwer beschädigt. Beim "Roten Kreuz", das schräg gegenüber den Detektiven seine Niederlassung hat, gingen alle Scheiben zu Bruch und 16 Ambulanzwagen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Durch die starke Druckwelle flogen in weitem Kreis die Fenster heraus und eine Elektroleitung fiel vom Mast, wodurch ein Patrouillenwagen der Detektive in Brand geriet.

HAUS DES PRÄSIDENTEN DES OBERSTEN RICHTSHOFES BESCHOSSEN: Mit Granaten und Maschinengewehren wurde das Haus von Ovando Barillas attackiert. Es entstand nur Sachschaden. Nach dem Angriff lieferte sich diese Gruppe der Guerrilla einen Schußwechsel mit einer Funkstreife und entkam.

VILLA EINES PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN ANGEGRIFFEN: Eine andere Gruppe Guerrilleros beschoß die Villa von Sandoval Alarcón, dem Präsidentschaftskandidaten der "Bewegung zur nationalen Befreiung" (MLN). Die MLN ist eine Partei der extremen Rechten. Bei dem Angriff wurde einer seiner Bewacher verletzt.

Mit einem Ambulanzwagen und einem kleinen LKW griff die Guerrilla die Polizeikräfte an verschiedenen Punkten der Stadt an. Bei insgesamt neun verschiedenen Schußwechseln, die hauptsächlich mit Mitgliedern des berüchtigten "Comando 6" (Spezialeinheit der Nationalpolizei, die besonders für das Verschwinden von Personen verantwortlich gemacht werden kann) stattfanden, wurden offiziell zwei verletzte Polizisten bekannt gegeben.

Eine Bombe wurde an der Staatsbank BANCO DE GUATEMALA gefunden und vor der Explosion entschärft.

Auf Grund der vielen Anschläge erwägen die Militärs die Ausrufung des Ausnahmezustands, des "estado de sitio", der dem Militär weitgehende Rechte gibt, wie z.B.: Wohnungsdurchsuchung ohne Durchsuchungsbefehl, Ausgangssperren, usw.

Die Bedeutung des 20. Oktober 1944

Der 20. Oktober ist in Guatemala ein offizieller Feiertag. Doch wer die heutige Situation und die jüngere Geschichte dieses Landes kennt, den verwundert dies. Denn der 20. Oktober 1944 war der Tag, an dem nach 14-jähriger Herrschaft der Diktator Jorge Ubico gestürzt wurde. Und mit diesem Datum begann auch der demokratische Frühling, der 10 Jahre später jäh gestoppt wurde durch die Truppen von Castillo Armas - natürlich mit Unterstützung der USA.

Doch schon vor dem Sturz des Diktators Ubico war dieser ein Anachronismus. Als typischer Repräsentant der guatemalteken Kaffee-Oligarchie behinderte er die wirtschaftliche - vor allem industrielle - Entwicklung des Landes. Obwohl Ubico, ebenso wie andere Diktatoren Lateinamerikas, Sympathien für Hitler und sein 3. Reich hatte, erklärte er auf Druck der USA Nazideutschland den Krieg, stellte Militäreinheiten für die Alliierten bereit und akzeptierte die Stationierung einer US-Militärbasis in Guatemala. Viele im Land lebende Deutsche wurden interniert oder ausgewiesen, und ihre großen Latifundien - ein Drittel des gesamten Kaffeeanbaus und -exports wurde damals von Deutschen beherrscht - enteignet.

Im Juni 1944 erzwang eine nationalistische Revolte, begleitet von einem Generalstreik, die Abdankung Ubicos. Eine Junta übernahm die Macht und der General Federico Ponce Valdez versuchte, die Tradition des Diktators fortzusetzen. Doch in der Nacht des 19. Oktober griff eine Menschenmenge Militärstützpunkte in der Hauptstadt Guatemala-Stadt an. Arbeiter, Lehrer und Studenten sowie einige jüngere Offiziere stürmten die Festungen San José und Matamoros, und auch die als "Guardia de Honor" (Ehregarde) bekannte Kaserne konnte dem Druck der Volksmassen nicht standhalten. Als der Morgen anbrach am 20. Oktober 1944, war eine Diktatur nach 14 Jahren endlich beseitigt worden.

In der folgenden Periode wurden einige demokratische Reformen durchgeführt, die bis dahin in Mittelamerika nicht ihresgleichen kannten. Unter den Regierungen von Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz Guzmán wurden politische Richtlinien formuliert wie: Praktizierung einer wirklichen Demokratie, Nichtanwendung der öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung von Rechtsansprüchen, soziale Gerechtigkeit, keine Wiederwahl von Präsidenten oder Abgeordneten, gleiche Rechte für Frauen und Männer, Autonomie der Universitäten, Einführung der Schulpflicht, Sozialversicherung. Doch der Stein des Anstoßes für die Oligarchie stellten vor allem das neue Arbeitsrecht und die Agrarreform dar. Der Achtstundentag wurde gesetzlich festgesetzt, das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" verankert und das Streikrecht garantiert. Innerhalb von kurzer Zeit gründeten sich Gewerkschaften, Agrarkomitees, Ligas, die über 300 000 Bauern, Arbeiter, Handwerker und Studenten vereinigten und bei deren Organisation die guatemalteken Kommunisten maßgeblich beteiligt waren. Das wesentliche Ziel der Agrarreform war, denen, die kein Land besaßen, Land zu geben und strukturelle Veränderungen der Besitzverhältnisse zu erreichen. Die Regierung stieß dabei auf den hartnäckigen Widerstand der United Fruit Company, die nicht nur Tausende von Hektar des besten Bodens besaß, sondern auch mit der Eisenbahnlinie von der Hauptstadt zum Atlantik den damals einzigen Verbindungsweg zur Küste sowie die Hafenanlage von Puerto Barrios zu ihrem Eigentum zählte, womit sie sämtlichen Handel mit Europa und der Ostküste der USA kontrollierte. Von der United Fruit wurde nur brachliegendes Land enteignet, doch sie hatte mächtige Verbündete. Der damalige US-Außenminister John Foster Dulles und sein Bruder Allen Dulles, seinerzeit Chef des CIA, waren beide Rechtsanwälte der United Fruit gewesen. So nimmt es nicht Wunder, daß der Putsch des Obersten Castillo Armas von den USA gefördert und vom CIA geleitet wurde. Die USA "verkauften" dem Oberst z.B. Flugzeuge für 1 \$ das Stück. Mit dieser Hilfe und mit der Unterstützung der guatemalteken Oligarchie war die Revolution am 18. Juli 1954 verloren.

In der heutigen guatemalteken Presse wird anlässlich des nationalen Feiertages die Geschichte dieses Jahrzehnts, in dem sich Jacobo Arbenz in ganz Lateinamerika hervorgehoben hat als einer der ersten Antiimperialisten der Nachkriegszeit, demagogisch verzerrt. Verwundert ist man nur, daß dieser Revolution überhaupt gedacht

wird. Aber die Erfahrung dieser 10 Jahre kann nicht einfach ignoriert werden, denn das Volk hat sich als Subjekt nationaler und demokratischer Politik begreifen gelernt und auch die reale Möglichkeit einer Veränderung gesehen. So wird etwa von der im gegenwärtigen Machtkartell integrierten "Partido Revolucionaria" - als Vertreterin der "Revolutionäre" der ersten Stunde, die dank der Kredite der Regierung Arévalo Baumwoll- und Zuckerplantagenbesitzer oder Industrielle geworden sind - eine Reihe von Reformen aus jener Zeit ins Gedächtnis gerufen, die noch auf dem Papier gültig sind, und mit denen sich heute noch jeder bürgerliche Politiker Guatemalas brüstet. In den Stellungnahmen aller Parteien wird die Erinnerung an die Agrarreform oder auch an das Streikrecht glattweg unterschlagen. Das Resümee aus jener Epoche ist für sie, daß damals der Privatsektor als Grundlage für den Fortschritt des Landes, für die Modernisierung der Landwirtschaft, als Anreiz zur industriellen Produktion und als Garantie für den Handel offiziell anerkannt wurde. Und sicher, diese Tradition gilt es für sie zu bewahren. Jedoch gibt es in Guatemala - wie gesehen - auch Menschen, die diesen Feiertag der Revolution wörtlich nehmen und ihren Widerstand zeigen.

Wahlen ante Portas

Nach langen Debatten und Machtkämpfen innerhalb der Armee und der guatemalteken Oligarchie, wurde der Öffentlichkeit am 14. August dieses Jahres der neue Präsidentschaftskandidat vorgestellt: General Angel Aníbal Guevara Rodríguez, der bisherige Verteidigungsminister. Mit seiner Ernennung hat sich das Kandidatenspektrum vervollständigt, und die Bevölkerung sieht sich für die Wahlen am 6. März 1982 mit vier Bewerbern konfrontiert, die allesamt zur extremen Rechten gehören. Die Christdemokraten haben nach langem Zögern beschlossen, sich an den Wahlen zu beteiligen und einen eigenen Kandidaten aufzustellen, obgleich zuvor mehrere ihrer Spitzenpolitiker bedroht, entführt oder gar umgebracht worden waren und sie sich öffentlich in Zeitungsartikeln über diese Art des Wahlkampfes beschwerten. Diese Wahlfarce findet in einem Land statt, in dem Wahlen ohnehin keine Bedeutung haben, da sie den Menschen eher Angst als Mut machen, und in dem der tägliche Durchschnitt von Ermordeten und Verschwundenen bei 22 liegt. Entsprechend haben auch bereits vor zwei Monaten die Guerrilla-Organisationen EGP und FAR mit Propagandabomben in der Stadt und auf dem Land zum Boykott der Wahlen aufgerufen.

Die "saubere Durchführung" der Wahl ist die vom diktatorischen Regime des Generals Fernando Romeo Lucas García ausgegebene Losung, durch die der zunehmende Widerstand in der Bevölkerung und der internationale Prestigeverlust eingedämmt werden sollen, die die Regierung aufgrund ihrer offenen Repression und der absoluten Unterdrückung der bürgerlichen Freiheiten immer mehr isoliert haben. Die breite Ausschachtung der bevorstehenden Wahlen in den Massenkommunikationsmitteln dient außerdem dazu, den Grad der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und der Guerrilla zu verschleiern, die im ganzen Land zunehmende Anerkennung und Zulauf aus den Reihen des Volkes findet.

Eine gut abgestimmte Kampagne von Falschmeldungen in Verbindung mit einer Nachrichtensperre - sowohl im Inland, als auch ins Ausland - hat es ermöglicht, daß der politisch desinteressierte Besucher von Guatemala-Stadt das tatsächliche Ausmaß des Krieges nicht wahrnimmt. Die guatemalteke Regierung hat erkannt, daß die internationale Solidarität und die Rolle der Presse in den Befreiungskämpfen von Nicaragua und El Salvador entscheidend war und ist. Den Vorteil dieser Erfahrung hat sie genutzt, um den langen Kampf des guatemalteken Volkes medienmäßig zu isolieren.

Vom Lande des Quetzal, von seinen Tausenden von Toten und Gefolterten und vor allem vom langen und opferreichen Kampf des Volkes und der Guerrilla weiß man relativ wenig. Seine Bodenschätze, sein Erdöl und seine für Mexiko und die USA bedeutsame strategische Lage machen das Land zu einer lebenswichtigen Enklave des Imperialismus und in der Zukunft zum ausschlaggebenden Faktor für die Stabilität der gesamten mittelamerikanischen Region.

Noch gibt es in Guatemala keine offizielle Sperrstunde oder deklarierten Ausnahmezustand, aber Szenen wie die Durchsuchung von Passanten auf offener Straße, Militärfahrzeuge, die plötzlich wichtige Verkehrsknotenpunkte besetzen, massenhafte Zwangsrekrutierung von Campesinos durch die Armee, ausgestorbene Straßen und geschlossene Läden ab 20 Uhr, paramilitärische Gruppen von vier oder sechs Leuten in Jeeps, die mit Maschinenpistolen bewaffnet die Bevölkerung einschüchtern, Hunderte von abgehörten Telefonen, verstümmelte Leichen an den Landstraßen und in den Straßen der Stadt, Beerdigungen unzähliger mit "XX" gekennzeichnete Leichname (da die Angehörigen ihre Toten nicht zu identifizieren wagen), auf offener Straße erschossene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und bezahlte Spitzel ("orejás" = Ohren), die Parks, Straßen und Cafés unsicher machen, sind charakteristisch für das alltägliche Leben in Guatemala. Nicht zu sprechen von dem, was in den Bergen, in den Dörfern- und abgelegenen Indiosiedlungen des westlichen Altiplano passiert. Systematische Massaker, die nie an die Öffentlichkeit dringen, und die die Armee mit unvorstellbarer Grausamkeit begeht, sind hier an der Tagesordnung. Die Logik der Repression ist auf dem Lande eine andere als in der Stadt. Sie ist unverhohlener, weil sie in einem Rahmen ausgedehnter Guerrillaoffensiven stattfindet, die die Armee mit verzweifelten Aktionen gegen die Zivilbevölkerung beantwortet, weil sie - oft bewiesen oder vermutet - die Guerrilleros logistisch unterstützt. Die Hauptstadt hingegen ist bis heute noch der unbestrittene Machtbereich von Regierung und Armee.

Von 1978, als die organisierte Guerrilla an die Öffentlichkeit trat (vorausgegangen waren acht Jahre Basisarbeit in den indianischen Bergdörfern und der geheime Aufbau ihrer Organisationsstruktur), bis zu ihrer Konsolidierung in vier landesweit operierenden politisch-militärischen Organisationen (EGP - Guerrillaheer der Armen / ORPA - Organisation des Volkes unter Waffen / FAR - Bewaffnete Aufständische Kräfte / PGT - Guatemaltekeische Partei der Arbeit) hatte die Regierung die Existenz einer bewaffneten linken Widerstandsbewegung immer geleugnet. Überfälle auf Armeetransporte und Militäreinheiten, bewaffnete Propagandaaktionen und die zeitweise Besetzung von Dörfern wurden versprengten "terroristischen Grüppchen" zugeschrieben, die isoliert und anarchisch vor sich hin agierten.



Im Juli/August dieses Jahres mußte die Regierung Lucas García jedoch öffentlich eingestehen, daß ihr in der guatemaltekeischen Guerrilla ein "mächtiger Feind" gegenübersteht, dessen sie mit einer Kampagne von Anti-Guerrilla-Aktionen Herr zu werden suchte, die von einer breiten Öffentlichkeitsarbeit begleitet war. In diesen Monaten waren Presse, Radio und Fernsehen voll mit Fotos und Bildern von der "Arbeit" der Sicherheitskräfte, die Guerrillaschlupfwinkel entdeckten und aufliegen ließen. Am 14. August gab ein offizieller Sprecher bekannt, daß insgesamt schon 27 Häuser und Verstecke der Guerrilla entdeckt und neutralisiert worden seien, die meisten davon in der Hauptstadt. Polizei und Armee zeigten der Bevölkerung die Waffen, das Propagandamaterial, Medikamente, Lebensmittelvorräte und was sie sonst noch in den Unterschlüpfen gefunden hatten. Die Bevölkerung war dabei, als das Militär ganze Wohngebiete abriegelte und mit Panzerwagen und bis zu 1 000 Soldaten einige dieser Häuser stürmte. Zum ersten Mal wurde in den Medien der feine, minutiöse Organisationsapparat beschrieben, den die Guerrilla in der Hauptstadt aufgebaut hatte, und mehr unbeabsichtigt wurden die Hauptstädter mit den Namen ORPA, EGP, FAR vertraut gemacht. Ziel dieser Öffentlichkeitskam-

pagne war, der Bevölkerung die Erfolge zu zeigen, die Schläge, die das Regime der sogenannten kommunistischen Subversion versetzt hatte; nicht immer nur Schläge einstecken zu müssen, sondern endlich auch einmal zurückgeschlagen zu haben. Diese von antikommunistischer Rhetorik begleitete "show", die keinerlei interne Gründe von Unzufriedenheit und elend anerkennt, sondern alles auf sowjetisch-kubanischen Einfluß reduziert, war eine riskante Karte, die die Generäle hart kalkuliert ausgespielt haben.

Vom Diktatur steht zweifelsohne eine schwere Zeit ins Haus: eine sich durch zunehmende Kapitalflucht beschleunigende Wirtschaftskrise, Tourismusboykott, internationale politische Isolation, unmäßiger Druck von seiten der Oligarchie (die die Diktatur an der Macht hält) die Subversion einzudämmen, Zersplitterung der Rechten vor der Wahl und immer noch der Schock der offenen Schelte der Carter-Regierung wegen systematischer Verletzung der Menschenrechte, die sich auf Aussagen von amnesty international berief. Als Gegenmaßnahme mußten Wahlen vorbereitet und als "sauberes, pluralistisches" Spiel angeboten werden, mußte dem nationalen und internationalen Kapital die Fähigkeit der erfolgreichen Guerrilla-bekämpfung nachgewiesen werden, mußte den Vereinigten Staaten die Stärke und militärische Professionalität der Guerrilla vor Augen geführt werden, um die Bitte nach Wiederaufnahme der Militärhilfe zu rechtfertigen, die unter Carter ausgesetzt worden war und mußte schließlich auch die Pressekampagne zur Verleumdung der Erklärungen der Guerrillabewegungen durchgezogen werden, da diese in der Bevölkerung immer mehr Widerhall gefunden hatten.

Mit der ausführlichen Berichterstattung über die städtischen Antiguerilla-Aktionen wurde noch ein weiteres Ziel verfolgt: die Beteiligung von Ausländern und Kirchenleuten in der guatemaltekeischen Guerrilla mit "Beweisen" zu untermauern. Dies wiederum rechtfertigte die offene und geheime Überwachung, der alle im Land arbeitenden Ausländer ausgesetzt sind, sowie die offene Verfolgung von Ordensleuten und die Überwachung von kirchlichen Schulen. Die Regierung gab vor, Dokumente und andere Beweise für die Arbeit von Ausländern (ein Spanier, ein Kanadier, ein Ire, ein Kubaner und ein Nicaraguaner) und Kirchenleuten in hohen Kommandoposten der Guerrilla zu haben und stützte sich dabei angeblich auf die Aussage eines sterbenden Guerrillero, der zusammen mit sieben seiner compañeros fiel, als die Armee in einer bürgerkriegsähnlichen Aktion im Juli '81 eine Villa der Hauptstadt in der 14. Zone bombardierte, die ein Versteck der ORPA war. Eine Woche später lud das Innenministerium zu einer außergewöhnlichen Pressekonferenz, auf der anhand von Fotos, persönlichen Gegenständen und Einreisedokumenten die Identität der in der 14. Zone gefallenen Guerrilleros bewiesen werden sollte. In ihrem Eifer, die Einmischung von Kirche und Ausländern zu beweisen, da beide Gruppen aus politischen, moralischen und rechtlichen Gründen schwieriger unter Kontrolle zu bringen sind, ergingen sich die Behörden in derart extremen Verallgemeinerungen, offensichtlichen Ungereimtheiten und schlichten Fälschungen, daß es zu einem Eklat mit der Kirche kam. Und dies nicht mit der progressiven Volkskirche, sondern mit der konservativen Kirchenhierarchie und deren bedingungslos mit der Rechten und der Armee paktierenden Oberhaupt, Kardinal Mario Casariegos.

Die guatemaltekeische Bischofskonferenz veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem die Verfolgung der Priester angeprangert und - ohne auch nur in einem Satz Partei für die revolutionären Organisationen zu ergreifen - die Regierung falscher Anschuldigungen bezüglich der Beteiligung von Kirchenleuten an der Guerrilla bezichtigt wird. Sie weist die erhobenen Anschuldigungen zurück und gibt in dem Kommuniqué noch allgemeine Hinweise über die humanitären Aufgaben der Kirche, da niemand in Guatemala das Regime denunzieren kann, ohne Gefahr zu laufen, physisch eliminiert zu werden.

Dieser Akt war neu und kam für die Regierung unerwartet. Die Kirche hat damit aber einmal mehr ihre Fähigkeit bewiesen, in ihrem Innern sich entfachende Klassen- und Positionskämpfe zu absorbieren und die Reihen fest zu schließen, wenn sich die Struktur als ganze bedroht sieht.

Inzwischen war auf städtischer Ebene eine Zeitlang eine Abnahme der Widerstandsaktivitäten festzustellen. Die Zeit der relativen Zurückhaltung ist allerdings mit den Bombenanschlägen zum 20.10., dem "Tag der Revolution" (s. in diesem Heft) beendet. Im Landesinnern ist die Kette der Widerstandsaktionen nie unterbrochen worden. Hier gab es weiter Hinterhalte, Überfälle auf Militärkonvois, Blitzversammlungen der Guerrilleros mit der Bevölkerung in den Dörfern und verstärkte Angriffe und Attentate auf die touristische Infrastruktur des Landes. Eine der unmittelbaren Reaktionen hierauf war im August der US-"travel-advisory", der alle Reiseagenturen der Vereinigten Staaten offiziell darauf hinwies, daß Touristen ab jetzt auf eigene Gefahr nach Guatemala reisen. Ein tödlicher Schlag für die guatemaltekeische Tourismusindustrie, deren helle Empörung über diese Maßnahme sich tagelang in den Zeitungen des Landes austobte.

Die durch die hauptstädtischen Militäraktionen am meisten betroffenen Organisation ist die ORPA, die in an die Presse übermittelten Stellungnahmen zugab, daß einige der entdeckten konspirativen Wohnungen ihr gehörten und daß sie bei diesen Aktionen über 20 Kombattanten verloren habe. Gut informierte Kreise Guatemalas deuten jedoch an, daß ca. 60% der Erfolge, die die Regierung für sich in Anspruch nimmt, den Tatsachen entsprechen und daß ca. 40% Teil eines aufwendigen Spektakels waren, also Propagandalüge, um die USA zu massiver Militärhilfe zu bewegen.

Die von Anfang 1981 bis Anfang 1982 bewilligte US-Militärhilfe beläuft sich auf 1,7 Mio Dollar, und das US-Verteidigungsministerium gibt in einer Analyse zur Situation der guatemaltekeischen Armee bekannt: "Die Streitkräfte Guatemalas sind die zahlenmäßig größten, bestausgebildeten und bestausgerüsteten der mittelamerikanischen Region. Bei Armee, Polizei und paramilitärischen Organisationen stehen insgesamt 22 690 Männer unter Waffen. Während die Offiziere in ihrer Mehrheit Weiße der Mittelschicht sind, handelt es sich bei den Truppen zu zwei Dritteln um Indios, die zwangsrekrutiert wurden."

Zu den paramilitärischen Gruppen heißt es: "Es sind Kräfte der extremen Rechten, die in enger Verbindung mit der Regierung stehen und sich hauptsächlich aus Militärs, Polizisten, Großgrundbesitzern und Industriellensöhnen zusammensetzen.

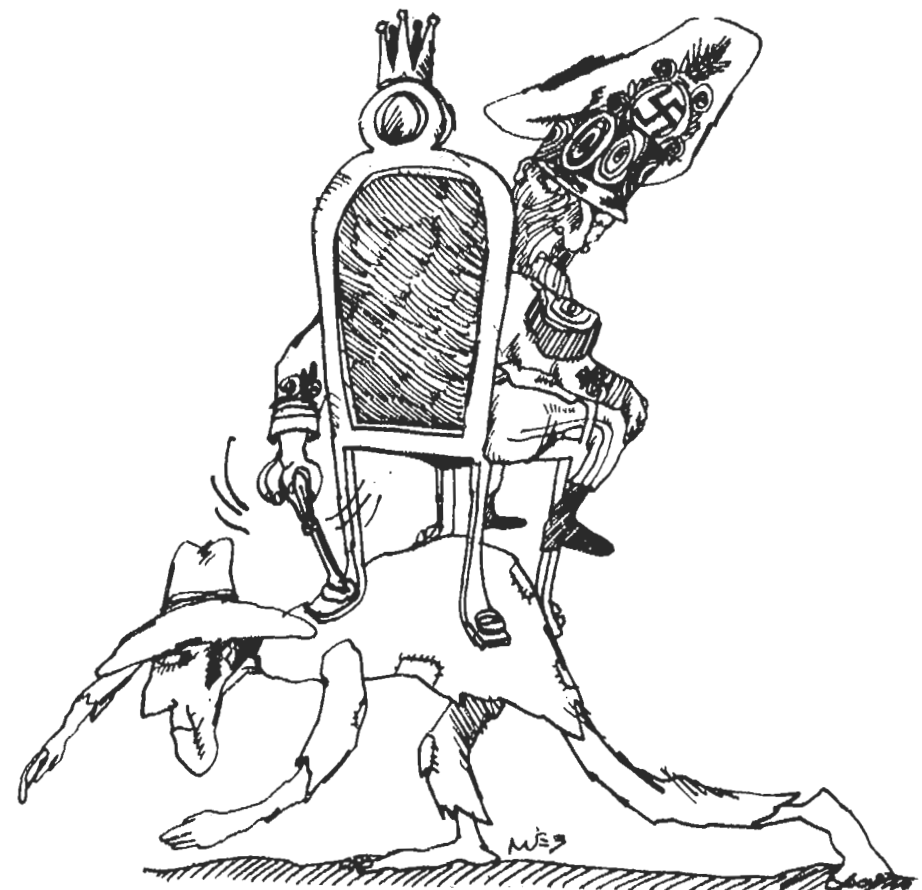
Das "Comando 6" besteht aus Ex-Polizisten unter der Führung Oberst Germán Chupinas, und ihre Tätigkeit besteht hauptsächlich in der Festnahme oppositioneller Demonstranten, die häufig entführt werden und "verschwinden".

Die "Geheime Antikommunistische Armee" entsprang der paramilitärischen Formation "Mano Blanca" (Weiße Hand), die in den 60er Jahren die Guerrilla bekämpfte.

Die "Todesschwadron" ist verantwortlich für zahlreiche Folterungen und Exekutionen von Oppositionsmitgliedern."

Die revolutionären Organisationen befinden sich heute in einem Prozeß der Analyse und der Evaluierung ihrer eigenen Fehler und vor allem der Entwicklung neuer Abwehrformen der counterinsurgency-Taktiken "des Feindes". Eines ist jedoch klar: wenn sie auch Fehler begangen haben, so war das doch nicht der ausschlaggebende Faktor für die Niederlagen, die sie in der Hauptstadt hinnehmen mußten. Entscheidend war vielmehr ein neues, ausgeklügeltes Infiltrationssystem, das mit der Unterstützung Argentinien, Israels und der USA in Guatemala ausprobiert wurde, und auf das sich die Guerrilla erst einstellen muß.

Zwei nachhaltige Niederlagen in diesem Zusammenhang, die nicht schwerwiegend genug einzuschätzen sind, sind die Festnahme des Jesuitenpaters Pellecer und des CUC (Komitee der Bauereinheit = Bauerngewerkschaft) Gründers Emeterio Toc. Pellecer hat offensichtlich eng mit dem EGP zusammengearbeitet und E. Toc war noch in diesem Sommer als aktiver CUC-Repräsentant durch Europa gereist, um über die Situation in seinem Land zu informieren. Beide Männer sind offenbar mehrere Monate in den Fängen des Geheimdienstes gewesen und derart "behandelt" worden, daß sie vollständig gehirngewaschen auf Pressekonferenzen den Widerstandskampf im Land anprangerten und ihr früheres Engagement "selbstkritisch" verdamnten. Mit diesem erschreckenden Ergebnis der counterinsurgency beginnt eine neue Etappe im Befreiungskampf. Es gilt, sich auf diese Methoden der Militärs einzustellen, neue Widerstandsmethoden und besonders neue Formen des Stadtguerrillakampfes zu entwickeln, die in der Lage sind, der immer intensiveren und ausgefeilteren Hilfe den ewigen Verbündeten der lateinamerikanischen Diktaturen Schach zu bieten.



Alfabetisierung a la Guatemala

Seit Anfang des Jahres braust wieder einmal ein Sturm der Alfabetisierung über Guatemala dahin. Dreimal pro Woche gibt es im Fernsehen und im Radio ab 17 Uhr nichts anderes mehr zu sehen und zu hören als die Stimme einer Alfabetisatorin, die mit Musterschülern und Mengen didaktischen Materials der Nation Lesen und Schreiben beibringt. Die Kampagne hat ihre gesetzliche Grundlage in dem Dekret 9 - 78, wonach jeder Guatemalteke zwischen 18 und 60 Jahren aufgefordert wird - vorausgesetzt er kann schreiben und lesen - dies mindestens dreien seiner Landsleute beizubringen.

Diese Kampagne ist nicht die erste: von 1944 bis 1974 gab es ca. 25 regionale und nationale Alfabetisierungsfeldzüge mit dem "Erfolg", daß die Analphabetenquote mit dem Bevölkerungswachstum stieg. Die jetzige Kampagne wird propagandistisch mit allen nur möglichen Mitteln ausgeschlachtet. Angesichts der innen- und außenpolitischen Isolierung der Militärregierung Lucas sucht sie gegenüber der Bevölkerung zu zeigen, daß sie etwas für diese tut. Von deren dringlichsten Problemen - niedriger Lebensstandard, ungleiche Besitzverhältnisse auf dem Land und Unwissenheit - war das Letztere am Einfachsten zu benützen. Sicher hatte auch die erfolgreiche Alfabetisierungskampagne im freien Nicaragua mit dazu beigetragen im unterdrückten Guatemala etwas scheinbar ähnliches zu versuchen - und dies noch mit der Möglichkeit, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Herrschenden unangetastet zu lassen.

Wie hoch die wirkliche Zahl derer ist, die nicht schreiben und lesen können, ist den offiziellen Statistiken schwer zu entnehmen, da diese nur Guatemalteken über 15 Jahren erfassen. Doch wieviele Kinder gehen gar nicht oder nur kurz zur Schule? Und wieviel lernen sie, wenn selbst offizielle Quellen von 50% Unterversorgung mit Lehrern und Schulen in ländlichen Gebieten sprechen? Und wie hoch muß der Anteil der Heranwachsenden sein, bei einem Bevölkerungswachstum von ca. 4% Ob jemand Analphabet ist oder nicht, wird durch eine Art "Meldekarte" festgehalten, die den Besitzer auch zum Wählen berechtigt. Kann er nur seine Unterschrift daruntersetzen, gilt er schon als des Schreibens mächtig. Eine alte Statistik der CNT (Nationale Arbeitergewerkschaft) aus dem Jahre 1969 geht daher von 82% Analphabeten aus.

Doch halten wir uns an amtliche Angaben. Danach waren von ca. 7,5 Millionen Guatemalteken 2,25 Millionen Analphabeten. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land, Männer und Frauen, Indios und Ladinos sind gewaltig. In einer Statistik des Erziehungsministeriums z.B. sind von 2 246 755 Analphabeten 42,7% Frauen und 35,2% Männer auf dem Land und "nur" 14,6% Frauen und 7,5% Männer in der Stadt. Dies erklärt sich durch den hohen Anteil der Indio-Bevölkerung Guatemalas, der etwa 60% ausmacht. Sie leben in der Mehrzahl in den Hochebenen und sprechen 20 unterschiedliche Sprachen und über 100 verschiedene Dialekte.

Um der Kampagne mehr Nachdruck zu verleihen, werden öffentliche Behörden, das Militär, die Polizei, große Firmen und Banken, Lehrer der staatlichen Schulen und die Studenten, die eine Ausbildung zum Grundschullehrer machen, herangezogen. Wie dies vonstatten geht, wollen wir am Beispiel eines dieser Studenten erläutern. Ein Gespräch mit dem Studenten wird im Folgenden sinngemäß wiedergegeben:

Ich war bis vor zwei Monaten Grundschullehrerstudent. Zu dieser Ausbildung gehört normalerweise ein dreimonatiges Praktikum in einer Grundschule. Anfang dieses Jahres wurden wir von der neuen Regelung unterrichtet, daß dieses Praktikum gestrichen wird und wir statt dessen alfabetisieren müssen. Unsere Anerkennung als Grundschullehrer hing nun davon ab, daß drei Analphabeten nach 4 bis 6 Monaten eine Prüfung bestehen, in der sie beweisen, daß sie die Grundlagen des Lesens und Schreibens gelernt haben. Unsre Vorbereitung auf den Unterricht mit Analphabeten und noch dazu mit Erwachsenen war schlecht und beschränkte sich auf einige technische Anweisungen unseres Lehrers. Hinzu kommt, daß die meisten meiner Kommilitonen dazu überhaupt keine Lust hatten und den Sinn nicht einsahen. Nach der

überaus kurzen Einführung in die Kunst des Alfabetisierens ging es los. Es war nun nicht etwa so, daß wir eine Klasse oder einige Schüler zugewiesen bekamen - nein, wir mußten sie uns suchen. Das ganze Land ist in Alfabetisierungszonen und diese wieder in Alfabetisierungszentren (Schulen, öffentliche Gebäude usw.) unterteilt, in denen die Koordinatoren sitzen und das Ganze überwachen sollen. In diese Zentren sollen die Leute kommen, die lesen und schreiben lernen wollen. Ich meldete mich mit einigen Kommilitonen in einem dieser Zentren und wir warteten auf Schüler. Es kamen aber nur wenige, und die riß sich im wahrsten Sinne des Wortes die Direktorin unter den Nagel. Da unser Examen davon abhing, machten wir uns auf die Suche nach lernwilligen Leuten. Wir gingen über den großen Markt in der Stadtmitte und fragten die Marktfrauen. Wir hatten Glück und einige meldeten sich, aber zum verabredeten Zeitpunkt kamen nur wenige. Ein guter Freund und ich klappten daraufhin Hütte für Hütte in dem Slumgebiet an der Eisenbahnlinie ab. Ich fand drei Frauen mit vielen Kindern, zu denen ich aber hinkommen mußte. Ein paar Tage ging es gut, dann aber passierte dieses und jenes. Einmal war ein Kind krank, dann mußte sie auf der Straße Tortillas verkaufen, oder ... oder ... oder...Also

Also wieder nichts. Ich kam langsam in Zeitschwierigkeiten, denn die Kampagne lief nun schon drei Monate. Dann lernte ich drei Quiché-Indios kennen, die mit Gemüse und Obst aus ihrer Heimat in der Hauptstadt handelten. Ihr Wortschatz im Spanischen reichte gerade aus, um ihre Geschäfte zu tätigen, und so hatte ich zwei Aufgaben: ihnen Spanisch beizubringen und sie zu alfabetisieren. Wegen ihrer Arbeit waren sie natürlich immer unterwegs und nur ein bis zwei Tage pro Woche in der Stadt. Trotzdem hat es mir viel Spaß mit ihnen gemacht. Aber dann kamen sie immer unregelmäßiger und schließlich kam nur noch einer. Die Zeit meines Abschlusses rückte immer näher und ich mußte mir etwas einfallen lassen. Da die Prüfung der zu Alfabetisierenden nur von dem jeweiligen Lehrer abgenommen wird, schrieb ich zwei Prüfungen selbst und gab sie mit der einen "richtigen" ab. Ich weiß, daß ich nicht der Einzige bin, der es so gemacht hat. Daran kann man sehen, was von den vielgepriesenen Erfolgsmeldungen dieser Kampagne zu halten ist. Eine andere Studentin zum Beispiel hatte drei Dienstmädchen als Schülerinnen. Sie kamen jeden Abend von 8 Uhr 30 bis 9 Uhr 30, Vorher durften sie nicht weg, da sie ihre "Herrschaft" im Haus brauchte. Man kann sich die Motivation dieser Mädchen nach einem schweren Arbeitstag vorstellen. Nach einer Weile durften zwei ihrer Schülerinnen gar nicht mehr weg.

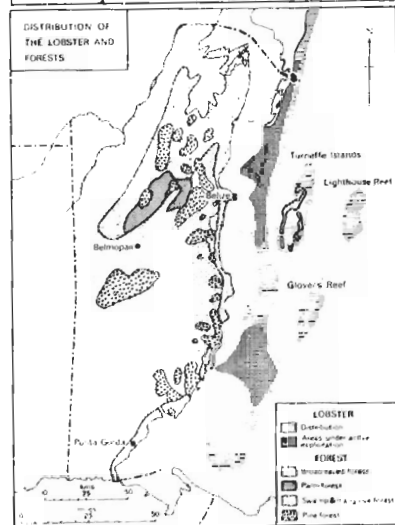
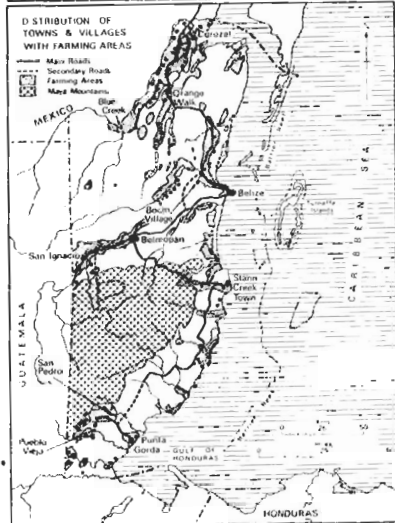
Ganz allgemein war die Situation als Alfabetisator sehr schwierig, denn wir hatten kein Material, Bleistifte, Hefte, Schautafeln - das alles wurde uns versprochen, aber als wir danach fragten, wurde uns prophezeit, daß wir es in diesem Jahr nicht mehr bekommen würden. Auch haben die Schautafeln bis zur Lektion neun nicht mit denen im Fernsehen übereingestimmt. Die Koordinatoren lebten in der Hauptstadt und in den Provinzzentren ihr gutes Leben, mit der sicheren Zusage, nach Ablauf der vierjährigen Kampagne eine feste Lehrerstelle zu bekommen, die - obwohl Lehrermangel herrscht - immer rarer werden. Ich selbst bin nach Beendigung meiner Ausbildung arbeitslos. An die wenigen freien Stellen kommt man nur mit Beziehungen, oder wenn man etwas dafür bezahlt. Währenddessen ärgert sich in den Dörfern ein einziger Lehrer mit drei Klassen zugleich herum. Diese Situation erzeugt ohne Zweifel einen guten Prozentsatz neuer Analphabeten. Hier müßte die eigentliche Arbeit beginnen: die 328 Koordinatoren hätte man besser als Dorfschullehrer eingesetzt, damit endlich eine sechsjährige Grundschulausbildung gesichert werden kann. So weit die Erzählung des Studenten.

All das zeigt, daß es nicht damit getan ist, einfach eine Alfabetisierungskampagne anzufangen, es müssen auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Solange 80% der Bauernfamilien des Hochlands jährlich an die Küste wandern müssen, da ihre Felder zu klein sind, um sie ein Jahr lang zu ernähren, werden ihre Kinder auch nicht regelmäßig zur Schule gehen. Solange eine Alfabetisierungskampagne bei 60% anderssprachiger Indiobevölkerung in Spanisch abgehalten wird, sind die Chancen gering, daß diese etwas lernen. Und vor allem, solange die gesellschaftlichen Verhältnisse so sind, daß der größte Teil der Guatemalteken keinerlei Verbesserungen ihrer Verhältnisse auch nur erahnt, werden sie die Notwendigkeit, Lesen und Schreiben zu lernen, erst gar nicht einsehen.

BELIZE

Von der Kolonie zur Neokolonie

Siedlungen und landwirtschaftlich genutzte Fläche:



Belize ist am 21. September, die Karibikinseln Antigua und Barbuda am 7. November von Großbritannien in die Unabhängigkeit "entlassen" worden. Bruchlos wird der Übergang sein zur nekolonialen Abhängigkeit von den USA, die in ihrem Hinterhof nur noch zwei Interessen haben: strategische und ökonomische. Während in Antigua und Barbuda gleich daran gegangen wird, den Luftwaffenstützpunkt aus dem zweiten Weltkrieg auszubauen, geht es in Belize vordringlich um das bisher vermutete und jetzt auch gefundene Erdöl. Überlagert wird die Vorbereitung des Ausverkaufs der Ressourcen des Landes durch die offenen Invasionsdrohungen der Militärdiktatur Guatemalas. Worum geht es?



Verteilung der Langusten und Wilder:

Basisdaten

Landfläche: 22.697 km²
 Bevölkerung 1981: 148 000 (die Hälfte unter 15 Jahren)
 Bevölkerungsdichte: 6 Einwohner/km²
 Ethnische Gruppen (Schätzungen 1977): 52 % Creoles (Afrobelizeans), 22 % Mestizen, 13 % Maya, Kekchi und Mopan Indianer, 6 % Garinagou (Black Caribs), 5 % Chinesen und Inder, 2 % Weiße (Engländer und Nordamerikaner).
 Analphabetenrate 1979: 5 %
 Bevölkerungswachstum 1977: 3,5 %
 Wichtigste Städte: Belize City (1981: 48 000), Belmopan (1981: 4 000, Hauptstadt); 60 % der Bevölkerung leben in Städten.

Land- und Forstwirtschaft ist die ökonomische Grundlage, sie produziert 85 % der Deviseneinnahmen und 40 % des Nationalprodukts. 70 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung arbeiten hier auf 450 km² von 6 000 km² kultivierbarem Land. 85 % des privaten Grundbesitzes gehören 1,2 % aller Eigentümer. Großgrundbesitz gehört fast ausschließlich Ausländern, die nicht im Land leben.

1980 wurden 0,103 Mio. to Rohrzucker (0,97 Mio. to erbrachten 9,5 Mio. US\$); 1,42 Mio. Kisten Apfelsinen; 0,408 Mio. Kisten Grapefruits; 10,2 Mio. Pfund Reis; 6,9 Mio. Pfund Bananen (0,76 Mio. Kisten erbrachten 6,9 Mio. US\$); 4,3 Mio. Pfund Mangos, 0,425 Mio. Pfund Honig und 12 Mio. Pfund Kakao produziert.

Viehzucht: Bestand an Kühen 1980: 50 000. 0,32 Mio. Pfund Rindfleisch wurden in die USA, nach Mexico und Martinique exportiert.

Edelhölzer: 1977 wurde Mahagoni im Wert von 0,8 Mio. US\$ geschlagen; Zedernholz im Wert von 0,107 Mio. US\$; Rosenholz im Wert von 1,1 Mio. US\$ (1979).

Fischerei: Langusten 1980: 0,39 Mio. Pfund (5,5 Mio. US\$); Krabben: 0,26 Mio. Pfund (0,084 Mio. US\$); Seemuscheln (conchs): 0,31 Mio. Pfund (1,08 Mio. US\$). Insgesamt 1980: Exporte für 7,4 Mio. US\$ (Vorjahr: 7,9 Mio. US\$).

Die Agroexportindustrie wird von folgenden transnationalen Konzernen kontrolliert: Big Fall (USA), Belize Sugar Ind. (GB), Citrus Co. (Jamaica), Big Corn Corp., Capital Prod., Nestlé, Maclare und Carver Tropical.

Bruttosozialprodukt (je Einwohner) 1969: 360 US\$; 1978: 840 US\$.
 Arbeitslosigkeit: 30-40 %.

Außenhandel (in Mio. US\$):

	1977	1978
Importe:	89,5	105,0
Exporte (inkl. Reimporte):	59,3	80,5

Staatshaushalt 1980/81: 69,45 Mio. US\$ (+ 10,9 %).

Devisenreserven Dezember 1979: 10,7 Mio. US\$.

Währung: 2 Bze\$ (Belize-\$) = 1 US\$.

Wirtschaftswachstum 1979/80: + 5,5 %; 1980/81: + 8,3 % (geplant).

Entwicklungshilfe: 1960 - 76 betrugen die öffentlichen Nettobeträge der OECD-Länder: 74,85 Mio. US\$ (davon GB: 65,12 Mio. US\$). Nettoleistungen multinationalen Organisationen 1960-76: 14,48 Mio. US\$.

Hauptexportländer sind Großbritannien, USA, Canada, Jamaica, Holland, BRD und Trinidad-Tobago.

Erdöl: Mit vier Jahre laufenden Lizenzen suchen die folgenden fast ausschließlich US-amerikanischen Konzerne: Chevron, Echo Exploration, Spartan, Central Exploration, Anchuz Overseas,

Ajax (Canada), Harding Broth., Superior Oil, Reef Exploration, Panamerican Oil, Gas & Placid Oil.

Mitglied von CARICOM (Caribbean Community of Commonwealth States), Vereinte Nationen (seit 25. September 1981), angekündigt ist die Mitgliedschaft bei den Blockfreien, beantragt bei der OEA.

Quellen: The New Belize, Vol. XI, No. 7, July 1981; Prisma Latinoamericana, La Habana, Vol. 7, No. 106, Junio 1981; Münzinger-Archiv.



"Belize - vereinigt - souverän - unabhängig", Parade in Belize City

Von der Unabhängigkeit zur neuen Abhängigkeit

Belize, eines der größten Länder der Karibik, ist am 21. September dieses Jahres unabhängig geworden - aber nicht befreit. Kolonie seit 1862 erst, waren die früheren Piratenhäfen und Mangrovensümpfe die letzte der größeren britischen Kronkolonien. Großbritannien hätte Belize gern schon vor 30 Jahren unabhängig werden lassen, vor allem wegen der hohen Stationierungskosten von jährlich heute 50 Mio. US\$ für seine 1 600 dort stationierten Soldaten. Kosten, die die konservative Regierung Thatcher so schnell wie möglich los sein möchte. Im letzten Jahr drohte sie, Belize "so oder so in die Unabhängigkeit zu entlassen". Eingebunden zwischen guatemalteken und US-amerikanischen strategisch-militärischen, wie -ökonomischen Interessen ist Belize heute von der Militärdiktatur Guatemalas wieder offen bedroht. Der UNO-Vertreter Guatemalas, Rafael Castillo Valdez, erklärte im September vor der UNO-Generalversammlung die neue Unabhängig-

keit zu einem "Akt internationaler Ungerechtigkeit"; der 21. September war in Guatemala Staatstrauertag. Militanter Widerstand, vor allem der Creoles, der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gegen die Unabhängigkeit zum jetzigen Zeitpunkt und unter den gegenwärtigen Bedingungen (also ohne Sicherheitsgarantien) haben die Angst der Afrobelizeans vor ihrem "historischen Feind" gezeigt. Die Gefahr einer Militärinvasion vom westlichen Guatemala aus brachte den Streit um das nachkoloniale Erbe Spanisch-Amerikas gegen Britisch-Karibik wieder hervor. Die guatemaltekenische Junta begründet ihren territorialen Anspruch mit ihrer Annahme, Rechtsnachfolgerin des spanischen Imperiums in Zentralamerika zu sein und mit einem nicht erfüllten Vertrag zwischen Guatemala und Großbritannien aus dem Jahr 1859, der nichtig sei, da Großbritannien eine versprochene Straße zwischen Belize und Guatemala City nie gebaut habe. (Zur Geschichte von Belize und zu den Frühjahrsunruhen siehe LN 93/1981.) Seitdem haben die guatemaltekenischen Militärs wieder und wieder eine Besatzung angedroht. Versuchte Invasionen in den Jahren 1972, 1975 und zuletzt 1977 waren damals nur mit dem Einfliegen weiterer britischer Truppen aufzuhalten. Heute hat Guatemala 3 000 (von 15 000) Soldaten an der Grenze zu Belize aufmarschieren lassen.

Die heute der sozialistischen Internationale (inoffiziell) verbundene Regierung unter Premierminister George Price, der ununterbrochen seit 30 Jahren im Amt ist, hat in den letzten Monaten politisch Farbe bekannt: während die neue Außenpolitik Unterstützung von allen Seiten haben möchte (Militärhilfe aus Cuba ist allerdings explizit ausgeschlossen), weiterhin aber proimperialistisch sein wird, sind in der Innenpolitik mit restriktiven Antidemonstrations- und -Unruhesetzen, die Ausgangssperren und willkürliche Verhaftungen legalisieren, die bürgerlichen Freiheitsrechte massiv eingeschränkt worden. Merkwürdig haben sich in Belize die Fronten verschoben, denn die konservative parlamentarische Opposition greift die "kommunistische Regierung" an, eine Diktatur vorzubereiten.

Kolonialsystem und Selbstverwaltung

Seit 1961 wurde Britisch-Honduras eine eigene Regierung zugestanden, 1964 die innere Selbstverwaltung. Über Außen- und Verteidigungspolitik bestimmte weiterhin das alternde Kolonialreich mit einem Militärgouverneur als "Stellvertreter der Königin", zuletzt James Hennessy. Sie richteten eine Parodie ihrer eigenen parlamentarischen Demokratie mit House of Commons und House of Lords ein.

Die vor allem von den Creoles gestützte Oppositionspartei United Democratic Party (UDP) ist eine strikt antikommunistische Partei, ein Zusammenschluß dreier konservativer Parteien aus dem Jahr 1974. Mit ihrem "Schattenpremierminister" Th. Aranda kämpft sie dezidiert gegen die Gefahr einer Annexion durch Guatemala. Sie ist heute stärkste Partei in den Lokalparlamenten und ihre Gewerkschaft Belize Workers' Union (BWU) hat in diesem Jahr den Einfluß der "kommunistischen" United General Workers' Union (UGWU) in allen deren früheren Hochburgen (Zuckerfabriken in Corozal und Orange Walk, sowie die Elektrizitätsarbeiter) zurückgedrängt. Allerdings sind insgesamt nur 1 % aller Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert.

Die 1949 gegründete Peoples United Party (PUP), die eine antibritische und Guatemala-freundliche Geschichte hat, repräsentiert die spanischsprachigen Mestizen, "Spaniards" genannt. Sie hat 13 (12), (51,8 % der abgegebenen Stimmen) Sitze im Unterhaus gegenüber 5 (6), (46,8 %) Sitzen der UDP bei den letzten Wahlen im November 1979 (Oktober 1974), (Wahlbeteiligung: 90 (68) %) bekommen; die 8 Mitglieder des Oberhauses werden ernannt.

Totale wirtschaftliche Fremdbestimmung

Von beiden Seiten ist die Konzentrierung auf den Konflikt mit Guatemala eine Ablenkung von der miserablen ökonomischen Situation. Das als "unterentwickeltestes" Land von Zentralamerika bekannte Belize - mit dem höchsten Durchschnittslebensstandard - hat bei einer Größe von El Salvador 148 000 Einwohner (El Salvador hat 4,8 Mio.): Creoles, wie sich die Nachkommen der afrikanischen Sklaven in der Karibik nennen sind in der Mehrheit, dazu Mestizen, Indianer und Garinagou (schwarze Kariben, die Ureinwohner der Karibikinseln). Außerdem leben mindestens 40 000 Belizeans in den USA. Englisch ist die offizielle Sprache, in den Straßen hört man aber Creole (karibisches Englisch) und Spanisch, indianische Sprachen und Garinagou nur auf dem Land.

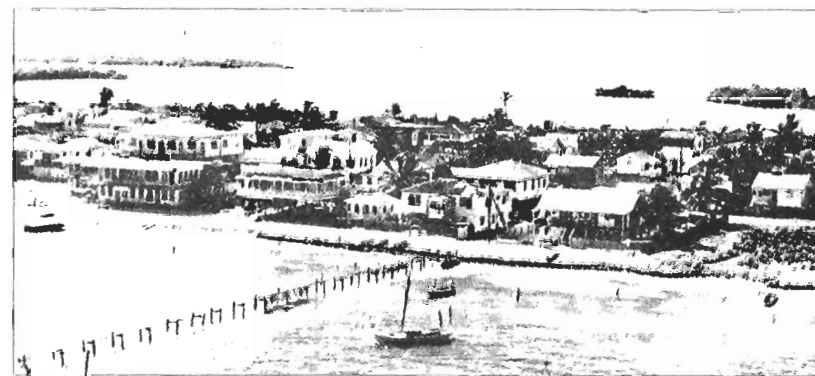


Chickle, der Kaugummirohstoff, wird für den Transport an die Küste verpackt

Es gibt, was den städtischen Mittelstand stört, kein Fernsehen, nur eine Radiostation (der Regierung), keine Tages-, dafür aber ein halbes Dutzend Wochenzeitungen - maschinengeschriebene Blätter mit Titeln wie Supercream, Amadala und Brukdawn, die fast nur im 48 000 Einwohner großen Zentrum, Belize City zu haben sind. Hauptstadt aber ist Belmopan, seit 1970 mitten im Urwald aus dem Boden gestampft, wo heute 4 000 Bürokraten unter sich sind. Weil Hurrikan "Hattie" damals halb Belize City verwüstete, wollte die PUP ihr eigenes Brasilia haben. Straßen dorthin sind, wie die gesamte Infrastruktur des Landes, für die ökonomischen Interessenten noch zu schlecht, so fliegen sie denn lieber. Aber eine der beiden kleinen Fluggesellschaften, die mit ihren Sportflugzeugen auch schwer zugängliche Dörfer anfliegen, hat gerade Bankrott gemacht. Mit einem 5 Mio. US\$-Kredit der Karibischen Entwicklungsbank hat die Regierung einen neuen Tiefseehafen in der Nähe von Belize City gebaut, nur ist der noch nicht 5 Meter tiefe Kanal zu flach für die Schiffe, die Zucker und Edelhölzer, die Hauptexportprodukte, laden. Sie ankern weiter vor der Küste und werden von Leichtern beliefert. Ähnlich sieht es mit der Stromversorgung, dem Abwasser-, Telefon- und Gesundheitssystem aus: nichts funktioniert so richtig. Noch heute sind die Haupttodesursachen Magen-Darm-Entzündungen und Malaria, bei Kindern qualitative Unterernährung. Für die Unabhängigkeit wurde staatlicherseits mit einer Gesundheitskampagne im Radio vor allem gegen Ratten und cockroaches (große fliegende Schaben) gekämpft; wenigstens am Unabhängigkeitstag sollte die Stadt sauber sein. Das dürfte kaum gelungen sein, wie auch eine

Woche davor zum Beispiel die neugebauten Häuser für die Gäste aus aller Welt - außerhalb der Stadt mitten in den Sumpf gebaut - im Rohbau noch nicht fertig waren.

80 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens gehört Ausländern, die nicht in Belize leben. Der Kleinhandel und die wenige Leichtindustrie sind ganz in der Hand einer Handvoll Familien. Die Arbeitslosigkeit wird offiziell auf 30 - 40 % geschätzt. Aber es gibt nicht nur kaum Lohnarbeit, auch ihre Voraussetzungen sind recht schlecht: Belize hat zum Beispiel keine Zentralbank (aber vier Banken aus Großbritannien und Canada), man kann keine Hypotheken aufnehmen und der Belize-Dollar kann nur höchstens 30 Tage lang geliehen werden. Auch so kommt es zu jährlich Tausenden von Auswanderern, von denen die Mehrheit Jugendliche mit oft langer Schulbildung sind (nur 600 von ihnen können jedes Jahr ein langfristiges Visum bekommen). Und ausländische Investoren brauchen zwar 15 Jahre lang keinerlei Steuern zu bezahlen, sollen aber schnell abgeschreckt werden dadurch, daß sie keine Facharbeiter und Ersatzteile bekommen und wegen der (für Lateinamerika allerdings glimpflichen) Korruption. Noch gibt es keinen Luxustourismus, nur dessen Vorreiter, die mit dem Rucksack kommen und sich spottbillig zu den Cays, den Hunderten kleiner Karibikinseln fliegen lassen.



Cays vor dem Barrier Reef

Widerstand der Creoles, der schwarzen Mehrheit

Die Unruhen in diesem Jahr begannen am 11. März mit der gemeinsamen Erklärung von Belize, Großbritannien und Guatemala, die keinen vertraglichen Status hat, und in der Guatemala zwar das Territorium von Belize anzuerkennen verspricht, gleichzeitig aber einen Militärstützpunkt auf zwei Inseln vor Belize im Golf von Honduras einrichten will. Im einzelnen:

- Großbritannien und Guatemala werden ein unabhängiges Belize anerkennen, seine Souveränität und territoriale Integrität respektieren.
- Guatemala wird der ungestörte Zugang zur Karibik gewährt.
- Guatemala wird Zugang und Nutzungsrecht ("use and enjoyment") zu den Ranguna und Sapodilla Cays, die unbewohnt sind, erhalten.

- Guatemala bekommt das Recht zur freien Nutzung der Häfen von Belize City und Punta Gorda.
- Guatemala erhält freien Zugang zu den zwei auszubauenden Straßen zwischen Belize City bzw. Punta Gorda und der Grenze zu Guatemala.
- Belize wird den Bau von drei Erdölpipelines zwischen Petén in Guatemala und Belize City, Dangriga und Punta Gorda unterstützen.
- Belize und Guatemala werden kooperieren in der Kontrolle der Schifffahrt, der Fischgründe und der Meeresverschmutzung.
- Belize erhält freie Hafennutzung in Guatemala.
- Belize und Guatemala werden einen Kooperationsvertrag abschließen und ihre Territorien davor schützen, Zentren der Subversion gegeneinander zu werden.

Diese sogenannten Heads of Agreement haben Belize seit einem dreiviertel Jahr gespalten. Während die weniger werdenden Regierung Anhänger der Erklärung von Junta-Chef Lucas García, Belize zu respektieren, glauben möchten – im guatemalteckischen Fernsehen redet er weiter von "unserem 21. Departement Belize", und in allen nationalen Karten zählt Belize zu Guatemala – hat sich neben der konservativen parlamentarischen Opposition eine breite Widerstandsbewegung gegen die PUP und gegen George Price zusammengefunden, die die ökonomische und strategische, "legale Invasion" durch Guatemala verhindern will. Premierminister Price' Weigerung, ein im Wahlkampf versprochenes Referendum über diese Vereinbarung einzuleiten, provozierte dann den Widerstand, bei dem mindestens zwei Menschen starben, Brandstiftungen, militante Demonstrationen und einen ersten Generalstreik in der neueren Geschichte. Dieser war von der antikommunistischen UDP, die vor allem die Gewerkschaft der öffentlichen Dienste, Christian Workers' Union (CWU) kontrolliert, organisiert worden. Erst durch den Einsatz der britischen Truppen, die mit Maschinengewehren in der Stadt patrouillierten, wurde diese Bewegung zunächst erstickt. Aber auch viele Verhaftungen und eine nächtliche Ausgangssperre konnten ein Aufflammen der Auseinandersetzung Ende Juli nicht verhindern. Die Forderung der außerparlamentarischen Jugendlichen-Bewegung Belize Action Movement (BAM) – die personell aber mit der UDP liiert ist – ist, so lange die Unabhängigkeit zu verhindern, bis ein sicherer Vertrag mit Guatemala unterzeichnet ist und alle Belizeans ihm in einem Referendum zugestimmt haben. BAM will nicht, daß Belize weiter Kolonie bleibt, aber sie wollen eben nicht nur den Kolonialherren wechseln. Und erst recht wollen sie nicht ihren "historischen Feind", die "Spanier" in ihrem Land haben.

Da die im Mai angesetzten Detailverhandlungen in London geplatzt sind und eine völkerrechtlich verbindliche Einigung mit Guatemala somit ausbleibt, dazu Großbritannien seine 1 600 Soldaten mit vier Harrier-Senkrechtstartern nur vorläufig stationiert lassen wird – aber nur vage Versprechen gibt, dies beizubehalten –, wird die Bedrohung für Belize weitergehen. Damit ist der nächste internationale Konflikt in der Karibik und in Zentralamerika vorprogrammiert.

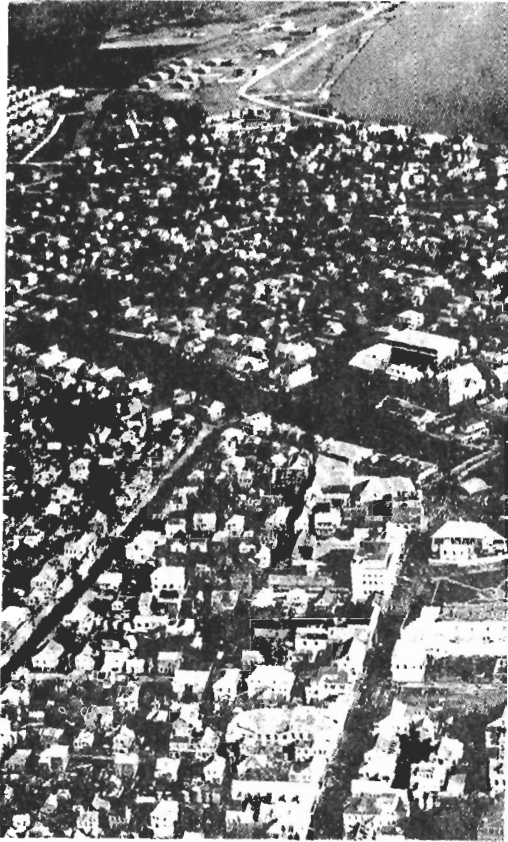
Suche nach einer Ablösung der britischen Truppen

Wenn nicht "Hilfe" von ganz anderer Seite kommt: Mitte September war in Belize City das Gerücht zu hören, daß mit der Unabhängigkeit die Gringos kommen. Die USA wollten auf einem der Cays eine Militärbasis anlegen – keine 500 km von Nicaragua, keine 1000 von Cuba. Inzwischen sollen die USA in Geheimverhandlungen angeboten haben, die Schutzmacht zu spielen. Die Belizer Presse berichtete sogar schon von Details dieser Verhandlungen mit der neuen Besatzungsmacht.

Zum Glück sind die guatemalteckischen Militärs zur Zeit immer stärker durch die Guerilla im eigenen Land und in El Salvador, wo sie der Nationalgarde aushelfen müssen, gebunden. Die Belizeans danken es: ihr Land steht für Flüchtlinge noch offen. 2 000 Salvadoreños (Nach NZZ vom 24.9. sogar 6 000) und 1 500 Guatemaltecos sind bereits gekommen. In das einzige zentralamerikanische Land, wo sie nicht in Lager kommen. Der stellvertretende Premierminister C.L.B. Rogers hat kürzlich Vietnamesen und Haitians eingeladen, doch im Urwald von Belize "unberührtes Land zu erobern". 10 000 und mehr Flüchtlinge könnten in den nächsten 5 bis 10 Jahren leicht absorbiert werden, ein Plan, der vom State Department in Washington ausgehen soll. Daß im Regenwald aber Tieflandindianer wohnen, stört überhaupt nicht, den Program wie im Amazonasgebiet zu empfehlen. Es seien erst 15 % des abbaufähigen Landes genutzt. Mit Zuckerrohr und Bananen könne Belize der "Brotkorb der Karibik" werden, träumt Rogers. 200 Mio US \$ erwartet er an internationalen Krediten nach der Unabhängigkeit für den Ausbau der Infrastruktur. Die könnten auch durchaus zusammenkommen. Allerdings weil Erdöl gefunden wurde. Schon seit Jahren ist das gesamte Land unter fast ausschließlich US-amerikanische Öltrusts aufgeteilt. Aber sie haben keinen Grund zur Eile. Es wäre nicht der US-amerikanische Hinterhof, wenn die riesigen Erdöllager von Petén in Guatemala und von Belize nicht gehortet werden könnten. Und darum ist die Einschätzung, die ich in Belize gehört habe, durchaus realistisch: daß, wenn die Gringos in Zentralamerika einmarschieren, dann in Guatemala und Belize zuerst, denn dort gibt es etwas zu verlieren.

"Price is now in bed with Washington" schreibt die populäre Wochenzeitung 'Amandela' am 25. August kritisch. Weil die rechte Opposition die PUP immer nur mit Kommunisten identifiziert habe, hatte sie deren Bündnis mit Nordamerika nicht mehr gesehen. Jetzt, wo der Kommunismus in Belize tot sei, komme es darauf an, Diktatur, Verletzung der Menschenrechte, Korruption – Rassismus und kulturellen Völkermord anzugreifen: denn all das blühe und gedeihe in Belize. 'Amandela' ist die Zeitung des früheren Black Power-Führers Evan X. Hyde.

Nach der von der Opposition boykottierten Unabhängigkeitsfeier wird von der internationalen Unterstützung des neuen Nationalstaates abhängen, ob die Regierung Price die nächsten Wahlen Ende 1982 überleben wird. In den letzten Wochen gab es heftige Flügelkämpfe innerhalb des Kabinetts, deren Ausgang noch offen ist und bei denen Price sich bislang heraushielt. Zwischen den Linken Assad Shoman und Said Musa – die mit der Parole "Unabhängigkeit jetzt – Befreiung morgen!" herumziehen – und dem skandalgeplagten Energieminister und Vorsitzenden der PUP, Louis Silvestre, dem Staatsminister Harry Courtenay und dem Arbeitsminister Fred Hunter von der rechten Fraktion, geht die Auseinandersetzung um die Be-



Belize City

setzung des einflußreichen Gouverneurspostens (als Kompromisskandidatin ist Minita Gordon im Gespräch) und um den laufenden Entwicklungsplan 1980-83. Dieser sieht eine Entschärfung des Stadt-Land-gegensatzes, den Aufbau von Industrien für Importsubstitutionen, die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion durch Kooperativenbildung und die Erschließung der Ölvorkommen vor. Bis auf den letzten Punkt, steht zu befürchten, wird nichts realisiert werden.

Die zentrale Frage für Belize bleibt seine Sicherheit, auch nach der nur vier Tage nach der Unabhängigkeit erfolgten Aufnahme in die UNO. 1980 war von der Generalversammlung die Unabhängigkeit vor Ablauf des Jahres 81 mit 139:0 (bei 7 Enthaltungen) gefordert worden. Die damit erreichte Isolierung der Junta Guatemalas kann aber nicht ausreichen, die Invasionsgefahr aufzuhalten. Der Sieg der guatemalteckischen Guerilla oder das Eingreifen der USA als Besatzer und Beschützer in Belize kann eine neue Auseinandersetzung in Zentralamerika verhindern.

Die PUP war zuletzt mit dem Auftrag gewählt worden, die Unabhängigkeit zu erkämpfen, sicher aber nicht eine bedingungslose. Vielleicht hat Aldous Huxley im schlechten Sinne bald recht, wenn er vor fünfzig Jahren schrieb: "Belize is not on the way from anywhere to anywhere". Belize könnte Aufmarschgebiet für ein zentralamerikanisches Vietnam werden.

Quellen: Los Angeles Times, Washington Post, The Times, Le Monde, Latin American Regional Reports Mexico & Central America- Caribbean Contact (Barbados) sowie Zeitungen aus Belize und eigene Recherchen

ANTIGUA & BARBUDA

Reagans Stützpunkt in der Karibik

Was für Belize noch zu befürchten ist, hat sich in den drei Karibikinseln Antigua, Barbuda und der unbewohnten Felseninsel Redonda (mit 73 000 Einwohnern und 442 qkm) mit der neuen Unabhängigkeit gleich gezeigt: die USA werden ihre bisherige Präsenz mit einer Radiostation der "Stimme Amerikas", einer Satelliten- und Fernmeldestation verstärken. Voraussichtlich werden die zwei kleinen Luftbasen der USA aus dem zweiten Weltkrieg zu einem Marine- und Luftwaffenstützpunkt ausgebaut. Die am 7. November von Großbritannien in die Unabhängigkeit "entlassenen" drei Inseln werden seit 1976 von der erzkonservativen Antigua Labour Party (ALP) unter Premierminister V.C. Bird (72) regiert, die mit Trinidad & Tobago, Barbados und St. Vincent die antikommunistische Achse in der Karibik bilden. Die ALP löste die sozialdemokratisch orientierte Progressive Labour Movement (PLM) ab, der es nicht gelungen war, eine wirksame Agrarreform durchzuführen. Bei den letzten Parlamentswahlen im April 1980 erhielt die ALP 13, die PLM 3 Sitze im "Unterhaus", während die Bewegung der karibischen Linken, Antigua Caribbean Liberation Movement, keine Chance hatte.

Die wirtschaftliche Lage hat sich inzwischen weiter verschlechtert. Neben Luxustouristen sind Zuckerrohr und Rum, Zitrusfrüchte, Langusten und auch Baumwolle die Haupteinnahmequellen. Aber 2/3 der 4,6 Mio. \$ (1972) Einnahmen durch die mehr als 73 000 Touristen jährlich gehen allein für den Import von Getränken und Lebensmitteln wieder drauf. Exportiert wird in die USA, nach Großbritannien und Guyana. Die Arbeitslosigkeit liegt nach einer offiziellen Zahl bei 21 % (1979), nach dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut bei 47 % (1975), dies bei einer Inflationsrate '79 von 20 %. Das chronische Zahlungsbilanzdefizit lag 1980 bei 17,1 Mio. \$, während das Bruttosozialprodukt 1979 pro Kopf bei 930 \$ (Vorjahr 950 \$) lag. Aber am schwierigsten ist die Situation der von 1 200 Creoles bewohnten Insel Barbuda, deren System des kollektiven Landbesitzes zerstört werden soll. Ihre Forderung nach Selbstbestimmung wird von der Regierung Bird mit der Drohung, Militär einzusetzen, beantwortet.

Wie schreibt die FAZ? - "Die zukünftige Haltung der Regierung in St. John's wird entscheidend von der Höhe der amerikanischen Hilfe für den neuen Staat abhängen." (7.11.1981)

Quellen: Latin American Regional Reports Caribbean; HIW.



ECUADOR

Vom Ölboom in die Krise

Am 10. August dieses Jahres erklärte der neue Präsident Ecuadors Dr. Osvaldo Hurtado vor dem Parlament seines Landes das Scheitern der Ziele des Nationalen Entwicklungsplans, der unter seinem Vorsitz ausgearbeitet, und erst vor 1 1/2 Jahren veröffentlicht worden war. Hurtado, Begründer der christdemokratischen Partei Ecuadors und einer der bekanntesten Sozialwissenschaftler des Landes, war erst Ende Mai in das höchste Staatsamt gelangt, nachdem sein Vorgänger Jaime Roldós unter bisher noch umstrittenen Umständen bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben kam. Die Erklärung des neuen Präsidenten löste eine heftige Debatte über die Grundorientierung der staatlichen Politik zur Entwicklung des Landes aus.

Von der Bananenrepublik zum Erdölstaat

Hintergrund dieser Debatte ist der rasante Aufschwung der Staatseinnahmen im letzten Jahrzehnt mit dem Beginn des Erdölexports im Jahre 1972. Innerhalb kurzer Zeit wurde aus der Bananenrepublik ein Erdölstaat der OPEC. Der Gesamtwert der Exporte stieg von 233 Mio US Dollar im Jahre 1970 auf 1494 Mio US Dollar im Jahre 1978. Nachdem 1971 die nationale Ölgesellschaft CEPE gegründet worden war, kaufte der ecuatorianische Staat 62,5% der Anteile der ecuatorianischen Tochter des nordamerikanischen Ölriesen TEXACO. Der weitere Ausbau der Ölförderung wurde nun dem Konsortium CEPE-TEXACO übertragen. Von 1972 bis 1979 erhielt der ecuatorianische Staat 79,1% der Einnahmen aus dem Ölgeschäft, 20,9% gingen an ausländische Konzerne. Seit 1974 belaufen sich die Einnahmen des Staates aus dem Öllexport auf ca. 12 Mrd DM. Der Staat hatte so eine beherrschende Rolle in der ecuatorianischen Wirtschaft gewonnen.

Der Erdölboom kam gerade zur rechten Zeit. Denn Ende der 60er Jahre wurde immer deutlicher, daß der Höhepunkt des ecuatorianischen Bananenbooms überschritten war. Das Land hatte bereits in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts die Folgen einer starken Abhängigkeit vom Weltmarkt erfahren müssen, als mit dem Niedergang des Kakaoexports die Handelsbilanz immer stärker in die roten Zahlen rutschte und die ecuatorianische Wirtschaft so in eine tiefe Krise stürzte. Anfang der 50er Jahre nahm Ecuadors Bananenexport dann einen grossen Aufschwung, als die Bananenplantagen Mittelamerikas durch eine Erkrankung der Pflanzen schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Schließlich wurde das Land der Welt größter Bananenexporteur. Mit der Erholung der mittelamerikanischen Plantagen endete dann die vorherrschende Stellung Ecuadors auf dem Weltbananenmarkt. So drohte dem Land nun Ende der 60er Jahre eine Wiederholung seiner bitteren Erfahrungen aus der Kakao-Epoche. Der neue Erdölboom ersparte dem Land zu diesem Zeitpunkt eine abermalige Lektion in Sachen Weltmarktabhängigkeit.

Die Hoffnung des »Desarollismo«

Die Militärregierung, die 1972 die Regierungsgewalt übernommen hatte, wurde nach der Teilnationalisierung der Erdölindustrie (s.o.) von

einem Entwicklungsoptimismus getragen, der in Lateinamerika unter dem Stichwort "Desarollismo" bekannt ist. Man hoffte, den von den Desarollismo-Theoretikern vermuteten Dualismus zwischen den "modernen, dynamischen" und den "traditionellen, rückständigen" Gesellschaftsteilen durch eine gezielte Ausgabenpolitik beseitigen zu können. Mit der Ablösung der ersten Militärregierung unter General Lara durch ein Triumvirat aus den Befehlshabern der drei Truppengattungen wurde der Schwerpunkt deutlicher auf eine Entwicklung des Landes durch Unterordnung unter den Weltmarkt ("desarollo hacia afuera" = Entwicklung durch Öffnung nach außen) gelegt. Die Schwäche dieses Konzepts liegt im Kern darin, daß dabei die wesentlichen ökonomischen und sozialen Strukturen des Landes unangetastet bleiben. Die Entwicklung des Landes sollte "neutral" allen Gesellschaftsschichten zugute kommen.

... und die raue Wirklichkeit

Die aktuelle Wirklichkeit hat diese Hoffnung inzwischen ins Reich der Illusionen verwiesen. Die Entwicklung der Einkommensverteilung zeigt, daß tatsächlich die Reichen immer noch reicher, die Armen aber noch ärmer werden: 1975 erhielten 95% der Bevölkerung 73% des nationalen Einkommens, 5% dagegen 27% des Einkommens.; drei Jahre später, 1978, hatte sich der Einkommensanteil der 95% auf 62% vermindert, während die 5% inzwischen ihren Anteil am Einkommen auf 38% erhöhen konnten. Nach Angaben der Weltbank lag 1980 die tägliche Kalorienversorgung pro Kopf der Bevölkerung bei 92% des Bedarfs, was bei den ausgleichenden Effekten von Durchschnittsberechnungen für weite Teile der Bevölkerung noch eine Traumversorgung bedeutet. Chronische Unterernährung ist heute, nahezu 10 Jahre nach Beginn des Erdölbooms, immer noch der Normalzustand in vielen Haushalten Ecuadors.



Entwicklung der Landwirtschaft

Mit ca. 20% Anteil am Bruttosozialprodukt liegt die Landwirtschaft nach dem Öl an 2.Stelle. Die Folgen der "Desarrollo"-Politik sind hier von besonderer Bedeutung. Nachdem die Landreform ersetzt wurde durch die Kolonisation - besonders der Ostteil des Landes ist nach seiner infrastrukturellen Erschließung in Folge der Erdölförderung Ziel der Neubesiedlung -, hat sich bis heute an der traditionellen Struktur des Landbesitzes nichts geändert. Nach der letzten Erhebung aus dem Jahr 1974 besitzen 709 Familien 20% des bebauten Landes, in der Regel besonders fruchtbares Land; 171 Großgrundbesitzer besitzen zusammen nahezu doppelt soviel Grund wie 345731 Campesinos. Mit Hilfe von zinsgünstigen Krediten, die ihnen in erster Linie die staatseigene Bank Banco de Fomento zur Verfügung stellte, gelang es den Großgrundbesitzern nicht nur, ihre Produktion weitgehend zu mechanisieren, sie stellten auch zunehmend auf exportorientierte Produktion um. Die Anbaufläche von Weizen wurde z.B. in den letzten 10 Jahren um 70% vermindert. Das Land, 1965 noch Weizen-Selbstversorger, muß heute 97% des Eigenverbrauchs importieren. Gleiches geschah mit vielen Grundnahrungsmitteln: so wurden z.B. die Anbauflächen (in ha) zwischen 1970 und 1977 reduziert bei Erbsen von 30400 auf 18300, bei Gerste von 133920 auf 60000, bei Mais (choclos) von 3660 auf 360. Während die Produktion von Lebensmitteln für den Inlandsmarkt 1980 weiter sank, steigerte der exportorientierte Zweig der Landwirtschaft seine Produktion um 8,8%. Diese Entwicklung zwingt den Staat in steigendem Maße zu Lebensmittelimporten, um den nationalen Bedarf in etwa sicherzustellen. 1980 mußte so die Lebensmitteleinfuhr um weitere 25% gesteigert werden.

Entwicklung der Industrie

Der Beitrag der industriellen Produktion zum Bruttosozialprodukt steht nach dem Erdöl und der Landwirtschaft an 3.Stelle. Die industrielle Produktion ist in den letzten Jahren konstant gewachsen. Zu diesem Wachstum trug insbesondere die kleine und mittlere Industrie bei. Aber - die Struktur der industriellen Produktion hat sich nicht entscheidend verändert. Wichtig ist, daß die Produktion von Kapitalgütern in den letzten Jahren konstant um 10% der industriellen Gesamtproduktion fluktuiert. Der Import von Kapitalgütern übersteigt den Export von verarbeiteten Produkten um 20%. Das Fehlen einer Industrie, die Produktionsmittel herstellt, wird diese Negativbilanz bei weiterem Wachstum der industriellen Produktion noch verschlechtern. Das bedeutet, daß der Rhythmus des industriellen Wachstums wesentlich von der Verfügbarkeit von Devisen für den Import von Maschinen abhängt.

Diese Verfügbarkeit von Devisen aber hängt nun wiederum ab von der Handelsbilanz des Landes, von dem Verhältnis von Exporten und Importen. Und genau in diesem Bereich vollzieht sich zur Zeit ein grundlegender Wandel im Vergleich zu den Vorjahren. Zwar überstieg die Steigerungsrate der Importe mit 127% schon seit einiger Zeit (1976-1980) die der Exporte mit 112%, aber erst in diesem Jahr überholten die Importe die Exporte auch in absoluten Zahlen. Der Außenhandel rutschte in den Bereich der negativen Bilanzen.

Und das kam so. Der Export Ecuadors hängt zu mehr als 75% von 4 Primärprodukten ab: Öl, Bananen, Kaffee und Kakao. 1980 lag allein der Anteil des Öls und seiner Derivate bei 61,6%. Diese extreme Abhängigkeit des Exports von wenigen Gütern bindet die Einnahme von Devisen an schwer kalkulierbare Weltmarktschwan-

kungen eben dieser Güter. Zwar weisen die Exportstatistiken des Landes für den Zeitraum 1972 - 1980 eine durchschnittliche Steigerung um mehr als 130% aus, aber schon für die letzten drei Jahre 1977 - 1980 läßt sich nur noch eine Steigerung um durchschnittlich 18,5% berechnen. Diese Zahlen erklären sich mit der raschen quantitativen Ausweitung des Ölexports Anfang der 70er Jahre und den bis 1979 ständig gestiegenen Rohölpreisen der OPEC.

Öl, Bananen, Kakao und die Schwierigkeiten einer abhängigen Wirtschaft

Das Bild hat sich inzwischen grundlegend geändert. Seit fast 1 1/2 Jahren steht der Öl-Weltmarkt unter dem Druck eines Überangebots. Ecuador, das 80% seines Öls in die USA exportiert, hat zunehmende Schwierigkeiten der Vermarktung. Große Mengen warten in den Speichertanks der Karibik-Insel Bonaire auf den Verkauf. Und dazu kommt der internationale Preisverfall des Öls. Konnten Anfang 1980 für 1 Barrel Öl noch 36 US Dollar erzielt werden, so sind es jetzt weniger als 30 US Dollar. Die Folge: In den ersten 6 Monaten dieses Jahres lagen die Einnahmen aus dem Ölexport um 100 Mio US Dollar niedriger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

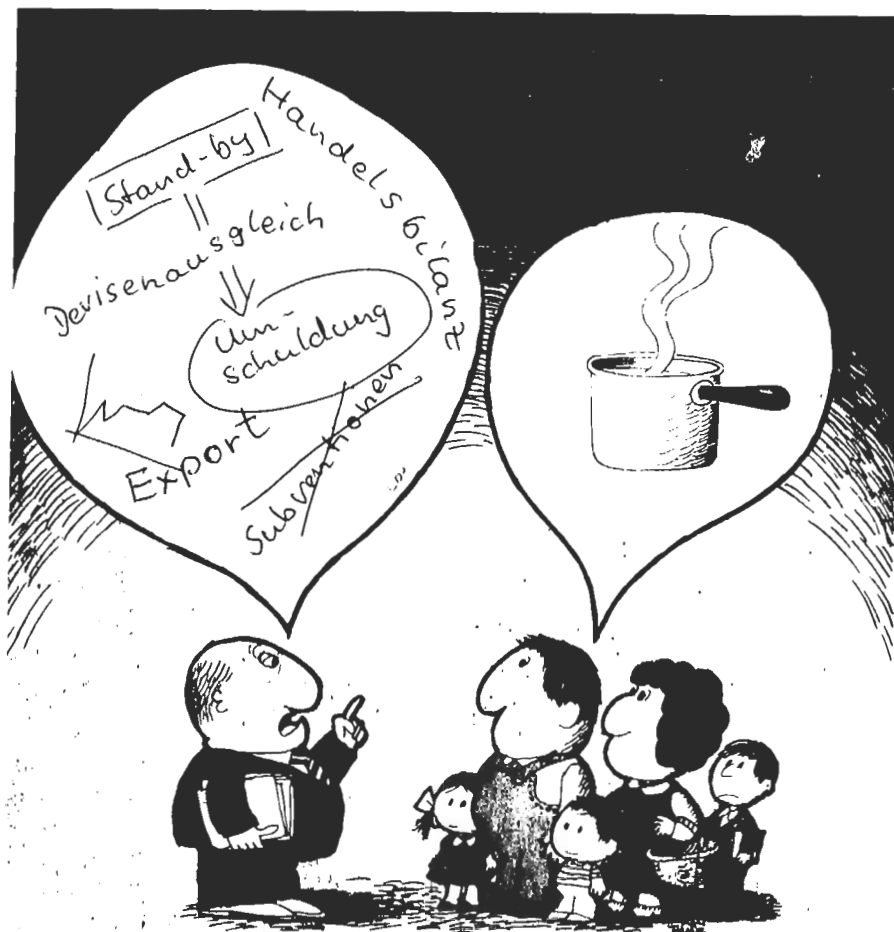
Ähnlich düster sieht die Lage bei den anderen Primärprodukten aus. In den ersten 6 Monaten des Jahres ist der Bananenexport quantitativ um 36% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gefallen. Zwar ist der Kaffee-Export in den ersten 5 Monaten dieses Jahres quantitativ um 30% gewachsen, aber aufgrund des internationalen Preisverfalls fielen die Verkaufserlöse um 8%. Beim Kakao mußte man sogar einen Rückgang um 58% in Kauf nehmen.

Insgesamt sind die Verkaufserlöse beim Export von Primärprodukten von 1979 bis Juli 1981 um 12,6% zurückgegangen. In dem Zeitraum von Juni bis Juli 1981 fielen die Exporterlöse sogar um ganze 44%! Was diese Entwicklung für Ecuador bedeutet kann man daran ermesen, daß 1980 53,6% des Staatshaushaltes durch Einnahmen aus dem Export finanziert wurden.

Ein nationaler Entwicklungsplan scheitert

Und damit sind wir wieder beim Anfang dieses Artikels. Die öffentliche Erklärung des Scheiterns des Nationalen Entwicklungsplans durch den Präsidenten ist das notwendige Ergebnis der oben skizzierten Entwicklung. Doch wie es nun weitergehen soll, das hat Osvaldo Hurtado nicht gesagt. Die Probleme des Landes sind jedenfalls überwältigend: Schon der letzte Haushalt finanzierte sich zu 40% über Kreditaufnahmen, weitaus der größte Teil kam dabei von ausländischen Kreditgebern (bereits 1979 beliefen sich die öffentlichen Auslandsschulden auf 22,8% des Bruttosozialproduktes, und in den letzten 2 Jahren erfuhren die Auslandsschulden eine weitere Steigerung um 30%!); die Verlagerung nationalen Kapitals auf ausländische Konten wegen der hohen Zinsen brachte die ecuatorianischen Banken in diesem Jahr nahe an die Illiquidität; die nationalen Währungsreserven sanken in den ersten 8 Monaten dieses Jahres aufgrund der Exportentwicklung um 14,5%; die Inflationsrate nähert sich 25%. Und zu allem Unglück wird immer deutlicher, daß sich die ecuatorianischen Ölvorräte langsam erschöpfen. Geologen vermuten, daß sich 1986 die ecuatorianische Ölförderung auf einen unbedeutenden Rest vermindern wird.

Hauptleidtragender dieser Entwicklung ist die besitzlose Mehrheit der Bevölkerung, deren Lage sich durch Inflation, überproportionalen Preisanstieg von Grundnahrungsmitteln und Arbeitslosigkeit spürbar verschlechtert. Die wachsende Unruhe über diese Entwicklung machte der landesweite, besonders in den Städten gut befolgte Streik des Gewerkschaftsverbandes FUT (Frente Unitario de Trabalhadores) am 13. Mai dieses Jahres sichtbar. Nahezu alle Beobachter sind sich einig, daß die Gewerkschaftsbewegung, die in den Jahren des Ölbooms deutlich an Kraft verlor, vor einem Wiedererstarken steht. Davon wird entscheidend abhängen, welchen Verlauf die Debatte über die staatliche Politik zur Entwicklung des Landes nehmen wird.



BRASILILIEN

Die Besetzung von Sao Paulo

Annähernd 20 % der brasilianischen Bevölkerung leben in den städtischen Ballungszentren des Landes. Die Misere auf dem Land treibt die Leute jährlich zu Hunderttausenden in die Städte auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen. Dort herrscht eine andere Misere, es gibt keinen Wohnraum für die Besitzlosen, dazu steigt die Arbeitslosigkeit. Die steigenden Lebensmittelpreise, die erst kürzlich erhöhten Mieten verbunden mit der Arbeitslosigkeit lassen den Besitzlosen keine andere Möglichkeit, als unbebautes Gelände zu besetzen und sich damit einen Lebensraum zu schaffen. Besetzungen von ungenutztem Gelände sind in Brasilien zu etwas Alltäglichem, zum Normalen geworden. Fast täglich kann man in den Zeitungen darüber lesen.

Laut der brasilianischen Wochenzeitschrift MOVIMENTO vom 14.9. gab es beispielsweise in Recife in den letzten vier Jahren mindestens 60 Besetzungen. In Salvador soll es zur Zeit ca. 150 aktuelle Besetzungen geben, ein Drittel der Bevölkerung, ca. eine halbe Million Menschen, leben dort in favelas, d.h. zumeist auf besetztem Gelände. Für diese Masse von Leuten hat die staatliche Wohnungsbaugesellschaft von Bahia URBIS 1980 nur 700 "Wohnungen" gebaut. Selbst die konservative Zeitung ESTADO DO SAO PAULO berichtet, daß von den 8 Millionen Einwohnern von Sao Paulo Stadt (ohne Vororte) 480 000 Menschen in Favelas, 1.2 Mill. in Corticos (Notwohnungen), unter Brücken, auf unbebautem Gelände, Industriearealen und Baustellen leben.

4000 Menschen besetzen 70 ha freistehendes Gelände

Im September ging eine wahre Bestzungswelle durch Brasilien. In Rio Porto Alegre, Vitoria und vor allem in São Paulo besetzen Besitzlose, Arbeitslose und Verarmte freistehendes Gelände. Stellvertretend für diese neue alte Landbesetzerbewegung wollen wir über den Verlauf einer Besetzung in der Südzone São Paulos berichten.

Anfang September besetzten ca. 400 Familien ein leerstehendes Grundstück mit 70 ha Fläche, das in der südlichen Industriezone von São Paulo liegt. Die Zeitungen berichteten über die Besetzung seitenweise mit großen Schlagzeilen. Der Grund für diese Aufmerksamkeit erregende Berichterstattung war weniger die Landbesetzung an sich als die Breite der Bewegung. Die Platzbesetzer gehörten zu der Bevölkerungsschicht, die sich zu entscheiden hat, ihr geringes Familieneinkommen für Miete oder für Nahrung auszugeben. Die Mehrzahl der Besetzer kam aus Südzone, einer der ärmsten Gegenden São Paulos. Neben den Verarmten gab es viele, die seit Monaten ihre Mieten nicht mehr zahlen konnten und nun durch drastische Mieterhöhungen keine andere Chance mehr sahen als zu besetzen. So ließen sie sich auf dem unbebauten Gebiet nieder, einer Fazenda, die dem staatlichen Institut für Sozialfürsorge (IAPAS) gehört. Die Fazenda namens ITUPU liegt ca. 30km vom Zentrum der

Stadt entfernt und grenzt an das Industrieviertel Santo Amaro, wo viele Arbeiter wohnen. Hier gibt es seit ungefähr fünf Jahren eine aktive Basisbewegung, die in der Hauptsache von kirchlichen Basisgruppen (CEBs) getragen wird. Schon drei Wochen vor der Besetzung des IAPASgeländes fanden in Santo Amaro und Umkreis kleinere Besetzungen statt, die sich immer mehr ausbreiteten und zu einer Besetzungswelle führten. Durch Mund zu Mund Propaganda, aber sicher auch durch Aktionen und Versammlungen der Basisgemeinden breitete sich die Information von dem gut gelegenen und ungenutzten Fazendaboden aus. Die ersten Familien besetzten am 12. September das großräumige Land. In den folgenden Tagen strömten immer mehr Leute zusammen - zu Fuß und mit Autobussen (es mußten zusätzliche Busse eingesetzt werden). Am 6. September fand die erste große Versammlung statt, die eine Kommission zur Koordination der verschiedenen Aufgaben und Aktivitäten wählte. Neben den Aktiven der verschiedenen Basisgruppen wie Mütterclubs, MCC (Bewegung gegen die Teuerung), CEBs hatten sich auch Vertreter der oppositionellen Parteien PT und PMDB eingefunden.

Irma Pasoni, Abgeordnete der PT São Paulo, erklärte die Rechtmäßigkeit der Besetzung; die Besetzer hätten angesichts der Misere von Arbeitslosigkeit, Mieterhöhung und Teuerung gar keine andere Wahl, als sich selbst zu helfen. Aurelio Peres vom PMDB hält die Haltung der Masse für richtig, ihre Probleme selbst zu lösen, die durch die Unfähigkeit der Regierung entstanden ist.

In den ersten Tagen der Besetzungen war die Stimmung gut. Dafür sorgte einerseits das sonnige Wetter, andererseits aber auch die Leute selbst. Die neuankommenden Familien markierten sogleich ihre Parzellen mit Stöcken und Lumpen. Bei hügeligen Gelände mußte erst Erde abgetragen werden, bei bewachsenem Boden wurde das Gras abgebrannt. Es gab viel Arbeit.



Von morgens bis abends waren die Helfer der Kommission beschäftigt, die Familien zu registrieren, die ihre Parzelle schon in Besitz genommen hatten. Nach vier Tagen waren schon 1 846 Familien namentlich eingetragen. Am fünften Tag wurde die Stimmung zunehmend ge-

spannter, die Unsicherheit, ob man bleiben könne oder ob geräumt würde, machte die Besetzer nervös, zumal es unterschiedliche Informationen über den Eigentümer des Geländes gab. Die IAPAS behauptete das Gelände 1939 erworben zu haben, während ein Abgeordneter (Marco Aurelio Ribeiro) die Unterschriften der letzten Grundbucheintragung vorlegt, die 1906 stammen. Der letzte lebende Erbe des alten Eigentümers ist geistesgestört.

... und es wird geräumt

Inzwischen aber ist die Räumung beschlossene Sache. Bei einem kurzen machtpolitischen Geplänkel zwischen dem Präfekten der Region, der aus wahltaktischen Gründen zwischen Besetzern und IAPAS zu vermitteln versuchte, und dem Minister für soziale Angelegenheiten siegte der Minister. Es ging schließlich um ein Grundstück im Wert von umgerechnet 30 Mio DM.

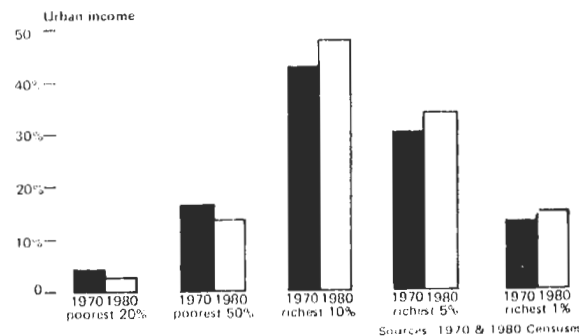
Der zuständige Richter gab zwar zu, daß die Räumung keine gerechte Entscheidung sei und forderte eine politische Lösung des Konflikts. Bei dieser verbalen Forderung blieb es aber dann auch. Am 12. September um vier Uhr morgens rückten 5 000 Bewaffnete an: Militärpolizei, Bundespolizei, Stoßtrupp, Berittene, Polizistinnen mit Bulldozern und Schäferhunden. Auf dem Gelände waren nur noch 11 Familien übrig geblieben, die anderen hatten schon vorher angesichts der bevorstehenden Räumung das Gelände aufgegeben. Gegen dieses massive Aufgebot von Staatsschützern, die für jede Konfrontation bestens ausgerüstet waren, hätten sie wenig ausrichten können. Die letztlich gescheiterte Besetzung wird von der Oppositionsbewegung dennoch als Erfolg bewertet. Wenn man die katastrophalen Bedingungen bedenkt, unter denen die Aktion stattfand, ist das sicher richtig. Es fehlte an Baumaterial, an Werkzeug um Hütten zu errichten; die Versorgung der vielen mittellosen Menschen war ein Riesenproblem, und womit hätte man sich gegen die polizeiliche Räumung wehren sollen? Das Motto "Bleiben und kämpfen" klingt zwar sehr mutig, war aber letztlich wenig überzeugend für die Mehrheit der Besetzer. Irma Pasoni erklärt die Niederlage so: "...die Besetzung war nicht gut durchdacht, nicht gut organisiert ... Die Leute in der Kommission kannten einander nicht ... Es gab unterschiedliche Positionen in der Vorgehensweise ... ! Sie betonte aber andererseits, daß die Stärke der Masse in ihrer Autonomie liegt: "es wäre falsch, sie an eine Partei zu binden"



Zu den Hintergründen der Wohnmisere

Die neuen Zensusdaten: Essen oder Wohnen

Die Landbesetzungen am Rande und in den meisten Großstädten Brasiliens spiegeln nicht nur eine verfehlte Wohnungsbaupolitik des Staates wider, sondern auch die Folgen eines Wirtschaftsmodells, das einen kleinen Prozentsatz von Einkommensbeziehern überdimensional bevorteilte, während die große Masse der Bevölkerung Reallohnverluste hinnehmen mußte. Die jüngst veröffentlichten ersten Ergebnisse des allgemeinen Zensus von 1980 zeigen eine weitere Verschärfung dieser Tendenz gegenüber 1970 an, daß nämlich die 1% Spitzenverdiener ihr Einkommen um 179% steigern konnten, während die ärmsten 50% der Bevölkerung einen 30%igen Rückgang ihrer Einkommen hinnehmen mußten. In den Städten erreichen die reichsten 10% der Bevölkerung 1980 fast die Hälfte des städtischen Einkommens (1970: 43%) und die ärmsten 50% mußten ihren Anteil von ca. 17% (1970) auf ca 13% (1980) verringern.



Einen weiteren Indikator für die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Brasilianer stellen die steigenden Arbeitslosenzahlen dar, die allgemeine Rezession der brasilianischen Wirtschaft hervorgerufen hat. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (IBGE) stieg die Anzahl der Arbeitslosen in den städtischen Ballungszentren São Paulo, Rio de Janeiro, Porto Alegre, Salvador, Belo Horizonte und Recife auf 940 000 oder 8,4% der Erwerbstätigen Bevölkerung. In denselben Gebieten erreichte die Zahl der Unterbeschäftigten 1,6 Mio oder 14,4% der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

Für das industrielle Zentrum des Landes, die Großregion São Paulo, errechnete das statistische Institut der Gewerkschaften DIEESE noch verheerendere Ergebnisse: 12,8% offene Arbeitslosigkeit und eine Unterbeschäftigung von 18,4% der erwerbstätigen Bevölkerung. Mit anderen Worten ist fast ein Drittel aller Arbeitskräfte arbeitslos oder unterbeschäftigt. Selbst nach Angaben des Unternehmerverbandes FIESP gingen im Bundesstaat São Paulo zwischen dem 1.11.80 und Mitte September 1981 280 000 Arbeitsplätze verloren.

Unter dem Eindruck dieser Zahlen fällt es nicht schwer, sich vorzustellen, um wieviel härter der Kampf ums tägliche Dasein, für viele ums schlechte Überleben geworden ist. Immer weniger können die Kosten für die Reproduktion gedeckt werden, d.h. vor allem für

Essen, Kleidung, Erziehung der Kinder etc., ganz besonders aber auch Wohnen. Während das Statistische Bundesamt errechnete, daß die ärmsten Klassen nun 20% ihres Einkommens für Wohnung aufwenden müssen (1970 12%), gehen mit der Materie vertraute Soziologen und Stadtplaner – so Pedro Jacobi in einem Gespräch mit der Wochenzeitschrift MOVIMENTO – davon aus, daß die reinen Wohnkosten den meisten Stadtrandbewohnern bereits 25 – 45% ihres Einkommens wegfressen. Was dann noch übrig bleibt kann kaum die elementarsten Bedürfnisse der Familien befriedigen. Die Landtagsabgeordnete Irma Pasoni (PT São Paulo) drückt das so aus: "Die Mehrheit der Bewohner der Region hat keine Wahl: entweder Essen oder Wohnen".

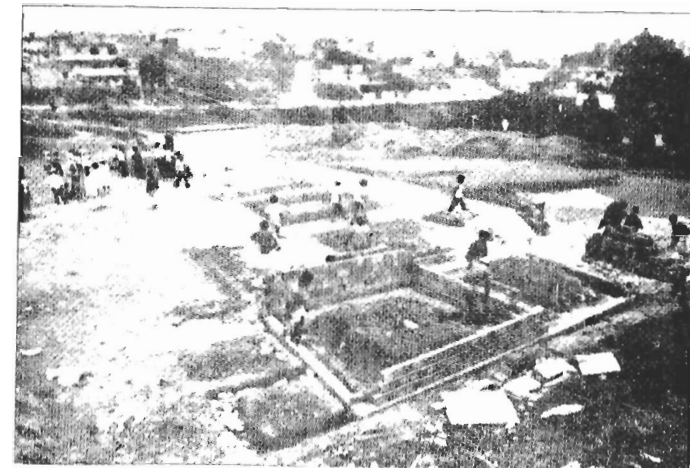
Hierin liegen die Hauptursachen für die verstärkten Landbesetzungen der letzten Zeit. Und Land ist nicht knapp.

Nach keineswegs neuen Informationen des ehemaligen Chefkoordinators des Planungsamtes von São Paulo COGEB liegen 47% des Bodens innerhalb des Munizips von São Paulo ungenutzt brach. Dies bedeutet nichts anderes, als daß dort im Falle der Bebauung auf 240 000 ha Land weitere 8 Mio Menschen Platz hätten. An die 16% dieses "jungfräulichen" Bodens gehören der Regierung oder ihr angeschlossenen Gesellschaften oder Institutionen wie IAPAS.

Das Geschäft mit der Spekulation

Diese Ländereien bringen ihren Besitzern hohe Dividende, ohne daß sie einen Centavo investieren müssen. Doch warum ist das Geschäft mit dem Leerstand so gewinnbringend, warum ist in São Paulo der Quadratmeterpreis für den städtischen Boden bisweilen höher als in vergleichbaren Städten der USA oder Westeuropas? Die Architektin und Urbanistin Ermínia Maricato nennt dafür im wesentlichen zwei Gründe:

- 1) führt die generell fehlende oder mangelhafte Infrastruktur in den städtischen Randgebieten dazu, daß die gutversorgten Gebiete horrend überbewertet werden.
- 2) Erhöht die starke Nachfrage nach Wohnraum und die damit verbundenen Spekulationserwartungen den Preis der leerstehenden Ländereien, so daß ihre Besitzer sozusagen als Zaungäste verfolgen können, wie ihr Vermögen in die Höhe schnellt. Diese Art ist die einträglichste Form des "Sparens", weil sie astronomische "Zinsen" verspricht.



Die Folge des Verteuerungsprozesses urbanen Bodens ist die Ausdehnung der Städte. Die herrschenden Strukturen zwingen hunderttausende von armen Leuten, weitab vom Zentrum in noch nicht urbanisierten Zonen einen Wohnraum zu suchen, wo die Bodenpreise auf Grund der fehlenden infrastrukturellen Versorgung noch niedrig und kleine Grundstücke auch Beziehern von niedrigen Einkommen zugänglich sind. Meist handelt es sich hierbei um sogenannte illegale Parzellierungen, d.h., Grundstücksaufteilung ohne Grundbucheintragung, wobei die Besitzer des Bodens, oftmals bereits große Immobilienfirmen, auf Spekulationsgewinne hoffen, da die ersten Siedler durch ihr Erscheinen und ihren Kampf für Infrastrukturleistungen den umliegenden Boden urbanisieren und damit gewinnträchtig machen.

Nach Schätzungen gibt es allein im Munizip São Paulo über 3 500 solcher Parzellierungen, was an Fläche fast die Hälfte des urbanisierten Bodens beträgt! (Einige dieser Parzellierungen liegen in den ruralen Zonen des Munizips.)

Auf Grund der mangelnden Ressourcen sind die meisten Bewohner dieser Parzellen gezwungen, ihre Behausungen in Eigenarbeit zu errichten, was häufig nach der Arbeit oder am Wochenende, auf jeden Fall aber in der Freizeit geschieht. Ca. 50% der Behausungen im Munizip São Paulo wurden auf diese Weise errichtet.

Doch was zunächst als "Lösung" des Wohnungsproblems erscheinen mag, kann sich in Windeseile ins Gegenteil verkehren. Die großen Entfernungen, die durch diesen Urbanisierungsprozeß zwischen Wohnung und Arbeitsplatz in der Regel entstehen, erfordern zusätzliche Anstrengungen. Der durchschnittliche Arbeiter in der Großregion São Paulo verbringt bereits heute an die drei Stunden in öffentlichen Verkehrsmitteln, um zur Arbeit und nach Hause zu gelangen. Bei steigenden Transportkosten machen diese einen immer größeren Teil des Einkommens aus. Schätzungen besagen, daß nach der einschneidenden Buspreiserhöhung von 61% in Salvador im Sommer dieses Jahres ungefähr ein Drittel der Personen, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen, sich dies nun nicht mehr leisten können. Die Reaktion der Bevölkerung waren spontane Ausbrüche von Gewalt gegen die Busse, von denen mehrere hundert zerstört wurden. Aus diesen Entwicklungen läßt sich eine Tendenz des Rückzugs in zentralere Stadtgebiete beobachten. Da die Vorstadtbewohner in der Regel jedoch mittellos sind, besteht die einzige Möglichkeit für sie darin, in den bereits bestehenden innerstädtischen Slums einen Platz zu finden. Hierbei handelt es sich zum einen um Favelas, die sich auf noch freien Grundstücken zwischen den Hochhäusern befinden. Die bereits bestehenden Favelas werden zusätzlich aufgebläht, oder neue Flecken besetzt. Zum anderen versuchen die Verarmten in völlig heruntergekommenen und im Hinblick auf Sicherheitsbestimmungen höchst prekären Hochhäusern zu wohnen, was in der Regel zu extremen Überbelegungen führt.

»Sozialer Wohnungsbau« in Brasilien

Angesichts dieser katastrophalen Bedingungen, die sich auf Grund der Wirtschaftslage und der bestehenden Einkommensverteilung in nächster Zeit kaum ändern werden, mag man sich fragen, was denn von staatlicher Seite gegen die Wohnmisere unternommen wird. Hier kann man trotz der vielfach geänderten Programme und schönen Worte nur von einem grandiosen Fehlschlag sprechen.

Zentrales Organ des staatlichen Wohnungsbaufinanzierungssystems ist die Nationale Wohnungsbaubank BNH. Sie wurde in den ersten Jahren der Militärdiktatur geschaffen. Ziel der Militärs war es, den internen Arbeitsmarkt in der Baubranche durch das Kapital

der BNH anzukurbeln und Möglichkeiten des Eigenheimerwerbs zu schaffen. Daß sie dabei nicht die Arbeiter und diejenigen im Auge hatten, die am dringendsten Behausungen brauchten, wurde schnell klar. 16 Jahre nach ihrer Gründung ist die Wohnungsmisere größer denn je. 12% der Bevölkerung São Paulos haben keine oder nur äußerst prekäre Wohnungsmöglichkeiten auf fremden Grundstücken oder in Hochhausslums. Im Nordosten leben ca. 50% der Bevölkerung Redifes, Salvadors und São Luis unter extrem schlechten Wohnbedingungen. Experten errechneten ein bestehendes Wohnungsdefizit von 17 Mio Einheiten. In den 16 Jahren ihres Bestehens hat die BNH nicht einmal 1 Mio Wohnungen fertiggestellt, an weiteren 2 Mio war sie nur indirekt beteiligt. Während 70% der Wohnungssuchenden aus den Einkommensgruppen bis zu fünf Mindestlöhnen (1 Mindestlohn zur Zeit ca 150 DM) stammen, gingen 90% der BNH-finanzierten Projekte an Angehörige der restlichen 30%, die mehr als 5 Mindestlöhne verdienen. In der Realität baute die BNH also für die oberen Mittelklassen, die die Kaufkraft für ein Eigenheim besaßen. In letzter Zeit versucht die Regierung ihr Image im Wohnungsbaubereich durch aufzubessern, daß sie verstärkt Programme für sog. einkommensschwache Gruppen fördert. Mit als einer der ersten erkannte der Innenminister Mário Andreazza die Dringlichkeit des Wohnungsproblems: "Wenn für den Arbeiter die Wohnung wichtig ist, so ist doch das Eigentum an ihr doch noch wichtiger ... Eigentum, was geradezu ein stabilisierendes Element in der Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft darstellt."

Also führte man das sogenannte PROMORAR-Programm ein, das sog. Mini-zellen preisgünstig erstellen soll. Ursprünglich sollten diese "Embryohäuser" 23 m² einschließlich Küche und Toilette umfassen. Sollte Erweiterung gewünscht sein, könnte dies ja in Selbsthilfe, d.h. Eigenbau geschehen. Doch von Anfang an stießen diese "großzügigen" Projekte auf die allbekannten Schwierigkeiten wie Bodenspekulation, Korruption, Abzweigung der BNH-Gelder, hohe Baumaterialkosten etc., in der Hauptsache aber die mangelnde Kaufkraft derer, für die die Zellen gebaut werden sollten. Doch auch hier fand die Regierung ihre Lösung. Spöttisch kommentierte vor einem Jahr der Bürgermeister von Curitiba Jaime Lerner das PROMORAR-Programm: "Die Verarmung im Land ist allgemein. Bis vor drei Jahren verkaufte man Wohnungen von 23m². Heute hat sich das Embryohaus auf das Ei verringert, eine Konstruktion von nur 7m², lediglich Küche und Toilette. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist so gering, daß wir zu einem Haus kommen werden, das aufs Klo reduziert ist."

1980 wurden in São Paulo ganze 275 dieser Mini-zellen übergeben. In einem anderen Fall verweist die BNH auf ihre angeblich leeren Tresore. Die Wohnungsbaugesellschaft São Paulos hat eine Studie darüber erstellt, wie preisgünstig Häuser und Wohnungen gebaut werden könnten. Sie hat der BNH ein Projekt zur Finanzierung vorgelegt, das 200 000 Wohneinheiten umfaßt. Seit über einem Jahr wartet man nun in São Paulo, ohne einen Centavo gesehen zu haben. Die BNH behauptet, kein Geld für die Wohnungsbauprojekte zu haben, obwohl allein im letzten Jahr umgerechnet annähernd 48 Mrd. DM auf ihren Konten lagerten.

Warum sind die Kassen leer?

Dieses Geld stammt zum größten Teil aus den Sozialversicherungsbeiträgen und Spareinlagen der Arbeiter und Angestellten, die allesamt auf die Konten der BNH überwiesen werden.



Doch statt ihrem eigentlichen Zweck gerecht zu werden, nämlich Häuser für diejenigen zu bauen, die ihrer bedürfen und von denen der größte Teil der Einlagen stammt, werden geniale finanzakrobatische Kunststücke vorgenommen. Hierin sind die Verwalter, Minister und Sekretäre wahre Meister. Ein Teil der Gelder geht in städtische Entwicklungsprogramme von Bürgermeister*innen. Ein anderer Teil fließt direkt Baufirmen und Immobiliengesellschaften zu. Die Urbanistin Erminia Maricato ist der Auffassung, daß man in der verwirrenden verwaltungstechnischen Konstruktion der Bank sogar einige Abteilungen ausmachen könnte, die sich ausschließlich diesem Zweck widmen. Die BNH selbst ist Besitzerin ausgedehnter Ländereien.

Der größte Köhner im Umbuchen und Umverteilen des BNH-Kapitals ist jedoch Planungsminister Delfim Neto. Großzügig langt er zu und verwendet die Mittel zu so unterschiedlichen Zwecken wie der Bezuschussung in Schwierigkeiten geratener Bundesprojekte, den U-bahnbau, den Bau von Luxusresidenzen oder gar der Reduzierung der Binnenschuldung des Staates durch Kauf von Papieren der Zentralbank. Außerdem zwingt er die BNH Bundesobligationen zu erwerben, wobei er 1980 die Steigerung des Werts auf 45% festsetzte. Die Inflation hat aber die 100%-Grenze längst überschritten.

QUELLEN: Movimento, Em Tempo, Folha de São Paulo, Latin American Regional Report Brazil, Frankfurter Rundschau.

KUBA

Einige Mythen über Kuba

— ENTLARVT VON MICHAEL MANLEY

Die USA lassen keine Gelegenheit aus, die angeblich von Kuba ausgehende kommunistische Gefahr für die Karibik und Lateinamerika zu beschwören. Es sieht jetzt sogar so aus, als ob die US Attacken und Maßnahmen einen neuen Höhepunkt erreicht haben. Diese reichen von verstärktem ökonomischem Boykott oder der Errichtung einer anti-kubanischen Propaganda-Radiostation in Miami, über Auslieferungsverbot kubanischer Zeitungen in den USA bis zur Androhung einer Seeblockade Kubas. Die Atmosphäre in Kuba selbst erinnert an die frühen 60er Jahre und viele befürchten, daß die Reagan-Regierung einen regelrechten Angriff Kubas plant.

Michael Manley, der frühere Premierminister von Jamaika, dessen jetzige rechtsgerichtete Regierung unter Edward Seaga gerade die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen hat, gibt im folgenden eine Einschätzung der Rolle Kubas aus der Sicht eines Landes der Dritten Welt.



Es gab eine Zeit, als Washington für Leute mit einem starken Gerechtigkeitssinn, und schlimmer noch, mit einem unbeugsamen Widerstandswillen gegen Unterdrückung, gefährlich war. Sie galten als "rot" oder zumindest "rosa". Die McCarthy-Ära dauerte zwar in ihrer akuten Form nicht allzu lange, reflektierte aber ein tieferliegendes Problem im amerikanischen politischen System.

Immer noch leiden zu viele amerikanische Politiker an einer allzu simplifizierenden Weltansicht. Es gibt für sie "good guys" (Washington) und "bad guys" (Moskau). Einheimische Revolutionen, in denen sich Patrioten, Liberale, Demokraten, religiöse Idealisten und auch einige Kommunisten zusammenfinden, ist es auf den Leib geschrieben, als "Moskau-inspiriert" und Teil eines groß angelegten Plans angesehen zu werden, der im tiefsten Innern des Kreml geschmiedet worden war. Kleinigkeiten, wie das Vorhandensein oder das Ausmaß des faschistischen Terrors, der die Menschen zur Revolte treibt, werden geflissentlich übersehen.

So wird die Existenz der chilenischen Junta durch neue Waffenlieferungen seitens der USA garantiert, egal wieviele katholische Geistliche durch die von der Junta angeheuerten Schergen ermordet werden. Auch der guatemaltekeische Diktator García erhielt seine neue Lebensfrist auf dem selben Wege, trotz seinem Ruf, Mord, Terror, Entführungen, Folter, ganz zu schweigen von Korruption und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit zu dulden.

Es gab eine Region in der jüngeren Zeit, wo es Übereinstimmung zu geben schien, daß die Bezeichnung "bad guys" angebracht war, und zwar ohne Bezug auf Moskau oder Washington, oder die Auswirkungen des einen auf den anderen: und diese Region war Südafrika. Es mag unterschiedliche Auffassungen gegeben haben, wie Apartheid zu bekämpfen sei, aber alle waren sich einig, daß man sich nicht damit abfinden würde. Die neue Reagan-Regierung ist jedoch dabei, das Buch der Realpolitik neu zu schreiben, wobei sie neue Dimensionen des Zynismus, des Wahnsinns und der Gefahr hinzufügt.

Als jemand, der ein Regierungsamt innehatte, bin ich vorsichtig gegenüber durchsickernden Informationen, aber es gibt Fälle, in denen es die Moral erfordert, alle anderen Bedenken zurückzustellen. Die kürzliche Enthüllung des Positionspapiers in der "New York Times", das von Chester Crocker für den Besuch des südafrikanischen Außenministers "Pik" Botha in Washington ausgearbeitet worden war, ist ein solcher Fall.

Die Reagan-Regierung hat auch bereits vor Crockers Papier ihre Verachtung für jeden Farbigen auf dieser Erde bzw. für Weiße mit einem Gefühl für Ethik signalisiert, indem sie der südafrikanischen Regierung mit offenen Armen entgegenkam.

Zweifelsohne wird sie ihr Vorgehen mit der Wichtigkeit Südafrikas als Bastion gegen die sowjetische Expansion in Südafrika begründen. Beiläufig wird sie uns sagen, daß sie nichts gegen Schwarze hat und vielleicht glaubt sie dies sogar.

Aber all das ist ja ein alter Hut. Diese Vorgehensweise läßt sich zurückverfolgen bis zur Monroe-Doktrin und auf den unberechtigten Verweis auf die "russische Gefahr" in der berühmten Rede des Präsidenten vor dem Kongress im Jahre 1823. Interessant ist nun die neue Variante zu diesem Thema, in der Kuba einmal als ein Land hingestellt wird, das für die Sowjets die Kohlen aus dem Feuer holt und ein andermal als kommunistische Gefahr aus sich selbst heraus.

Das Positionspapier Crockers tritt dafür ein, daß die Unabhängigkeit Namibias mit dem vermutlich vorherigen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola gekoppelt wird. Dieser Vorschlag bedeutet einen kolossalen internationalen Affront.

Erstens kann das Recht des namibischen Volkes auf Freiheit niemals von einer externen Bedingung abhängig gemacht werden. Es ist unabdingbar und steht für sich selbst. Zweitens sind die kubanischen Truppen in Angola auf den ausdrücklichen Wunsch der souveränen Regierung des unabhängigen Angola. Drittens hat sowohl die Regierung von Angola als auch von Kuba versprochen, die Truppen ab-zuziehen, sobald sich die südafrikanischen Truppen von der Südgrenze Angolas zurückziehen und Namibia die Unabhängigkeit erhält. Viertens sind die kubanischen Truppen nur deshalb da, weil Südafrika 1975 nach Angola einmarschierte, um die legitime Regierung eines kurz zuvor unabhängig gewordenen Staates zu stürzen, und zwar nachdem es klar war, daß alle anderen Methoden versagt hatten.

Der CIA und Südafrika hatten Geld und Waffen in einen Aufstand investiert, der von Jonas Svimbi im Namen seiner tribalistischen Partei Unita angezettelt worden war. Ich werde mich nicht über einen schwarzen afrikanischen Führer auslassen, der Geld und Waffen von Südafrika akzeptiert. Ich überlasse ihn dem Urteil seiner Landsleute.

Wichtig war dabei jedoch, daß die südafrikanische Regierung zum Zwecke der Errichtung einer Marionettenregierung nicht davor zurückschreckte, Truppen in das Land einmarschieren zu lassen.

Es ist jetzt bereits Geschichte, wie Agostino Neto, der damalige Präsident von Angola seinen Notruf an Castro sandte und um militärische Hilfe bat; wie Fidel Castro und sein Politbüro die Angelegenheit eine Nacht hindurch 12 Stunden lang debattierten, um zu der vielleicht schwersten Entscheidung überhaupt zu gelangen; wie sie bewußt ihre Hoffnung auf friedliche Beziehungen zu den USA aufs Spiel setzten, obwohl die Verhandlungen bereits im Gange waren; wie sie Elite-Einheiten ihrer Armee nach Angola flogen; und wie sich die Südafrikaner in einem schnellen Rückzug hinter die namibische Grenze absetzten, als sie merkten, daß sie es mit der kubanischen Armee zu tun hatten.

Viele von uns in der Dritten Welt sehen diese Entscheidung Kubas und seine daraus resultierende Rolle, das neue unabhängige Angola vor der Apartheidpolitik Südafrikas zu schützen, als einen Wendepunkt in der Geschichte.

Historische Wendepunkte sind Anlaß für Mythenbildung und Mythen sind eine schlechte Basis für das Verständnis von Weltpolitik und außenpolitischen Entwicklungen.

Es ist beispielsweise ein Mythos, daß Kuba auf Anweisung Moskaus Truppen nach Angola entsandte. Alles spricht vielmehr dafür, daß Moskau damals der Entspannung und den SALT-Verhandlungen eine überragende Bedeutung beimaß und von der kubanischen Entscheidung völlig überrascht war.

Es ist unwahrscheinlich, daß Moskau die Verärgerung der USA über Angola ohne weiteres riskieren wollte. Die spätere Entscheidung der UdSSR, Kuba in seiner selbst gewählten Rolle zu unterstützen, ist eine völlig andere Sache und das Ergebnis einer separaten Analyse. Gesunder Menschenverstand, die Einschätzung der Lage und meine ausgedehnten Gespräche darüber mit Fidel Castro haben mich davon überzeugt, daß Kuba nicht auf Anweisung der Sowjetunion in Angola interveniert hat.

Ebenso ist es ein Mythos zu glauben, daß Kuba seine Zeit damit verbringt, in Lateinamerika Revolutionen anzuzetteln. Die Kubaner haben nämlich, obwohl loyal gegenüber ihren Alliierten im sozialistischen Lager, eine sehr differenzierte Einschätzung sowohl was Weltpolitik als auch die objektiven Bedingungen, die eine Revolution ermöglichen, angeht.

Die Kubaner glauben nicht, daß man eine Revolution anzetteln kann. Sie würden dies als Kinderglauben betrachten. Sie glauben vielmehr, daß, ungeachtet des subjektiven Engagements des Einzelnen, Revolutionen dann stattfinden, wenn eine Reihe von objektiven Bedingungen einschließlich massiver Unterdrückung einerseits und ein Zusammentreffen von verschiedenen Widerstandskräften andererseits gleichzeitig in einem Land vorhanden sind.

Ich kann nichts über die frühe Guevara-Zeit sagen, sondern ich rede vom Kuba mindestens der letzten zwölf Jahre. Als Marxisten-Leninisten glauben die Kubaner an den schließlichen Sieg des Sozialismus, und zwar aufgrund ihrer Einschätzung der inhärenten Widersprüche im Kapitalismus. Deshalb sehen sie unter anderem auch keinen Grund zur Eile.

Aber was wichtiger ist, die Kubaner akzeptieren die Welt als ein durch und durch pluralistisches Phänomen mit vielen sozialen und ökonomischen Experimenten, die sich aus den verschiedenen politischen Kulturen entwickeln, und eine Interaktion darstellen zwischen sozialen Traditionen, verschiedenen Formen von Staatsführung, akkumulierter politischer Erfahrung und objektiven ökonomischen Bedingungen.

Was noch dazu kommt, Fidel Castro ist, Mythos hin oder her, ein Mann von außerordentlicher politischer Klugheit und wie alle klugen Menschen, hat er sich mit dem Pluralismus arrangiert. Allerdings glaubt er und seine Regierung nicht an eine passive Außenpolitik. Als glühende Verfechter des Antimperialismus setzen sie sich für eine breitest mögliche Allianz progressiver Kräfte in der Welt ein.

Dabei definieren sie "progressiv" auf eine logische und verständliche Art und Weise. Für sie ist eine Regierung progressiv, die sich für die Veränderung des weltwirtschaftlichen Systems einsetzt, mit dem Ziel, ein gerechteres Austauschverhältnis zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern zu erreichen; die kleine Länder in ihren Recht auf Souveränität unterstützt; die eine eindeutige Haltung gegenüber Südafrika und Apartheid einnimmt und echte Befreiungsbewegungen auf breiter Ebene unterstützt; die sich für größere ökonomische und soziale Gerechtigkeit für ihr eigenes Volk einsetzt; die ihrem Volk Zugang zu demokratischer Beteiligung gewährt.

All diese Faktoren spielen eine Rolle in Kubas Beurteilung anderer Länder. Aber was vielleicht am wichtigsten ist: als kleines Land sind sie besonders empfindlich in Bezug auf äußere Einmischungen in die Angelegenheiten eines Landes.

Lokale kommunistische Gruppen in Ländern, die im weitesten Sinne zu den "Progressiven" gerechnet werden können, werden keineswegs von Kuba ermutigt, Unruhen zu schüren. Ich sage dies mit der Überzeugung, die ich in neun Jahren Regierungserfahrung in einer traditionellen Zweiparteiendemokratie westlichen Stils gemacht habe, in der niemand versuchte, den starken Privatsektor der Wirtschaft zu eliminieren. Ich sage dies auch aufgrund meiner Gespräche, die ich mit anderen Regierungschefs des karibischen Raums geführt habe.

Für Kuba hat allerdings alles eine Grenze. Wie im Falle von Angola, wo demokratische und progressive Legitimität durch eine Art faschistische Fäktion bedroht ist, reagieren die Kubaner, wenn ihre Mittel es erlauben.

Auch ist es ein ausgesprochener Mythos, zu glauben, die Kubaner versuchten die Nicaraguenser oder El Salvadorianer dazu zu überreden, für ihre eigene Freiheit zu kämpfen. Schließlich sind Unterstützung und Ursprung einer Revolution zwei ganz verschiedene Dinge.

Es ist besonders interessant, daß Fidel Castro, genau wie Willy Brandt von der Sozialistischen Internationale, seit Monaten an einer politischen Lösung des El Salvador-Problems arbeitet. Er befürwortete öffentlich sowohl die Ausweitung der Regierungsgewalt durch die Zulassung der Demokratischen Front als auch die Abhaltung von Wahlen. Ich weiß dies, weil ich an einigen Verhandlungen dazu im letzten Jahr teilgenommen habe.

Die Tragik der heutigen Situation liegt darin, daß die neue US Regierung fleißig dabei ist, all die alten Mythen wiederzubeleben, auf denen die US Außenpolitik in den 50er Jahren beruhte. "Good guys" sind heute Schergen wie die Regierenden von Guatemala, oder schließen sogar solche ein, die Apartheid verteidigen. "Bad guys" sind heute alle, die sich gegen Unterdrückung auflehnen und wehren. Vergessen wird in diesem vereinfachenden und selbsttäuschenden Konzept die gesamte Geschichte aller Revolutionen der modernen Zeit.

Die chinesische Revolution war ausgesprochen nationalistisch. Washington hat das völlig mißverstanden. Alle neuen, progressiven afrikanischen Staaten stehen fest auf der Seite der Blockfreien und haben nicht vor, irgendjemandens Handlanger zu werden.

Genau dies trifft auch auf Kuba zu. Zwar wurde es durch die Umstände zu bestimmten Arrangements gezwungen, aber es ist letztendlich Kubas oberstes Interesse, sich seiner Revolution würdig zu erweisen, indem es Ärzte, Lehrer und Ingenieure in alle Welt schickt, um "progressiven" (wie oben definiert) Dritte-Welt-Ländern zu helfen, Armut und Unterentwicklung zu bekämpfen und nicht mit dem Schicksal anderer Leute Gesellschaften zu spielen.

Daher ist die Theorie, die sowjetischen und nun kubanischen Expansionismus als Wurzel von Volksrevolutionen sieht, ungeeignet, die Natur einer solchen zu verstehen. Zweitens unterschätzt sie den Charakter des Patriotismus, der neu befreite Menschen antreibt. Drittens mißversteht sie eine neue Art Internationalismus unter den Ländern der Dritten Welt, in dem Kooperation als eine Antwort sowohl auf die Vorherrschaft der Großmächte als auch auf lokalen Despotismus ist.

Wenn man noch bedenkt, daß sich Kuba mit Afrika ethnisch tief verbunden fühlt, versteht man vielleicht die Entscheidung Kubas, Truppen nach Angola – und nach Äthiopien – zu senden.

Eine Politik, die auf einer Analyse beruht, die ihrerseits auf Mythen basiert, ist höchstwahrscheinlich verkehrt. Handlungen, die auf einer solchen Analyse beruhen, sind notgedrungen gefährlich. Es wäre klüger, die Diktatoren durch ihr eigenes Gewicht fallen zu lassen und es wäre am klügsten, ihnen einen wohl bedachten Schub zu geben.

(Wir haben den Artikel von Michael Manley der Zeitung Caribbean Contact, November 1981 entnommen.)

SOLIDARITÄT

Jornada de la Solidaridad

Solidaritätstreffen in Madrid

Vom 8. - 12.10.81 veranstaltete das Instituto de Estudios Politicos Para America Latina Y Africa (IEPALA) eine Solidaritätstagung zur Lage in Mittelamerika.

Beginnend mit einer Diskussion über Verlauf und Ergebnisse eines Treffens lateinamerikanischer Intellektueller über einige Info-Abende mit Filmen etc. zur Lage in Mittelamerika sollte schließlich am letzten Abend Gelegenheit zur Diskussion mit Vertretern verschiedener Befreiungsbewegungen bestehen. Den Abschluß bildete ein Solidaritätsfest.

Die Solidaritätstage fielen nicht zufällig auf eine Reihe geschichtsträchtiger Daten:

- den 14. Todestag von Che Guevara (9.10.)
- die Fiesta de la Hispanidad zur Erinnerung an die Entdeckung Lateinamerikas am 12.10.1492
- sowie die Fiesta de la Virgen del Pilar, der Schutzpatronin Zaragozas und der Guardia Civil (ebenfalls 12.10.)
- und, wie der Autor dieser Zeilen beim Schreiben zufällig im 'Roten Kalender' des Wagenbachverlages entdeckte, auf den Tag, an dem vor einem Jahr an Ernesto Cardenal der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde.

Am wichtigsten jedoch ist: der 12.10. ist in Spanien arbeitsfrei.

Am Do, den 8.10. wurden die Solidaritätstage mit einer Diskussion über die Ergebnisse des Treffens lateinamerikanischer Intellektueller vom 4. - 7.9.81 in La Habana eröffnet. Die Veranstaltung fand im Haus des IEPALA statt, ca. 120 Interessierte drängelten sich im Veranstaltungsraum und auf den Fluren.

Von den Referenten hatten zwei kurzfristig abgesagt, gekommen waren Carlos M. Gutierrez (Uruguay), Julio Huasi (Argentinien) und Frederico Alvarez (Spanien), alle drei Teilnehmer des Treffens und Mitunterzeichner der Abschlusserklärung. Die Diskussionsleitung übernahm Carmelo Garcia vom IEPALA.

C.M. Gutierrez eröffnete die Veranstaltung mit einem Kurzbericht. Demnach war der Kongreß in La Habana entlang von drei Schwerpunkten organisiert, zu denen je eine Kommission gebildet wurde. Dabei ging es vor allem um eine politisch-ökonomische Analyse der jüngsten Entwicklung in Lateinamerika und Aktionen und Reaktionen der intellektuellen Kulturarbeit. Ständig wiederkehrendes Thema in allen Arbeitsgruppen war die derzeitige nordamerikanische Machtpolitik in Mittelamerika.

Ausführlicher ging er auf die dem Treffen folgende Presseberichterstattung ein. Außer einer Kurzmeldung in 'El Pais', in der u.a. behauptet wurde, die wichtigsten Leute wären dem Treffen ferngeblieben, wurde der Kongreß in der spanischen Presse nicht beachtet. Zu den Teilnehmern gehörten u.a. Eduardo Galeano für Uruguay, Ernesto Cardenal für Nicaragua und Gabriel Garcia Marquez für Kolumbien. Dessen letztes Buch 'Chronik eines angekündigten Todes'

ist z.Zt. in Spanien an jedem Zeitungskiosk zu haben und in der Bundesrepublik seit Wochen in der Spiegel-Bestsellerliste. Verärgert war C.M. Gutierrez aber ~~umso mehr~~, als er zufällig mit dem Schreiber des El Pais - Artikels auf dem Kongreß in La Habana ein Gespräch geführt hatte, in dem dieser seine Behauptung von der Nichtbeachtung des Treffens durch die wichtigsten Kultur- und Geistesgrößen vergeblich zu belegen gesucht hatte. Der Journalist-übrigens gleichzeitig Auslandskorrespondent des Spiegel in Mexiko hatte damals zwei Namen von angeblich nicht anwesenden wichtigen Personen genannt. Es stellte sich im Gespräch heraus, daß der eine, der Venezolaner Miguel Ortero Silva nur wenige Meter entfernt im Präsidium saß und der andere, der Argentinier Julio Cortasa, einen Brief geschickt hatte, der auf dem Kongreß verlesen worden war und in dem er dem Treffen einen guten Verlauf wünschte.

Nach dieser engagierten Darstellung über Quantität und Qualität der Presseberichterstattung ging Julio Huasi als weiterer Referent auf einige wichtige Aspekte der Diskussion ein. Einigkeit bestand nach J. Huasi darin, daß die Kriegsgefahr nicht nur in Mittelamerika, sondern in der ganzen Welt gewachsen sei. Ursache dafür sei die längst nicht mehr auf die Nato beschränkte Strategie des lokal begrenzten Konflikts, die von den Großmächten auf der Grundlage der Aufteilung der Welt in Interessensphären praktiziert würde. Vor diesem Hintergrund sei auch die Situation in El Salvador zu sehen. Diese Strategie drücke sich auch in der Waffenentwicklung aus. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Neutronenbombe. Als besonders gefährlich wurde die offensichtliche Ideologie der Stärke eingeschätzt, von der die Reagan-Regierung beherrscht werde.

Schließlich wies er noch auf einen Unterschied zu früheren vergleichbaren Treffen hin. Stärker als früher verband die Teilnehmer, seien es Katholiken, Traditionalisten, Liberale oder Marxisten gewesen, eine antiimperialistische Grundhaltung. -

Im Anschluß an diese beiden ausführlich wiedergegebenen Stellungnahmen bestand Gelegenheit zur Befragung der Referenten. In der darauffolgenden Diskussion kam es zu einem mir als deutschem Gast nicht unvertrauten Mißverstehen. Eine Diskussionsteilnehmerin fragte, ob die antiimperialistische Grundhaltung des Kongresses sich auch in Bezug auf die Sowjetunion geäußert hätte. Einer der Referenten reagierte daraufhin sehr unwirsch und erklärte, daß es den Teilnehmern nicht nur um eine theoretische Liniendiskussion gegangen wäre und Lateinamerika nicht von der UdSSR, sondern von der USA bedroht würde. Es stellte sich dann allerdings schnell heraus, daß die Teilnehmerin keine Maoistin mit agitatorischen Absichten war. Der inzwischen eingetroffene Frederico Alvarez nutzte die Gelegenheit zu einigen kritischen Worten an die spanische Linke. Er kritisierte eine oft äußerliche Solidarität, die oftmals von einem kolonialistischen Standpunkt des Staunens über 'jene Exoten' und von Mitleid nicht zu unterscheiden sei.

Mit Ausnahme dieser engagierten Stellungnahmen blieb es bei einem braven Frage- und Antwort-Ablauf, bisweilen durch die Statements einiger anwesender Herren unterbrochen, die ihre persönliche Meinung für wichtig genug hielten, um sich nicht mit Fragen aufzuhalten, ohne jedoch die Beiträge der Referenten inhaltlich anzutasten.

Schließlich wies C. MGutierrez nochmal daraufhin, daß die Kap. Staaten die Bedeutung der dritten Welt seit einigen Jahren zu erkennen begonnen hätten. Dem müsse die Linke die Einsicht entgegensetzen, daß die Emanzipation der dritten Welt zur Emanzipation der ersten und zweiten Welt beitrage. Mit diesen gewichtigen Worten wurde die erste Veranstaltung beendet.

Am folgenden Tag ging es dann um ein konkreteres Thema. Es wurde eine mehrteilige, als Radiosendung konzipierte Serie mit dem Titel 'Un tal Jesus' vorgestellt. In ihr wird versucht, Szenen aus der Heiligen Schrift lebens- und zeitnah wiederzugeben. Ein großer Teil des Produktionsteams, Mitglieder und Sympathisanten einer christlichen Basisgemeinde aus Madrid, war zugegen. Darunter befanden sich auch eine Reihe professioneller Schauspieler, die die Rollen gesprochen hatten. Die Produzenten betonten immer wieder ihre Absicht, nicht etwa den diversen Auslegungen der Heiligen Schrift eine weitere hinzuzufügen, sondern eine Übersetzung des Lebens Jesu in Sprache und Lebensform der heutigen Landbevölkerung zu finden. Die Serie ist inzwischen in allen Ländern Lateinamerikas mit Ausnahme Venezuelas und Nicaraguas für die Ausstrahlung in den Rundfunkanstalten verboten. Die katholische Amtskirche schloß sich diesem Verbot für ihren Machtbereich an. Da die Produzenten ihre Sendung ohnehin für eine aktive Auseinandersetzung mit ihrem Inhalt vorgesehen haben, wozu eine Radiosendung nur beschränkt geeignet ist, trifft diese Maßnahme bei aller Härte nur mittelbar. Wie ich erfuhr, hat die Sendung als mehrteilige auf Cassetten gespielte Reihe inzwischen eine erhebliche Verbreitung gefunden. -

Diese Informationsveranstaltung stieß auf ein reges Interesse und war ähnlich gut besucht wie die Diskussion am Vortag. Nachfragen wegen der Cassetten sind zu richten an SERPAL, Am Kiefernwald 21, 8 München 45, Tel. 3 11 73 31. -

An den beiden folgenden Tagen wurden Dias und Filme über Guatemala, El Salvador und Nicaragua gezeigt. Die Themen bezogen sich vor allem auf den Alltag in Stadt und Land unter den gegebenen Bürgerkriegsbedingungen. Die vorgesehenen Diskussionen kamen dann mangels Beteiligung kaum in Gang oder fielen ganz aus. Veranstaltungsort war diesmal das Teatro Gayo Vayecano in dem gleichnamigen, Valleca genannten Stadtteil Madrids. Er wird hauptsächlich von gallizischen und andalusischen Zuwanderern bevölkert. Das Gayo Valleciano, ein ehemaliges Kino, erfüllt hier die Funktion eines Kulturzentrums, als Theater, Kino, Versammlungsraum etc..

Die bezogen aufs Stadtzentrum etwas abgelegene Lage kann allerdings nicht die einzige Erklärung für den schwachen Besuch sein. Wie gesagt, an beiden Abenden kamen kaum mehr als 50 - 60 Personen. -

Am letzten Tag fand zunächst vormittags eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Befreiungsbewegungen von Nicaragua, El Salvador und Guatemala statt. Nachdem jeder von ihnen ein Statement im Namen seiner Organisation abgegeben hatte, bestand Gelegenheit zur Befragung. Doch die Besucherzahl war wiederum mäßig, eine Diskussion kam nicht in Gang.

Diesesmal konnte der Fahrtweg unmöglich eine Rolle spielen, Veranstaltungsort war das Teatro Lavapies in der Nähe der gleichnamigen Metrostation im Zentrum Madrids. Über die insgesamt trockene, an Seminar erinnernde Atmosphäre konnten dann auch die am Schluß verlesenen Solidaritätsadressen, darunter eine der sozialistischen und eine der kommunistischen Partei sowie einiger Gewerkschaftsorganisationen, nicht hinwegtrösten.

Gegen 18.00 gab es dann auf der Plaza Santa Ana im Zentrum ein Solidaritätsfest mit zahlreichen lateinamerikanischen Gruppen und Sängern (keine -innen). Es kamen nicht mehr als 200 - 300 Leute, dafür war aber Radio Nacional de España (RNE) mit einem aufnahmewagen fürs Kulturprogramm vertreten. Wie mir ein span. Bekannter erzählte, war dieses Fest in früheren Jahren wesentlich besser besucht. -

Der insgesamt schwache Besuch der Solidaritätstage läßt sich ein wenig mit der derzeit desolaten Lage der Linken außerhalb von PSOE und PCE erklären, aber eben nur teilweise. Veranstaltungen zu innenpolitischen Themen haben mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dennoch gilt es in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß in Madrid - einer der für Lateinamerikaner zugelassenen Universitätsstädte - ca. 3000 lateinamerikanische Studenten leben, von anderen Bevölkerungsgruppen ganz zu schweigen.

Doch um dieser Frage wirklich nachzugehen, dazu reichten weder meine Zeit noch meine Spanisch- und Spanienkenntnisse. So fuhr ich mit dem Eindruck nach Hause, daß trotz engerer kultureller Berührungspunkte die Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika z.Zt. in Spanien nicht leichter ist als im 'tiefen Norden'.

Zeitschriftenschau

LATEINAMERIKA ANDERS Nr. 16 / Sept. 1981 c/o IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien

Schwerpunkt BOLIVIEN: Klassen, Staat und Politik / Geschichte der Bauernbewegung / Bolivien im internationalen Kräftespiel / Steyrs Panzergeschäfte / Koka - das "weiße Gold" / Kurze Einführung in die bolivianische Literatur / u.a.m.

BELIZE: Der lange Weg zur Unabhängigkeit

ECUADOR: Zwei Jahre bürgerliche Demokratie

KUBA: Neue Quarantäne?

ÖSTERREICH: Marsch für Frieden und Abrüstung

Omar Torrijos - Nachruf auf einen lateinamerikanischen Patrioten

ILA-INFO Nr. 50 / Nov. 1981 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Denn der Verlust unseres Landes ist der Tod unsrer Kultur -

Indianer in Lateinamerika

HONDURAS: Drogen, Waffenhandel und ein versoffener Präsident - Situationsbericht

Der neue Staat BELIZE - Historischer Abriß und Ausschau

Friedrich-Ebert-Stiftung in der Dominikanischen Republik

Ländernachrichten zu: Bolivien, Chile, El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Peru, Uruguay

Offener Brief zum Redeverbot der 3. Welt-Befreiungsbewegungen auf der Friedensdemonstration in Bonn

Besuch nordamerikanischer und kanadischer Indianer in der BRD

Honduranische Botschaft besetzt

Mütter der Plaza de Mayo in der BRD

Wanderausstellung aus Chile

Berichte über Kampagnen, Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau

SOLIDARITÄT Nr. 60/61 / Okt. 81 c/o SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel/Schweiz

SCHWEIZER KIRCHE UND DRITTE WELT:

Am Anti-Rassismusprogramm vorbei / Kirche wohin?

SÜDAFRIKA: Rückkehr zum kalten Krieg / Von Vietnam bis Seveso / MALI: Man hat

uns vergessen / PHARMAKAMPAGNE: Die Haie in der "3. Welt" / Neue Quarantäne

für Kuba? / Dossier Schweiz - Trikont / Rezension von "Für wen die Saat aufgeht -

Pflanzenzucht in der 3. Welt" / Libyen-Berichterstattung in der Berner Zeitung

ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN Nr. 11-12 / Dez. 1981

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB-Aktuell: Giftküche Washington + Ägypten: Sadats Ende - ein Schock für Washing-

ton + Libanon/Palästina: Die Amerikaner testen uns + Die Camp David-Verschwörung +

Südostasien: ASEAN - Neutralitätszone oder Spielball neokolonialer Interessen +

Indochina: Warum wird Vietnams Haltung zu Kampuchea nicht akzeptiert? + Indochinesi-

sche Außenministererklärung + Indonesien: Geheimer Weltbankplan + Formen des Wider-

stands + Vietnam: Im Umerziehungslager Ha Tay + Kräfte, die einen Bürgerkrieg an-

steuern + Iran: Volksfedayin (Mehrheit) und Khomeini + Afghanistan: Afghanische

Rebellen III + Afg. Regierung zu einer politischen Lösung + Türkei: Situation der

Kurden + El Salvador: Erklärung des FMLN-Oberkommando - SI-Büro zu El Salvador +

Mexiko: Einheitserklärung der Linksparteien + Brasilien: Das neue Gesicht Brasiliens

Haiti: Anklage gegen Duvalier-Regime + Dominika: Die "grüne Insel" der Karibik +

Südafrikas Angolakrieg geht weiter + Tunesien: Bourgibas Öffnung + Frankreich:

Chance für ein neues Verhältnis zur 3. Welt + Theodorakis zu einer alternativen

Volkskunst in Lateinamerika + Kommentar: Genschers Rendezvous mit Peking

Stiiille Nacht ...

Oh Ja, sie naht wieder, die liebe Weihnachtszeit.
Und mit ihr die langen Abende zum Schmökern und
das alte Problem:

WAS SCHENKE ICH MEINEN LIEBEN VERWANDTEN; MAMA; PAPA;
BRUDER UND SCHWESTER; KIND UND KEGEL ????

Wir kennen dieses Problem auch. Und auch wir sind der
Meinung, daß eine PERSÖNLICHE Gabe besonders geeignet
ist, die die Lieben erfreut und auch noch zu ihrer
Bildung beiträgt. Wir haben uns des Problems angenommen
und haben eine Lösung gefunden, die auch den höchsten
Ansprüchen gerecht wird:

ein GESCHENKABONNEMENT DER

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Das geht ganz einfach: Bei uns wird das Geschenkabon-
bestellt, wir schicken die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
an den Beschenkten. Das Ganze kostet nur 35,- DM
und hat noch einen ganz grossen vorteil: DAS GESCHENK
KOMMT 11 MAL IM JAHR !!!!!

Oh Du fröhlicheee ...